AWO VERBINDET GENERATIONEN UND KULTUREN

AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.

GESCHÄFTSBERICHT 2012 – 2015

www.awo-mittelrhein.de

AWO VERBINDET GENERATIONEN UND KULTUREN

Geschäftsbericht 2012 – 2015

Inhalt

VORSTAND UND GESCHÄFTSFÜHRUNG 9

AWO verbindet Generationen und Kulturen 10

VERBANDSPOLITIK 29

Gestern – Heute – Morgen … 30

Bürgerschaftliches Engagement 33

Aktive Jugendverbandsarbeit 34

Spenden- und Eigenmittelbeschaffung 35

Genau hinschauen. Zielgerichtet helfen. 36

SOZIALPOLITIK 39

Unsere Sozialpolitik: Präventiv, nachhaltig und investiv 40

Bildung, Betreuung und Erziehung: 44

Die Kindertagesbetreuung im Wandel 44

Ganzheitlicher Ansatz für die Migrations- und Integrationsarbeit 50

Reform der Eingliederungshilfe 54

Altenhilfe – neue gesetzliche Regelungen 58

Freiwilligendienste – wichtige Säulen in unserem Sozialsystem. 64

Stiftungs- und Lotterieförderung: Unverzichtbar, aber kein Selbstläufer 68

UNTERNEHMENS-POLITIK 71

Fachkräfte gewinnen, qualifizieren und binden. 72

Lebendiges Qualitätsmanagement – QM 82

GEBÄUDE-MANAGEMENT 85

Praxisorientiert planen. Bedarfsgerecht bauen. Ökologisch nachhaltig betreiben. 86

Maßnahmen zur Energieeinsparung 90

ANHANG 93

Adressen 94

Impressum 98

Inklusion ist, wenn man nicht mehr drüber reden muss …

…, aber noch müssen wir darüber sprechen. Und wir müssen Inklusion konkret umsetzen. Überall – und besonders im Kopf. Erst wenn jeder Mensch – jeden Alters, jeden Geschlechts, aus jeder Kultur, mit oder ohne Behinderung – überall dabei sein kann, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in der Freizeit, erst dann ist Inklusion geschafft.

Doch, was bedeutet Inklusion für jeden von uns persönlich?
Wir haben nachgefragt, beim Vorstand, den Geschäftsführungen, bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Pflege und Verwaltung, bei den pädagogischen Fachkräften, den Erzieherinnen und Erziehern, der Haustechnik – und haben viele interessante Antworten bekommen. Einige davon finden Sie als Zitate in diesem Geschäftsbericht.

Und was bedeutet Inklusion für Sie …?

Vor gut 65 Jahren kündigte der damalige Ministerpräsident unseres Landes, Karl Arnold, in seiner ersten Regierungserklärung an, Nordrhein-Westfalen wolle und werde das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein. Daran, dass dieses Versprechen einer gerechten und friedlichen Zukunft über die Jahre und Jahrzehnte hinweg eingehalten worden ist, hat auch die Arbeiterwohlfahrt großen Anteil. Dafür bin ich ihr, »meiner« AWO, sehr dankbar, ist sie doch bis heute für die Landesregierung ein unverzichtbarer Partner und wichtiger Ratgeber bei den großen sozialpolitischen Aufgaben.

Eine besonders große und wichtige Herausforderung besteht für uns darin, dafür zu sorgen, dass Kinder, Familien und Ältere, Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Ohne die Inklusion behinderter und nicht behinderter Menschen wären wir von diesem Ziel weit entfernt. Mit unserer Landesinitiative »Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv« setzen wir die UN-Konvention Schritt für Schritt um. Und weil nichts überzeugender ist als gute Praxis, bündeln wir besonders gelungene inklusive Projekte in einem »Inklusionskataster«. Zehn herausragende Projekte hat die Landesregierung Anfang September 2015 mit dem Inklusionspreis NRW ausgezeichnet. Viele weitere werden folgen.

Das Nordrhein-Westfalen bis heute und selbst unter größtem Druck das soziale Gewissen Deutschlands ist, zeigen wir seit Monaten an einer anderen Stelle. Wir nehmen – mehr als andere – Frauen, Kinder und Männer bei uns auf, die vor Krieg, Terror und Gewalt in ihrer Heimat geflohen sind und bei uns Hilfe suchen. Diese beispiellose Herausforderung in der Geschichte unseres Landes können wir dann bewältigen, wenn wir alle gemeinsam anpacken. Und das geschieht! Bei all dem, was die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen bereits tut und noch zusätzlich tun wird, bin ich als Ministerpräsidentin besonders stolz darauf, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen für jene Kinder, Frauen und Männer stark machen, die so dringend auf unsere Solidarität angewiesen sind. Diese vielen Tausende Beispiele der Menschlichkeit sind typisch für unser Land.

Ich danke auch Ihnen für Ihr Engagement für eine rechte, solidarische und menschliche Gesellschaft. Ihrer Bezirkskonferenz wünsche ich gute Entscheidungen für eine starke AWO. Jetzt brauchen wir sie ganz besonders.

Hannelore Kraft

Hannelore Kraft

Die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen

1

VORSTAND UND GESCHÄFTSFÜHRUNG

Welche Herausforderungen stellen sich der AWO Mittelrhein? Vorstand und Geschäftsführung informieren über verbandliche und sozial-politische Aktivitäten, über die strategische Ausrichtung, die wirtschaftliche Entwicklung und über neue gesetzliche Anforderungen.

AWO verbindet Generationen und Kulturen

Unsere letzte Konferenz im Jahr 2012 fand unter dem Motto »Gesellschaft gestalten – sozial und gerecht« statt. Dabei stand vor allem der Präventionsgedanke mit allen seinen gesellschaftlichen Ausprägungen im Mittelpunkt. Vorbeugende Sozialpolitik zur Vermeidung von Ausgrenzung in jedweder Form war schon immer ein Anliegen der AWO. Dazu haben wir seinerzeit die Godesberger Erklärung verabschiedet.

Für unsere diesjährige Konferenz haben wir ein Motto gewählt, dass die AWO aus der Sicht der bei uns tätigen Freiwilligen beschreibt, also der jungen Menschen, die im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes bei uns tätig sind oder bei uns ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren. Sie haben das Motto für die Konferenz in einer Klausur entwickelt und der Vorstand hat es bestätigt.

AWO VERBINDET GENERATIONEN UND KULTUREN

Das Motto **AWO verbindet Generationen und Kulturen** spiegelt wider, wie wir von jungen Menschen gesehen werden, die in den unterschiedlichsten Einrichtungen der AWO am Mittelrhein tätig sind. So ist das Motto auch bewusst als Feststellung und nicht als Forderung formuliert: Kulturen und Generationen zusammen zu bringen, bedeutet gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leben und Ausgrenzung vorzubeugen. Insofern steht das Motto auch konsequent in der Kontinuität der bisherigen Konferenzen. Und dass die AWO insbesondere von jungen Menschen als integrativer Bestandteil unserer Gesellschaft angesehen wird, macht uns auch stolz.

Neue Herausforderungen

Aktuell werden wir mit einer neuen Herausforderung konfrontiert: 2015 sind mehr als eine Million Menschen nach Deutschland geflüchtet, um hier Schutz vor Verfolgung und Krieg zu suchen. Der überwiegende Teil dieser Menschen wird voraussichtlich bei uns bleiben. Dies wird unsere Gesellschaft dauerhaft verändern. Die AWO hat den Anspruch, Vielfalt zu leben und solidarisch zu gestalten. Deshalb haben wir 2016 zum Themenjahr erklärt: **Für Menschen nach der Flucht. Miteinander in Würde leben.** Die existierende und weiter wachsende kulturelle Vielfalt fordert gerade von der AWO als säkularem Verband ihre Gestaltungskräfte und ihr Engagement gesellschaftlich noch stärker einzubringen.

Die Forderung »Generationen zu verbinden« erscheint in diesem aktuell hochbrisanten Kontext eher als ein »althergebrachter« Anspruch. Die Diskussion um die Frage, wie wir in dieser älter werdenden Gesellschaft leben wollen, ist in NRW in den letzten Jahren intensiv und zum Teil auch kontrovers diskutiert worden. Parallel dazu entsteht beispielsweise ein neues und differenziertes Verständnis von Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In diese Diskussionen haben wir uns sowohl im politischen Raum, wie auch durch die Schaffung neuer Angebote aktiv eingebracht – auf diese beiden Handlungsfelder werden wir später noch näher eingehen.

Gern nehmen wir das Motto **AWO verbindet Generationen und Kulturen** als Bestätigung – und als Auftrag. Wir hoffen, dass viele unserer Freiwilligen dieses von ihnen gefundene Motto auch in Zukunft ernst nehmen und es tatkräftig umsetzen – sei es ehren- oder hauptamtlich.

Bericht über die Jahre 2012 bis 2015

Am **2. Juni 2012** wurde auf der Bezirkskonferenz ein neuer Vorstand gewählt. Bedingt durch die Übernahme der hauptamtlichen Geschäftsführung beim Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg, hat Franz-Josef Windisch sein Amt als stellvertretender Vorsitzender zum **31. Dezember 2012** niederlegt. Am **7. März 2013** wählte der Bezirksausschuss Klaus-Werner Dittrich zu seinem Nachfolger. In der gleichen Sitzung wurde Kornelia Ebert als Beisitzerin in Nachfolge von Klaus-Werner Dittrich gewählt.

Am **30. Oktober 2014** wählte der Bezirksausschuss Willibert Spenrath aus dem Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen zum Beisitzer in Nachfolge des am **7. November 2013** verstorbenen Dieter Pritzsche.

Der folgende Bericht bezieht das Jahr 2015 mit ein. Da aber der Redaktionsschluss im Januar lag, konnte der noch nicht aufgestellte und bestätigte Jahresabschluss 2015 nicht berücksichtig werden. Soweit Aspekte und Geschehnisse im Bericht des Vorstandes und der Geschäftsführung nicht oder nur sehr kurz angesprochen werden, wird auf die ausführlicheren Darstellungen im hinteren Teil des Berichtes verwiesen.

Wir sind stolz auf unsere Geschichte!

Die AWO hat eine fast 100-jährige Geschichte – eine Geschichte, die es zu bewahren gilt. Seit 2014 beschäftigt sich ein Netzwerk historisch Interessierter mit der Geschichte der AWO am Mittelrhein, um sie zu bewahren und um sie zum Teil auch aufzuarbeiten. In einer Schulung zur Bestandssicherung von Archivmaterial, einer Führung durch das Archiv der Sozialdemokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und in regem Austausch über die Probleme, aber auch die Chancen der historischen Arbeit vor Ort wurden der Aufbau einer gemeinsamen Bestandsliste von historischem Material beschlossen sowie verschiedene rechtliche Themen erörtert.

Zum 100-jährigen Bestehen der AWO 2019 hat sich die Arbeitsgruppe zur Aufgabe gestellt, AWO Geschichte anhand von Persönlichkeiten der Arbeiterwohlfahrt aufzuarbeiten. Dazu werden Kurzbiographien von AWO Persönlichkeiten aus den Kreisverbänden und dem Bezirksverband zu einem biographischen Lexikon zusammengetragen.

Die Geschichte der AWO am Mittelrhein von ihrer Gründung bis 1989 wurde bereits ausführlich beschrieben. Es ist geplant, die Dokumentation ab 1990 bis voraussichtlich ins Jahr 2018 fortzusetzen.

Weitere Informationen unter:
› www.awo-mittelrhein.de/ueber-uns/seit-65-jahren-hilfe-vor-ort

Die AWO wird bald 100 Jahre alt

Am **13. Dezember 2019** jährt sich die Gründung der AWO durch Marie Juchacz zum 100. Mal. Darauf bereiten wir uns vor. In der vom Bundesverband ins Leben gerufenen »Historischen Kommission« wird der Bezirksverband durch Franz Irsfeld vertreten.

Im **Januar 2014** traf sich erstmalig ein Kreis historisch Interessierter unter der Leitung von Franz Irsfeld in der Bezirksgeschäftsstelle. Es wurde beschlossen, dass bis zum Jubiläum die bis 1989 erfolgte Aufarbeitung der Geschichte der AWO am Mittelrhein eine Fortsetzung finden soll. Darüber hinaus werden Kurz-Biographien verdienter AWO Mitglieder erstellt.

In Absprache mit dem Bundesverband und der AWO-Landesarbeitsgemeinschaft NRW werden wir 2019 eine würdige Geburtstagsfeier für den Bezirk Mittelrhein organisieren!

Mitglieder werben – Mitglieder binden

Die Aktion **Herz sucht Herz** wurde durch den Fachausschuss Sozial- und Verbandspolitik weiter begleitet, aber auch dezentralisiert. So wurden den Gliederungen Materialien zur Unterstützung der Mitgliederwerbung vor Ort an die Hand gegeben. Verdiente Werberinnen und Werber sowie AWO Neumitglieder haben wir zu verschiedenen Dankeschön-Tagen eingeladen. Ob bei der »Kölschen Weihnacht« im Tanzbrunnen oder bei der »Großen Kölner Traditionssitzung im Kostüm« im Gürzenich oder auf der »Filia Rheni« zwischen Bonn und Andernach: Die Dankeschön-Tage fand bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern immer großen Anklang.

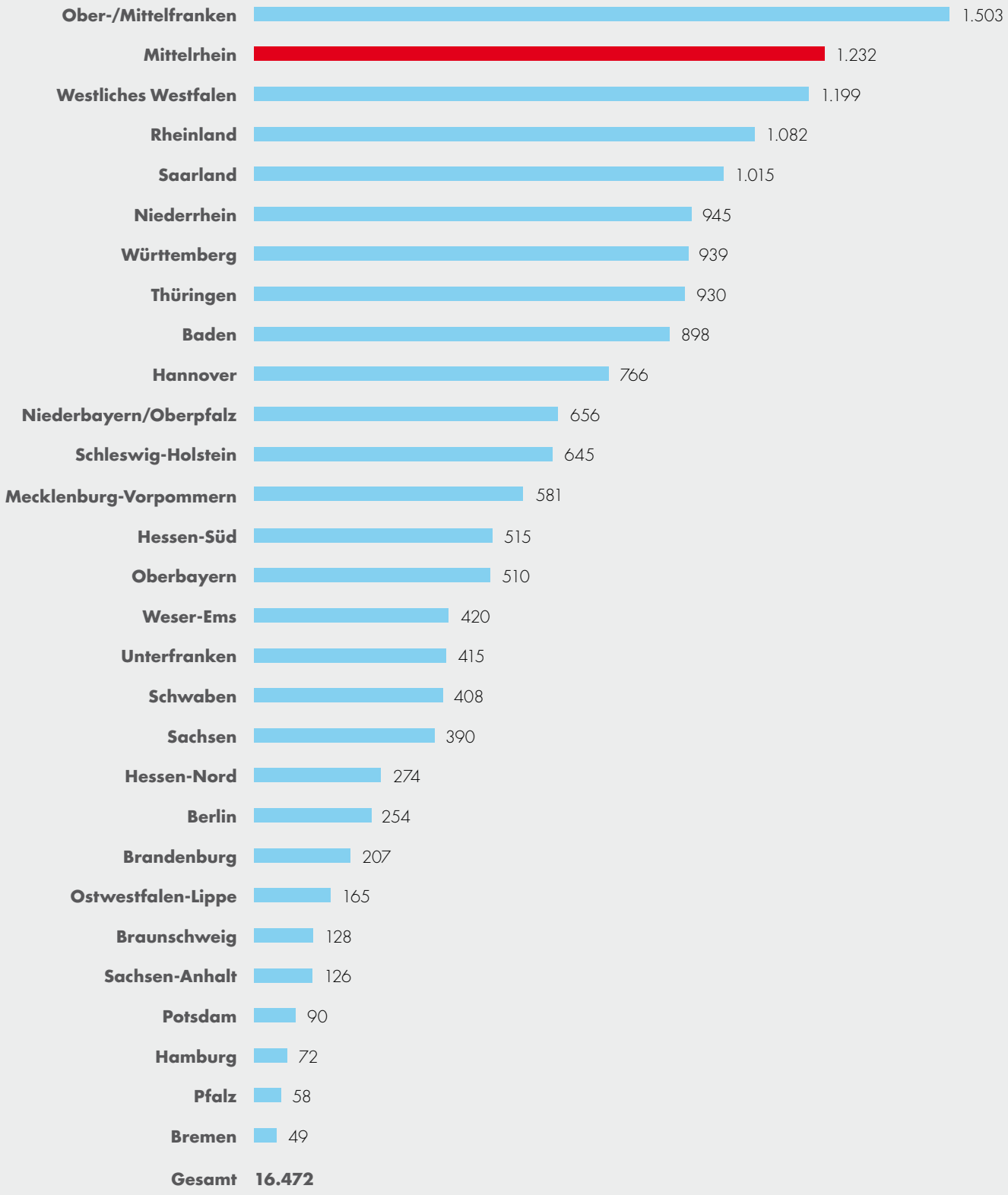
Angeregt durch den Workshop des Bundesverbandes »Menschen gewinnen für die AWO« im **Februar 2014** wurde eine aus Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen zusammengesetzte Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die konkrete Vorschläge erarbeitet hat. Die Nutzung digitaler Medien wurde angeregt, jedoch auf Grund der Altersstruktur der Mitglieder noch vertagt. Das Thema wird zukünftig aber verstärkt zu bearbeiten sein.

Nach wie vor ist festzustellen, dass die Mitgliederzahl auf Bezirksebene noch immer kontinuierlich zurückgeht. Allerdings existieren hierbei große regionale Unterschiede. Insgesamt ist im Berichtszeitraum die Zahl der Ortsvereine von 203 OVs in 2012 auf 198 OVs in 2015 zurückgegangen. Insbesondere mit der Frage der richtigen Organisationsform und neuer Formen bürgerschaftlichen Engagements hat sich der Fachausschuss regelmäßig beschäftigt.

Gerade die große Hilfsbereitschaft für Geflüchtete beweist, dass Menschen nach wie vor bereit sind, sich aktiv ehrenamtlich zu engagieren. Die AWO muss Wege finden, diese Menschen direkter anzusprechen, zu erreichen – und stärker einzubinden. Neue Formen der Organisation unter Einbeziehung der »neuen« Medien scheinen bei diesem Prozess eine wichtige Rolle zu spielen. Die Entwicklung eines Konzeptes zur verstärkten Einbeziehung der neuen Medien in unsere Mitgliederarbeit, wird in Zukunft eine wichtige Aufgabe des neuen Vorstandes sein. Weitere Einzelheiten zur Mitgliederentwicklung siehe Kapitel 2, Seite 31.

Anzahl der Mitglieder im Jahr 2014

Im Lebensalter bis 30 Jahre



Beate Ruland, Vorsitzende der AWO Bezirksverband Mittelrhein e. V.

Unterstützung der Ortsvereine

Große Probleme bereitet es immer mehr Ortsvereinen, den erforderlichen Verwaltungsaufwand sicher zu stellen – insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen der Finanzverwaltung. Hierzu bedarf es vermehrt der Hilfestellung durch die übergeordnete Gliederungsebene der AWO. Zusätzlich haben die Finanzverwaltungen aus Anlass der Einführung einer neuen gesetzlichen Regelung (§ 60a AO), die gemeinnützigen Vereine verstärkt in den Fokus genommen.

Die Satzungsgestaltungen (siehe hierzu auch »Das neue Statut« – Seite 16), aber auch die regelmäßige Abgabe und die Korrektheit der Steuererklärungen wurden fast flächendeckend überprüft. Die zum Teil deutlich überzogenen Anforderungen einzelner Finanzämter konnten durch die Intervention des Bezirksverbandes bei der Oberfinanzdirektion reduziert werden. In Einzelfällen hat sich der Bezirksverband auch unmittelbar erfolgreich bei den Finanzbehörden vor Ort einbinden lassen.

Im Ergebnis bedeutet dies aber, dass die Ortsvereine bei der Bewältigung administrativer Aufgaben wachsenden Unterstützungsbedarf haben und auch zukünftig verstärkt haben werden. Hauptamtliche Dienstleistungen durch übergeordnete AWO Gliederungen können den Ortsvereinen helfen, müssen aber finanziert werden. Dies im Interesse des Fortbestandes von Ortsvereinen zu gestalten, wird eine wichtige Aufgabe der neuen Vorstände auf Bezirks-, aber auch auf Kreisebene sein.

> Inklusion bedeutet Kompromissfähigkeit auf gleicher Augenhöhe.
>
> Karl Ernst Forisch,
> Revisor der AWO Bezirksverband Mittelrhein e. V.

Ob Stützpunkte eine Alternative bei inaktiven Ortsvereinen oder zur Vermeidung der administrativen Anforderungen des Vereinsrechts sein können, hat den Fachausschuss Sozial- und Verbandspolitik im Berichtszeitraum mehrfach eingehend beschäftigt. Er hat sich dabei mit Modellen anderer AWO Gliederungen wie zum Beispiel in Lüneburg auseinandergesetzt.

Junge Menschen aktivieren

Die AWO Mittelrhein hat im bundesweiten Vergleich einen sehr hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren (siehe hierzu Statistik Seite 13). So machen beispielsweise im Kreisverband Aachen-Land die unter 30-jährigen Mitglieder 9,3 Prozent aus. Die hohe Anzahl junger Menschen in der AWO ist ein Potential, das es zu schöpfen gilt – auch und besonders in der Mitgliederwerbung. Der jüngeren Generation fällt es deutlich leichter gleichaltrige Menschen anzusprechen, als dem statistischen Durchschnitts-AWO Mitglied im Alter von 66,96 Jahren. Umso erfreulicher, dass aus einer »Keimzelle« in der Städteregion Aachen ein aktiver Vorstand des Bezirksjugendwerks Mittelrhein entstanden ist. Mit der Wahl des neuen Vorstands am **5. Mai 2015** haben sich auch viele interessante Aktivitäten entwickelt. Zu erwähnen sind sicherlich die Flüchtlingskonferenz **Anfang Dezember 2015** in Kohlscheid sowie verschiedene praktische Projekte mit Flüchtlingen. Der Bezirksverband hat die Entwicklung des Bezirksjugendwerkes positiv begleitet und wird dies auch weiterhin tun.

Die AWO präsentiert sich

Unseren Internet-Auftritt haben wir inzwischen (weitestgehend barrierefrei) neu gestaltet und seit **November 2013** sind wir auch in den sozialen Medien präsent. So ist unser Imagefilm auf YouTube verfügbar, dort findet sich auch der Film zur frühkindlichen Förderung in unseren KiTas: **Kinder, die groß rauskommen.**

› www.youtube.com/user/AWOamMittelrhein

Die Ergebnisse des AWO Sozialbarometers vom Mai 2015 setzen deutliche Zeichen

Wohlfahrtsverbände haben große Bedeutung für das soziale Gefüge in Deutschland

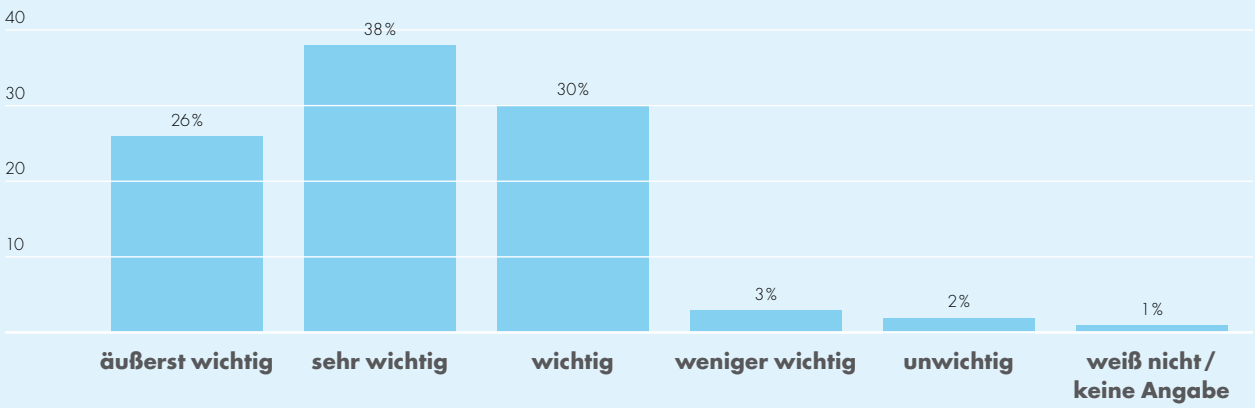
Wohlfahrtsverbände wie die AWO sind für die Menschen unverzichtbare Säulen im sozialstaatlichen Gefüge Deutschlands. »Wenn 64 Prozent der Befragten die Bedeutung von Wohlfahrtsverbänden für die Gesellschaft als ›äußerst wichtig‹, ›sehr wichtig‹, immer noch 30 Prozent als ›wichtig‹ und nur zwei Prozent ihre Existenz als ›unwichtig‹ erachten, ist dies ein deutlicher Ausdruck für die Bedeutung von Wohlfahrtsverbänden«, stellt die Vorsitzende der AWO Mittelrhein, Beate Ruland, fest.

Dass 69 Prozent der Befragten die Hauptaufgabe der Wohlfahrtsverbände darin sehen, Bedürftige zu unterstützen und soziale Hilfe zu leisten, ergänzt das positive Bild der Wohlfahrtsverbände innerhalb der Bevölkerung. In der Altenpflege/Altenhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe, der Gesundheitshilfe sowie der Familienhilfe, kurz: in den Kernbereichen wohlfahrtsstaatlicher Tätigkeit, sehen die Menschen Hauptaufgaben für die Wohlfahrtsverbände.

22 Prozent der Befragten sind oder waren schon in einem Verband wie der AWO ehrenamtlich engagiert, 19 Prozent haben darüber nachgedacht, also jeder Fünfte. »Diese Zahlen sind für uns in der AWO ein ermutigendes Zeichen. Sie beweisen, dass sich die Menschen füreinander einsetzen und gemeinsam an unseren sozialen Strukturen arbeiten wollen,« führt Beate Ruland weiter aus. »Wir nehmen sie als Aufforderung, unsere gute Arbeit fortzusetzen und sie bestätigen uns auf unserem Weg, die Menschen zum Mitmachen einzuladen.«

Die genannten Zahlen korrespondieren mit den Erkenntnissen aus dem AWO Sozialbarometer Mai 2014. 64 Prozent der Menschen gaben an, dass die Wohlfahrtsverbände eine wichtige gesellschaftliche Funktion besitzen.

Knapp 40 Prozent der Befragten sind bereits Mitglied oder zogen seinerzeit eine Mitgliedschaft in einem Wohlfahrtsverband in Betracht. Dabei war für 90 Prozent der Befragten das Motiv, anderen Menschen helfen zu wollen von großer Bedeutung.



Beim Journalistenpreis des Bezirksverbandes steigert sich die Zahl der Bewerberinnen bzw. Bewerber Jahr für Jahr. Mit Franz Müntefering als Schirmherr konnte ein prominenter Botschafter gewonnen werden.

Seit 2015 führt die AWO bundesweit eine Aktionswoche durch – siehe auch Seite 22. Ortsvereine, alle Kreisverbände, der Regionalverband und der Bezirksverband mit ihren Tochterunternehmen haben sich in dieser Aktionswoche mit vielen Aktionen der Öffentlichkeit, aber auch den Mitarbeitenden und Mitgliedern präsentiert. Die Dokumentation findet sich unter:

› www.awo-mittelrhein.de/presseservice

Diese Aktionswoche wird zunächst bis 2019 fortgesetzt. Der Bezirksverband wird sich weiterhin aktiv beteiligen.

Das neue Statut der AWO

Nach einem langwierigen Beratungsprozess unter engagierter Beteiligung der Mittelrhein-Delegierten wurde im **November 2014** von der Bundes-Sonderkonferenz das neue Statut der AWO verabschiedet. In dem vorausgegangenen Meinungsbildungsprozess hat sich AWO Mittelrhein aktiv gestaltend eingebracht. Sowohl das Ehren- als auch das Hauptamt aus dem Mittelrhein waren in der Satzungskommission auf Bundesebene vertreten.

Das neue Statut führt nunmehr viele, bereits in der Vergangenheit existierende Bestimmungen in einem Regelwerk zusammen. Es berücksichtigt gleichzeitig auch die veränderten Vorgaben der Finanzverwaltung und des Vereinsrechts. Die Regelungen des Statuts müssen nunmehr durch die jeweilige Satzung unmittelbar übernommen werden. Ziel ist es, rechtssicher die Verbindlichkeit des Statutes im gesamten Verband zu gewährleisten. Daraus folgt auch, dass auf der einen Seite keine verbindlichen Mustersatzungen mehr existieren und auf der anderen der Verband sukzessiv auf fast allen Ebenen die Satzungen anpassen muss – jedenfalls in den Bereichen, in denen es sich um rechtsfähige Vereine handelt.

Daher wird auch der Bezirkskonferenz 2016 ein geänderter Satzungsentwurf, der die Vorgaben des neuen Statutes berücksichtigt, zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Spätestens nach Beschlussfassung auf Bezirksebene sind alle Untergliederungen aufgefordert, die neuen Statuten – soweit noch nicht geschehen – ebenfalls zu verabschieden.

Zertifizierungen umgesetzt

Nach den Magdeburger Beschlüssen der Bundeskonferenz aus dem Jahr 2007 waren alle mehrheitlich im Eigentum der AWO befindlichen Sozialunternehmen in der Regel bis **Ende 2012** nach der AWO Norm zu zertifizieren. Im **Oktober 2013** wurde die AWO Betriebsgesellschaft »Der Sommerberg« in die bereits bestehende Verbundzertifizierung des Bezirksverbandes und der Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbh (GesA) integriert. Diese Verbundzertifizierung ist in dieser Form bis heute aufrechterhalten worden.

Als Spitzenverband haben wir die Zertifizierung der betroffenen Gesellschaften, die im Eigentum der Kreisverbände und des Regionalverbandes stehen, begleitet. Bis auf eine, dem Bundesverband gegenüber begründete und akzeptierte Ausnahme sind heute alle zertifizierungspflichtigen AWO Gesellschaften der Kreisverbände und des Regionalverbandes nach der AWO Norm erfolgreich auditiert. Gliederungen in der Rechtsform des Vereins unterliegen aktuell nicht der Zertifizierungspflicht – unabhängig davon, ob sie unternehmerisch tätig sind oder nicht.

Damit erfüllt die AWO am Mittelrhein die gesamtverbandlichen Vorgaben zum AWO Qualitätsmanagement-System im vollen Umfang.

Entwicklungen der Einrichtungen und Dienste

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle nimmt nach ihrem Organigramm im Wesentlichen folgende Aufgaben wahr:

- Spitzenverbandliche und sozialpolitische Interessenwahrnehmung.
- Aufgaben, die sich aus dem Mitgliederverband ergeben.
- Dienstleistungen.

Der Dienstleistungsbereich verzeichnete in den letzten Jahren, auf Grund der positiven Entwicklung insbesondere der Tochtergesellschaften und der Übernahme neuer Dienste, ein stetiges Wachstum – Personalmanagement, Finanz- und Rechnungswesen, Controlling, IT, Bau, Pflegesatzverhandlungen, etc. Diese Dienstleistungen werden durch die jeweiligen Empfänger refinanziert.

Vorstand

Geschäftsführung AWO Mittelrhein

Geschäftsstelle

Einrichtungen Dienste

Fachdienste für Migration und Integration

Marie-Juchacz-Zentrum, Köln

Tageseinrichtung für Kinder, Hürth

AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbH

- Seniorenzentrum Saaler Mühle, Bensberg
- Hermann-Koch-Seniorenzentrum, Düren
- Seniorenzentrum Düren-Gürzenich
- Seniorenzentrum Dieringshausen
- Walter-Heckmann AWO Senioren- & Sozialzentrum Herzogenrath
  - Haus Merkstein
  - Haus Ritzerfeld
- Seniorenzentrum Niederzier
- Alfred-Delp-Altenzentrum, Troisdorf
  - Haus Aggerblick
- Seniorenzentrum Am Königsbornpark, Waldbröl
- Altenzentrum Weilerswist
- Rudi-Tonn-Altenzentrum, Hürth

AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen Aachen mbH

- Morillenhang
- Kennedypark

Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH

- Phoenix Der Sommerberg Gesellschaft für Jugendhilfe und Sozialarbeit mbH i. L.

DSE Dienstleistungen für soziale Einrichtungen GmbH

Eltern- und SeniorenService AWO Mittelrhein GmbH

ElternService AWO GmbH

IPS Institut für Pflege und Soziales gGmbH

AWO Betriebsgesellschaft für Integrationsdienste mbH

Mehrheitsbeteiligung Minderheitsbeteiligung

Stand: 31. Dezember 2015

Die Leistungserbringung des Mitgliederverbandes und des Spitzenverbandes wurde im Berichtszeitraum weiter verdichtet, zum Teil sogar abgebaut. Ursachen hierfür waren:

- Rückgang der Mitgliedsbeiträge auf Grund sinkender Mitgliederzahlen.
- Rückgang der Konzessionserträge aus Spiel 77.
- Kürzung von Landeszuwendungen.

Zum **1. Juli 2013** mussten auf Grund der Kürzungen der Zuwendung des Landes NRW (ehemals sog. Globaldotation) und der Verschlechterung der Einspielergebnisse des Spiels 77 strukturelle Änderungen und in Folge eine Personalreduktion vorgenommen werden. Durch die Zusammenlegung von Organisationseinheiten konnte die Zahl der Leitungskräfte verringert werden. Trotz der Übernahme einiger Mitarbeitenden durch Kreisverbände waren betriebsbedingte Kündigungen leider unumgänglich. In zähen Verhandlungen mit den Landtagsfraktionen und dem zuständigen »Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales« konnte erreicht werden, dass für die gesamte Legislaturperiode zumindest politisch eine feste Finanzierung auf dem abgesenkten Niveau zugesagt und damit eine weitere Absenkung vermieden werden konnte. Unabhängig davon kann die tarifliche Entwicklung durch die eingefrorenen Landesmittel und die zurückgehenden Mitgliedsbeitragsanteile nicht aufgefangen werden. Daher ist die Arbeit des Bereiches Spitzen- und Mitgliederverband zunehmend von positiven Ergebnissen der Tochtergesellschaften abhängig.

Migration und Integration

Mit Kooperationsvereinbarung mit Wirkung zum **1. Januar 2014** hat der Bezirksverband das Aufgabenfeld **Migration / Integration** für die AWO in der Stadt Köln übernommen.

Diese Aufgaben umfassen derzeit:

- Integrationsagentur mit dem Institut zur Interkulturellen Öffnung.
- Jugendmigrationsdienst.
- Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer.
- Betrieb interkultureller Zentren.

Die Migrationsarbeit ist der AWO Mittelrhein insbesondere in Köln ein besonders wichtiges Anliegen. Mit Unterstützung des Kreisverbandes Köln vertreten wir AWO Interessen auch in den einschlägigen kommunalen Gremien – dies stellt auch ein gutes Beispiel inhaltlicher Zusammenarbeit zwischen Bezirk und Kreisverband dar!

Auf Landesebene vertritt der Geschäftsführer als Vorsitzender des Arbeitsausschusses Migration der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW (LAG-FW NRW) das Thema für die gesamte Freie Wohlfahrtspflege gegenüber Politik und Verwaltung.

Die Integrationsagentur der AWO Mittelrhein stellt sich dem Thema »Flüchtlinge«, indem sie unterschiedliche

Hinsehen, wo andere wegschauen!
Zuhören, wo andere sich abwenden!
Aufschreiben, was andere nicht wissen wollen!

Durch gut recherchierte und verständlich formulierte Beiträge über soziale Themen wie Ausgrenzung und Armut kann seriöser Journalismus in der Öffentlichkeit Verständnis für Menschen in schwierigen Situationen wecken und Veränderungen anstoßen.

Medienberichterstattungen über soziales Engagement ermutigen zum gegenseitigen Mit- und Füreinander.

Aus diesen Gründen hat die AWO Mittelrhein den AWO Mittelrhein-Journalistenpreis ins Leben gerufen. 2011 wurde er erstmalig ausgeschrieben und wird seitdem jährlich vergeben. Der Preis –gestiftet von der AWO Mittelrhein – ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert, je 1.500 Euro für Beiträge aus den Bereichen Print, Hörfunk und Fernsehen. Darüber hinaus stehen 500 Euro für die Vergabe eines Sonderpreises zur Verfügung – so zum Beispiel für Berichterstattungen in den sozialen Medien, wie Blogs etc. Zusätzlich wird für Nachwuchsjournalisten ein Preisgeld in Höhe von 500 Euro ausgelobt.

Ausgezeichnet werden Autorinnen und Autoren für herausragende publizistische Leistungen in der lokalen Berichterstattung über soziale Themen im Bereich der AWO Mittelrhein. Ziel ist die Sensibilisierung des öffentlichen Bewusstseins für Armut und soziale Ausgrenzung durch die Förderung des anwaltschaftlichen und investigativen Journalismus.

Weitere Informationen
und alle Siegerbeiträge finden Sie unter
› www.awo-mittelrhein-journalistenpreis.de

niederschwellige Angebote entwickelt hat. Die Integrationsagenturen in NRW haben kurzfristig über 550 Angebote für Flüchtlinge geschaffen, bevor die Politik überhaupt einen Impuls hierzu gesetzt hatte.

Das vom Bezirksverband seit **2010** herausgegebene Online-Bildungsmagazin »Vielfalt« hat sich in mehreren Ausgaben mit der defizitären Umsetzung der Schulpflicht für zugewiesene Flüchtlingskinder in Köln auseinandergesetzt und wirkungsvoll skandalisiert.

2014 erhielt das Projekt »Integrationslotsen« der Integrationsagentur den Ehrenamtspreis der Stadt Köln.

»Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass Ressentiments und Vorurteile gegenüber Menschen mit tatsächlichem oder zugeschriebenem Migrationshintergrund nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft vorkommen!«

Diese Sorge hat die AWO schon 2008 im Magdeburger Appell geäußert. Gerade auch der Anschlag des »NSU« in Köln ist für uns Ansporn und Verpflichtung. Vorstand und Geschäftsführung haben sich am »Tag gegen Rassismus« im März 2014 in Köln-Chorweiler offensiv zu einer vielfältigen Gesellschaft mit der lokalen Politik in einer gemeinsamen Aktion bekannt (siehe hierzu Bild auf Seite 18).

Kindertageseinrichtungen (KiTas) und Offener Ganztag (OGS)

Der Bezirksverband ist Träger von nur einer Kindertageseinrichtung. Insofern fokussiert sich seine Tätigkeit primär auf die spitzenverbandliche Interessenvertretung. Dagegen stellen die KiTas und der Offene Ganztag für die Kreisverbände und den Regionalverband einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit dar.

»Nicht nur Objekt, sondern Subjekt der Wohlfahrtspflege wollen wir sein.«

Marie Juchacz, 1921

Frauen in der AWO am Mittelrhein

18 Interviews mit tatkräftigen Frauen aus dem Haupt- und Ehrenamt

Zwei Drittel der rund 24.000 Mitglieder der AWO am Mittelrhein sind weiblich. In den mehr als 600 AWO Einrichtungen und Diensten arbeiten ca. 6.100 Menschen – mehr als 80 Prozent davon sind Frauen. Von Aachen bis Waldbröl, von Heinsberg bis Euskirchen engagieren sich rund 2.800 Freiwillige in den AWO Einrichtungen vor Ort. Ein kurzer Blick auf die Vornamen der Ortsvereinsvorsitzenden führt zu dem schnellen Schluss: Die Männer sind im Vorstand, die Frauen in der sozialen Arbeit eingebunden. Emotionalität, Pflege und Zuwendung gelten als typisch weibliche Attribute. Strenge, Entscheidungsfähigkeit und Befehlsbereitschaft werden traditionell eher Männern zugetraut.

Dies mag ein Grund sein, weshalb sich der Anteil von Frauen in Bezug zur Anzahl aller in der Organisation Tätigen über lange Jahre in den Leitungspositionen nicht widergespiegelt hat.

Nach Inkrafttreten des Kinderbildungsgesetzes hatte die AWO bereits darauf hingewiesen, dass die im Gesetz vorgesehene 1,5-prozentige Anpassung p. a. perspektivisch nicht ausreichend sein wird. Durch die deutlich auch über dem neuen, angehobenen, ab dem KiTa-Jahr 2016 / 17 geltenden, jährlichen Anpassungssatz liegende Verbesserung der Vergütung der Erzieherinnen und Erzieher durch die Anpassung des Tarifes des Sozial- und Erziehungsdienstes im TVÖD, kommen Träger, die diesen Tarif anwenden, vermehrt in wirtschaftliche Schieflagen. Der Druck auf die Kommunen und das Land zur Sicherstellung einer verlässlichen Versorgung muss zur Vermeidung von Kündigungen von Betreiberverträgen deutlich erhöht werden.

Die AWO ist landesweit der größte Träger des Offenen Ganztags. Die derzeitige Finanzierung über einen Sockelbetrag aus Landesmitteln und dem Elternbeitrag, ergänzt um einen kommunalen Zuschuss, der in NRW zwischen »Null« und »auskömmlich« schwankt, ist sozialpolitisch untragbar. Hier bedarf es einer einheitlichen landesgesetzlichen Regelung zur Festlegung von Qualitäten und Finanzierungen. Im Übrigen wird auf die detaillierten Darstellungen auf Seite 49 dieses Berichtes verwiesen.

Stationäre Altenhilfe

Wirtschaftlicher Schwerpunkt der unternehmerischen Tätigkeiten des Bezirksverbandes, aber auch einiger Gliederungen, ist der Betrieb sogenannter »Einrichtungen der Altenhilfe mit komplexem Leistungsangebot«, wie die Einrichtungen der stationären Altenhilfe im Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) genannt werden.

Der Betrieb sämtlicher Einrichtungen, die im Eigentum des Bezirkes stehen oder wie in einem Fall, von einem Investor

Es tut sich was…

Doch stimmt dieses Bild heute noch? Haben sich die Frauen in der AWO nach Marie Juchacz, Lotte Lemke und Mine Härdle das Heft des Handelns aus der Hand nehmen lassen? Oder, provokativer gefragt, das Gestalten und Leiten?

Ein Drittel der acht Kreis- und Regionalverbände der AWO am Mittelrhein werden heute von Vorständen geleitet, an deren Spitze Frauen stehen. Die Kreis- bzw. Regionalverbandsgeschäftsführungen sind zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt. Die Leitung der großen Tochtergesellschaften des Bezirksverbandes, der AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen und der AWO Gesellschaft für Jugend- und Eingliederungshilfe, Der Sommerberg, mit insgesamt rund 2.100 Mitarbeitenden, liegt in weiblicher Hand. Zwei Drittel der Einrichtungsleitungen aus den 13 stationären Altenhilfeeinrichtungen des AWO Bezirksverbands und der AWO Gesellschaft für Altenhilfe sind Frauen.

Frauen in der AWO

In 18 Interviews stellen wir tatkräftige und engagierte Frauen der AWO am Mittelrhein vor – als Beispiele, zur Motivation und auch als Aufforderung, mitzumachen in einem starken Team mit einer großen Tradition und einer langen Geschichte. Die Interviews können als Broschüre bei der AWO Mittelrhein bestellt werden.

Die Broschüre gibt es auch zum Download unter:
› www.awo-mittelrhein.de/presseservice

»Echt AWO …« – der Glückskeks-Wettbewerb

Die AWO NRW hat in einem Wettbewerb ihre Mitglieder und Beschäftigten aufgerufen, zu sagen, was »ECHT AWO …« für sie bedeutet.

Unter dem Motto »Echtes Engagement. Echte Vielfalt. Echt AWO.« hat die die AWO vom 13. bis zum 21. Juni 2015 erstmals bundesweit in zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen gezeigt, wie vielfältig ihr soziales Engagement in den Städten und Gemeinden aussieht. Vom Ortsverein bis zur KiTa präsentierte sie sich als offenes Haus in dem jede und jeder willkommen ist.

Die AWO Landesarbeitsgemeinschaft NRW hat dabei auch ihre Mitglieder und Mitarbeitenden mit ins Boot genommen. Landesweit begleitete sie die Aktionswoche mit einem kleinen Werbegeschenk: Glückskekse mit eingebackenem »AWO Spruch«.

Die LAG-Vorsitzende, Beate Ruland, hatte alle Ortsvereine, Kreisverbände, Einrichtungen und Dienste der AWO in NRW aufgerufen im Rahmen eines Wettbewerbs ihre Sprüche zu »ECHT AWO …« einzusenden. Aus allen Einsendungen wurden die zehn besten Sprüche ausgesucht. Juroren waren die Mitglieder des Vorstands der AWO LAG NRW.

Glückskekswettbewerb

»Wir haben viele einprägsame, originelle und aussagekräftige Einsendungen erhalten, was ›echt AWO‹ für die Menschen in der AWO bedeutet. Eigentlich sind alle eingesendeten Sprüche zu ›ECHT AWO …‹ es wert, der Öffentlichkeit vorgestellt zu werden. Deshalb ist es der Jury nicht leicht gefallen, eine Auswahl zu treffen. Doch leider erfordern die einmal gefassten Spielregeln, sich auf zehn Sprüche zu beschränken« bedauerte die Landesvorsitzende und bekräftigte »eigentlich haben alle gewonnen, die am Wettbewerb teilgenommen haben. Deshalb bedanke ich mich auch bei allen Teilnehmenden ganz herzlich. Den Gewinnern gilt meine Gratulation.«

Die zehn Sprüche, die gewonnen haben:

- **ECHT AWO – gestern, heute und in Zukunft**
  AWO OV Siersdorf
- **ECHT AWO – sozial, menschlich, engagiert!**
  Marie-Ansorge-KiTa, Marienheide
- **ECHT AWO – Zukunft menschlich gestalten**
  Marie-Ansorge-KiTa, Marienheide
- **ECHT AWO – aktiv in der Nachbarschaft**
  AWO OV Enger-Mitte
- **ECHT AWO – gemeinsam statt einsam**
  AWO Senioreneinrichtung Rosenhöhe, Bielefeld
- **ECHT AWO – mit Herz und Verstand**
  Werkstätten der AWO Dortmund GmbH
- **ECHT AWO – gemeinsam sind wir stark!**
  Familienzentrum Burscheid
- **ECHT AWO – an sozialen Werten orientiert**
  Arbeiterwohlfahrt Stadtverband Gladbeck
- **ECHT AWO – bunte Vielfalt**
  AWO KiTa Eichendorffstraße, Wesel
- **ECHT AWO – Die Menschen im Blick!**
  AWO KV Düsseldorf e. V. Zentren plus und Nachbarschaftstreffs

Die Gewinner erhielten jeweils 1.000 Glückskekse im Wert von ca. 200 Euro gratis. Insgesamt wurden bundesweit 60.000 Glückskekse mit den Gewinnersprüchen aus NRW verteilt.

gemietet wurden ist, erfolgt durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft des Bezirksverbandes, der gemeinnützigen Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbH (GesA). Der Bezirksverband ist Vermögensträger, das sog. operative Geschäft und damit die Erwirtschaftung der an den Bezirk zu zahlenden Miete obliegt der Betriebsgesellschaft und wird durch deren Organe überwacht. Eingesehen werden können die ausführlichen jährlichen Lageberichte unter:

› www.awo-gesa.de/ueber-uns/gesa-mbh

Der Bezirksverband ist für den wirtschaftlichen Erhalt und die Fortentwicklung seiner Immobilien verantwortlich. Zudem nimmt er die Aufgabe des Investors bei Neubauten für die Betreibergesellschaften wahr. Das Wohl und Wehe der Tochtergesellschaften ist daher für den Bezirk von existenzieller Bedeutung.

Andreas Johnsen,
Geschäftsführer der AWO Bezirksverband Mittelrhein e. V.

Die einheitliche strategische Ausrichtung wird durch den Konzernvorstand vorgegeben. Die Konzerngeschäftsführerkonferenz verfolgt die gemeinsame Zielausrichtung und stellt deren Umsetzung sicher.

Im Berichtszeitraum waren drei Dinge von besonderer Bedeutung:

- Die Sicherstellung der baulichen Anforderungen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) und dem Altenpflegegesetz NRW (APG) zum 30. Juli 2018.
- Die veränderten Rahmenbedingungen der Refinanzierung der investiven Kosten – Gebäude, Einrichtung und deren Instandhaltung.
- Die Übernahme von zwei Einrichtungen vom Kreisverband Aachen-Stadt.

Änderungen des APG

Im **August 2012** musste sich der Vorstand erstmals mit den zu erwartenden Änderungen des APG befassen. Neben vielen, zum Teil auch positiv zu bewertenden Änderungen, sieht die Verordnung zum APG (APG-DVO) die Umsetzung des sogenannten doppelten Tatsächlichkeitsprinzips vor, wie es nach Auslegung durch das Land NRW vom Bundessozialgericht verlangt wird.

Bis heute ist NRW das einzige Bundesland, das die Umsetzung in dieser für die Träger problematischen Weise vorgenommen hat. Damit werden den Trägern jegliche Gewinn- und Rückstellungsmöglichkeiten für Risiken genommen. Wirtschaftliche Anreize zur Erzielung einer besseren Belegung sind vollständig entfallen. Alle Risiken, etwa bei Belegungsschwankungen oder Forderungsausfällen, liegen ausschließlich beim Träger. Gewinne sollen nur noch aus dem mit den Pflegekassen und dem Landschaftsverband zu verhandelnden Pflegesatz erzielt werden können. Ob dies gelingt, wird die Zukunft zeigen.

Neben der inhaltlichen Problematik ist festzustellen, dass die Umsetzung des Gesetzes große handwerkliche Defizite aufweist. Das faktische Wirksamwerden der Bestimmungen musste durch das zuständige Ministerium mehrfach verschoben werden und die tatsächliche Umsetzung steht nach wie vor nicht fest – vielleicht zum Zeitpunkt der Konferenz. Die AWO hat stets die zeitnahe Umsetzbarkeit problematisiert.

Zusätzlich und erschwerend kam dazu, dass die Rahmenbedingungen für sämtliche Baumaßnahmen zur Umsetzung der Qualitätsanforderungen des Wohn- und Teilhabegesetz NRW (WTG) für ca. 18 Monate völlig unklar waren. Die Voraussetzungen für die Kommunen blieben in der Schwebe. Baumaßnahmen, die von den sogenannten Abstimmungsbescheinigungen der Kommunen abhängig sind und bis dahin bereits erlangte Bescheinigungen wurden unwirksam.

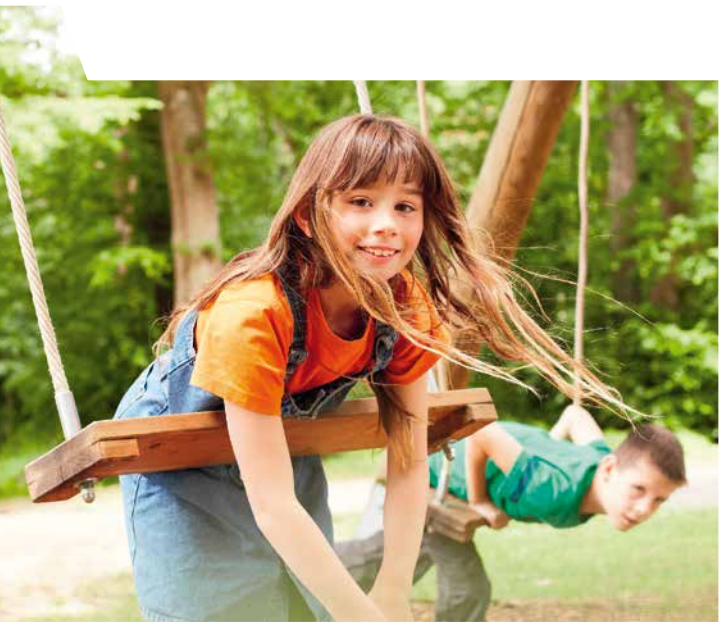
Erst im **Herbst 2015** konnte der Vorstand daher nach umfangreichen Verhandlungen mit den finanzierenden Banken grünes Licht für die noch erforderlichen Umbaumaßnahmen zur Erreichung des zukünftigen gesetzlichen Standards in einer Größenordnung von 16 Mio. Euro geben. Zu den

geforderten baulichen Anpassungen gehört auch die Umsetzung der Einzelzimmerquote von 80 Prozent. Zugespitzt könnte man formulieren: Wir investieren 16 Mio. Euro, um ca. 100 Plätze abzubauen.

Gemeinsam mit den anderen Wohlfahrtsverbänden in NRW prognostizieren wir daher eine Halbierung der Versorgungsquote mit Plätzen in der stationären Altenhilfe von derzeit 33 Prozent auf ca. 17 Prozent bis 2050 in NRW. Bei aller erforderlichen und gewünschten Vielfalt der Angebote, wird diese Quote den tatsächlichen Bedarf insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Multimorbidität und die weiterhin steigende Zahl alter Menschen mit demenziellen Erkrankungen nicht decken können.

Zum **1. Januar 2014** hat der Bezirksverband vom Kreisverband Aachen die beiden Seniorenzentren Morillenhang und Kennedypark erworben. Mit gleichem Datum erwarb die AWO Gesellschaft für Altenhilfe mbh (GesA) des Bezirksverbandes, die im Eigentum des Kreisverbandes Aachen-Stadt befindliche Betriebsgesellschaft (GBS mbH) der beiden Aachener Seniorenzentren.

Im **Herbst 2013** waren Kreis- und Bezirksverband in gemeinsamen Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, dass die erforderlichen Investitionen zur Wiederherstellung einer wirtschaftlich tragbaren Belegung und zur Erfüllung der gesetzlichen Qualitätsvorgaben durch den Kreisverband nicht geschultert werden können und ein weiterer Betrieb durch die Gesellschaft im Eigentum des Kreisverbandes nicht möglich ist. Durch erhebliche, vor allem auch wirtschaftliche Anstrengungen ist es mittlerweile gelungen, die Einrichtungen operativ zu stabilisieren.



Die Entschuldung der Gesellschaft hat bereits 2015 zu großen Teilen stattgefunden und wird voraussichtlich 2016 beendet sein. Die Baumaßnahmen zur Sicherstellung der gesetzlich geforderten Standards haben in beiden Einrichtungen bereits begonnen und werden im vorgegebenen Zeitrahmen fertig gestellt sein.

Um den erforderlichen und oben beschriebenen Abbau von Platzzahlen zu kompensieren, aber auch zur Sicherung der Marktposition sind im Berichtszeitraum verschiedene Neubaumaßnahmen durchgeführt worden. Dies erfolgte in konzeptioneller und wirtschaftlicher Hinsicht immer in enger Abstimmung mit der Betreibergesellschaft. Dieses Vorgehen ist mit den Interessen einer Bank vergleichbar, muss der Bezirksverband doch die geplanten Maßnahmen auf die zu erwartende Wirtschaftlichkeit und die langfristige Refinanzierungsmöglichkeit der Miete prüfen. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit, sowohl zwischen den jeweiligen Geschäftsführungen, als auch mit den ehrenamtlich besetzten Vorstands- und Aufsichtsgremien. Zuletzt muss dann noch die finanzierende Bank mit ins Boot geholt werden. Zu den einzelnen Neubaumaßnahmen verweisen wir auf Kapitel 5 dieses Berichts.

Der Sommerberg

Eigentümer der Betriebsgesellschaft »Der Sommerberg mbH« sind der Bezirksverband und sechs Kreisverbände sowie der Regionalverband. Eigentümer großer Teile des Betriebsvermögens, d. h. der wesentlichen Immobilien, die der Sommerberg auf der Grundlage von Pachtverträgen betreibt, ist der Bezirksverband. Der Sommerberg hat als gemeinnützige GmbH eigene Aufsichtsgremien auf der Grundlage des GmbHG und des HGB, vergleichbar mit der GesA.

Die strategische Steuerung erfolgt durch die oben beschriebenen Gremien und Mechanismen, um die angemessene Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten zu gewährleisten. Darüber hinaus sind die Gesellschafter über die Gesellschafterversammlung über alle wesentlichen unternehmerischen Gegebenheiten informiert und eingebunden. Die wirtschaftliche Situation des Sommerbergs kann als »grundsolide« bezeichnet werden.

Weiter Informationen finden sich unter
› www.awo-der-sommerberg.de

Die wirtschaftliche Entwicklung des Bezirksverbandes

Nachdem die erheblichen, nicht oder nur zum Teil refinanzierten Sanierungsmaßnahmen der Immobilien, mit Ablauf der Jahres 2011 ihr Ende gefunden haben, hat sich die wirtschaftliche Situation des Bezirksverbandes deutlich konsolidiert und seit 2012 konnten wieder Überschüsse erwirtschaftet werden.

Die Dienstleistungen der Geschäftsstelle können lediglich kostendeckend umgelegt werden. Soweit die Finanzierung durch öffentliche Zuwendungen erfolgt, setzt dies immer die Erbringung eines Eigenanteils voraus. Erträge aus Ausschüttungen der Tochtergesellschaften und Überschüsse der eigenen wirtschaftlichen (Zweck)betriebe sind daher zum Ausgleich des Wirtschaftsplans unabdingbar.

Durch die Ergebnisse der eigenen Betriebe und die Wirtschaftsstärke der Tochtergesellschaften konnte dies immer sichergestellt werden. Zu den Einzelheiten wird auf den Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnungen und auf die Bilanzen 2011-2014 verwiesen.

Ausblick – Visionen

Die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs in allen Aufgabenfeldern der AWO ist Grundlage dafür, dass sich die AWO unter Beibehaltung ihres eigenen Wertekanons, zu dem die existenzsichernde Vergütung von Arbeitsverhältnissen zählt, weiterhin erfolgreich am Markt bewegen kann. Daher stehen wir für eine tarifliche Vergütung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies ist auch in allen Betrieben und Unternehmen der AWO Mittelrhein sichergestellt.

Wir sehen uns aber immer mehr mit Wettbewerbern konfrontiert, die sich über eine geringere Vergütung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unzulässige Vorteile im Wettbewerb verschaffen. Ähnliches gilt auch im Hinblick auf den Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte. Darüber hinaus definiert die Politik Rahmenbedingungen, die statt des Qualitätswettbewerbs mehr und mehr den Preiswettbewerb zum ausschließlichen Maßstab von Vergabeentscheidungen machen. Wir haben dann die Wahl: Stehen wir zu unseren Grundwerten und lassen uns aus dem Markt drängen – mit der Folge eventueller Arbeitsplatzverluste. Oder erhalten und schaffen wir Arbeitsplätze zu untertariflichen Bedingungen, insbesondere für Gering-Qualifizierte?

Die vom AWO Bundesverband verfolgte Strategie, einen allgemeinverbindlichen Entgelttarifvertrag Soziales politisch anzustreben, geht dieses Problem an (siehe Beitrag auf Seite 80). Damit wäre nur noch ein Qualitäts- statt ein Preiswettbewerb möglich. Das Ziel kann bundespolitisch diskutiert werden, wird in den einzelnen Bundesländern jedoch bereits umgesetzt. Auch wenn dies vielen noch als Vision erscheinen mag, so sei daran erinnert, dass auch die Forderung nach Einführung der Pflegeversicherung, wie sie die AWO als erste gefordert hat, visionär war. Die AWO braucht Visionen, um erfolgreich zu sein.

Inklusion – die gesellschaftliche Herausforderung

Eine große gesellschaftspolitisch herausfordernde Aufgabe wird die Integration oder besser: die Inklusion der Menschen sein, die in den letzten Monaten und Jahren nach Deutschland geflüchtet bzw. noch zu uns unterwegs sind. Dabei ist es uns wichtig, nicht in kurzlebigen Aktionismus zu verfallen, sondern unsere Regelangebote darauf hin abzuklopfen, ob sie den sich stellenden Integrationsaufgaben gerecht werden können – und was dazu getan werden muss. Dies gilt für alle relevanten Lebensphasen, -welten und -bedingungen der Menschen, die zu uns gekommen sind: Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Ausbildung, Beruf, Gesundheit, Wohnen, Bürgerschaftliches Engagement, Schaffung gesellschaftlicher Bezüge z. B. im Quartier, Angebot allgemeiner Beratungsleistungen. Selbstverständlich kann diese Aufzählung nicht abschließend sein.

Daneben hat die AWO die Aufgabe jedweden Bestrebungen entgegen zu wirken, die Menschenrechte, insbesondere durch rechte Dogmatik, in Frage stellen oder buchstäblich mit Füßen treten. Dies ist eine Querschnittsaufgabe, die es gilt in allen unseren Strukturen, Einrichtungen und Diensten mit Leben zu füllen.

All denjenigen, die die AWO in den letzten vier Jahren unterstützt haben – sei es ehrenamtlich oder hauptamtlich – sagen Vorstand und Geschäftsführung Dank. Der Vorstand und die Geschäftsführung sind in Fortsetzung ihrer bisherigen vertrauensvollen Zusammenarbeit bestrebt, auch unter Einbindung unserer externen Partner, sicher zu stellen, dass wo AWO drauf steht auch AWO drin ist!

Nachrufe

Dr. Norbert Burger (* 24. November 1932, † 16. Mai 2012)

Am 16. Mai 2012 verstarb Dr. Norbert Burger, Vorsitzender des Stiftungsrats der AWO Rheinlandstiftung.

Seit 1963 war Norbert Burger im öffentlichen Dienst der Stadt Köln tätig. Im Jahre 1973 wurde er Vize-Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung unter dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt. Während der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt war Norbert Burger dann im Entwicklungshilfeministerium tätig. Bereits im Jahre 1975 wurde Norbert Burger Ratsherr in Köln. Von 1980 bis 1999 war Norbert Burger Oberbürgermeister der Stadt Köln und damit der am längsten amtierende Oberbürgermeister der rheinischen Großstadt im 20. Jahrhundert. Norbert Burger hat die AWO Rheinlandstiftung seit ihrer Gründung 1998 mit aufgebaut und lange Zeit im Stiftungsrat begleitet. Er ist gegangen, doch was bleibt, ist sein beeindruckendes Lebenswerk und sein Einsatz für die Menschen in unserer Region und auch weit darüber hinaus. Sein soziales Engagement wird uns stets Ansporn und Wegweiser bleiben.

Josef Vosen (* 23. Juli 1943, † 21. August 2012)

Am 21. August 2012 verstarb Josef Vosen, MdB a. D., Bürgermeister der Stadt Düren a. D. und auch Ehrenbürger der Stadt Düren.

Josef Vosen war von 1989 bis 1996 Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e. V.. In diesen Jahren setzte er sich offensiv für eine am Menschen orientierte soziale Arbeit ein – so lag ihm Ausbau in der Alten- und Behindertenhilfe besonders am Herzen. Sein weiteres Engagement galt der Aufnahme und Rückführung von Flüchtlingen aus dem Balkankrieg. Dieser unermüdliche Einsatz für die Arbeiterwohlfahrt war ihm Aufgabe und Anliegen. Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Rudi Adams (* 10. November 1919, † 23. Mai 2013)

Am 23. Mai 2013 verstarb Rudi Adams, von 1986–1989 Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittel rhein e. V., Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, Ehrenvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen e. V., Beisitzer im Bundesvorstand der AWO 1986–1989, Mitglied des Bundestags 1966–1980, Mitglied des Europäischen Parlaments 1970–1979, Vizepräsident des Europäischen Parlaments 1977–1979.

Rudi Adams setzte sich unermüdlich für die Belange der Arbeiterwohlfahrt ein. Mit seinem Wissen und seiner Tatkraft hat er die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt auf Kreis-, Bezirks- und auch auf Bundesebene aktiv mitgestaltet.

Wir nehmen Abschied von unserem Freund und Weggefährten Rudi Adams – wir werden sein großes Engagement in bleibender Erinnerung behalten.

Dieter Pritzsche (* 3. April 1938, † 7. November 2013)

Am 07. November 2013 verstarb Dieter Pritzsche, Oberst a. D., Mitglied des Bezirkvorstands und des Aufsichtsrats der AWO Gesellschaft für Jugend- und Eingliederungshilfe mbH Der Sommerberg.

Dieter Pritzsche trat 1991 in die AWO ein. Von 2000 bis 2009 war er Kreisvorsitzender der AWO Euskirchen, ab 2009 stellv. Vorsitzender des fusionierten Regionalverbands Rhein-Erft & Euskirchen e.V. Im Jahr 2000 wurde Dieter Pritzsche in den Vorstand der AWO Mittelrhein gewählt, seit 2005 war er Mitglied des Aufsichtsrats der AWO Gesellschaft für Jugend- und Eingliederungshilfe mbH Der Sommerberg und der »Phoenix« Beschäftigungsgesellschaft Rösrath.

Mit Dieter Pritzsche verlor die AWO einen Kämpfer und einen Kümmerer, der bei all seinen Aktivitäten immer zuerst den Menschen im Blick hatte. Sein Wirken bleibt für uns unvergessen.

Willi Everartz (* 13. Februar 1927, † 26. Dezember 2014)

Am 26. Dezember 2014 verstarb Willy Everartz, Mitglied des Bezirksvorstands von 1989 bis 2004, Ehrenvorsitzender des AWO Kreisverbands Aachen-Stadt, Träger der Marie-Juchacz-Verdienstmedaille der Arbeiterwohlfahrt und des Goldenen Ehrenrings der Stadt Aachen.

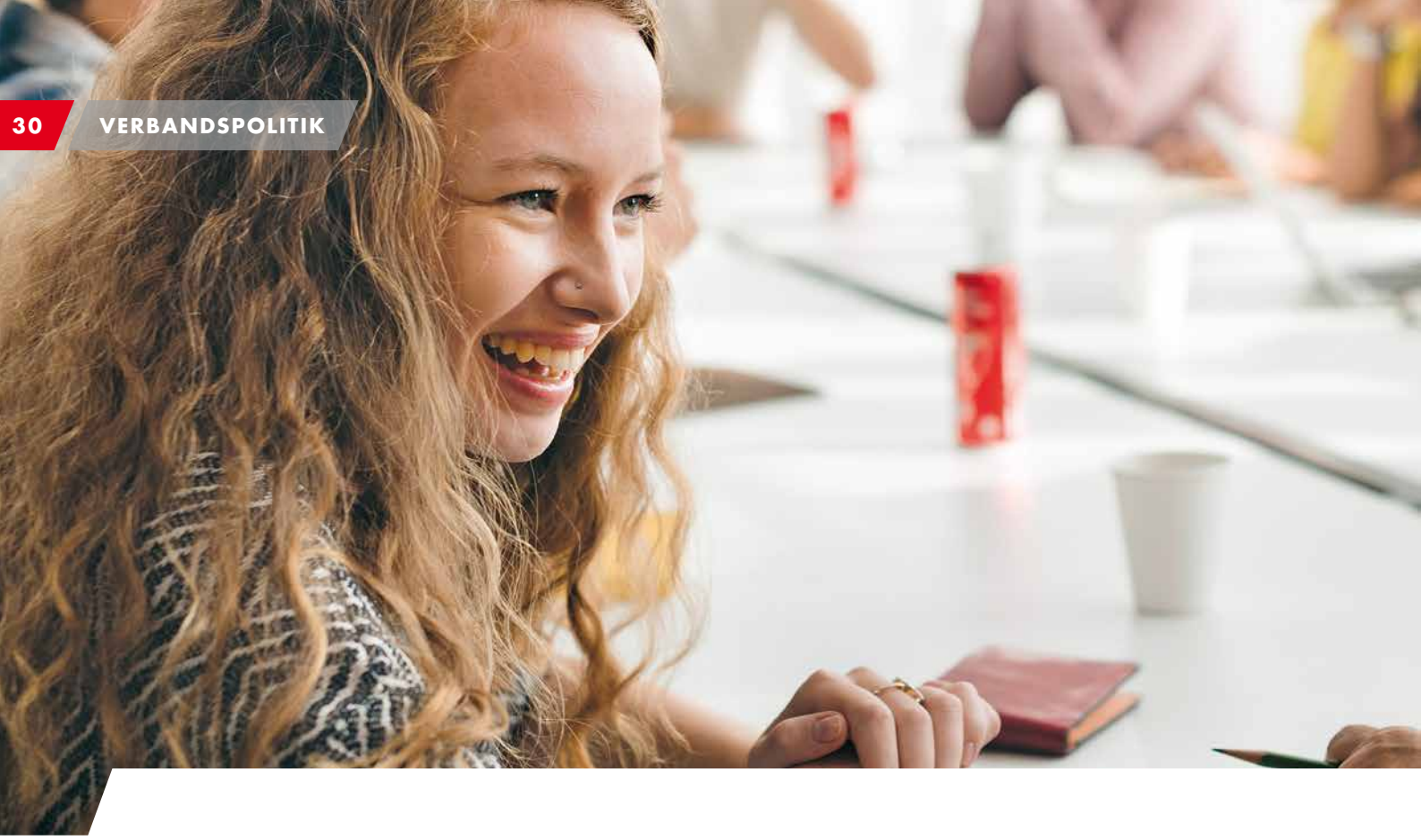
Bereits seit 1966 setzte sich Willy Everartz auf Ortsvereins- Kreis- und Bezirks- sowie auf Bundesverbandsebene bis zuletzt aktiv für die AWO ein. Seine Tatkraft und sein Gestaltungswille haben die Arbeiterwohlfahrt mit geprägt. Er trat stets zu 100 Prozent und mit gutem Sachverstand für die »einfachen Leute« ein.

Mit Willy Everartz haben wir einen Freund und Mitstreiter für die Ziele der Arbeiterwohlfahrt verloren. Wir trauern um einen liebenswerten Kollegen, den wir in guter Erinnerung behalten werden.

2

VERBANDSPOLITIK

Die Arbeiterwohlfahrt ist ein Mitgliederverband. Menschen im Ehrenamt und im Hauptamt tragen den Verband, indem sie seine Werte lebendig halten. Wie gestaltet die AWO Mittelrhein ihre Mitgliederbetreuung, ihre aktive Jugendarbeit und die Generierung von Spenden- und Stiftungsgeldern?



Gestern – Heute – Morgen …

Die AWO als Mitgliederverband – eine kritische Betrachtung

Die AWO Mittelrhein ist ein modernes Dienstleistungsunternehmen mit professionellem Management. Gleichzeitig sind wir – und dies gilt heute genauso wie damals – eine Mitgliederorganisation, in der die Freiwilligenarbeit mit sozialpolitischer Zielsetzung ein wichtiges Standbein bildet.

Freiwilliges Engagement ist ein Stück Selbstverwirklichung und bedeutet praktizierte Solidarität – eine Solidarität, ohne die eine soziale Gesellschaft nicht bestehen kann. In Deutschland ist das Ehrenamt seit dem letzten Jahrhundert eng mit der Vereins- und Verbändeentwicklung verknüpft. Als traditionellem Wohlfahrtsverband kommt der AWO dabei eine führende Rolle zu. Nicht nur historisch, als sie nach dem Krieg eine der frühen Selbsthilfeorganisationen neu formierte, sondern vor allem auf dem Weg in eine zeitgemäße soziale Zukunft.

Freiwilligenarbeit wird künftig mehr denn je das Rückgrat einer humanen Gesellschaft bilden. Aber verschiedene Rahmenbedingungen: u. a. demografische Entwicklung, Veränderungen im sozialen Engagement, Veränderungen der Familienstrukturen wirken sich negativ auf die AWO Mittelrhein als Mitgliederverband aus.

Ehrenamt – ohne Mitgliedschaft

Für viele unserer Gliederungen ist die verbandliche Einbindung des »Neuen Ehrenamtes« ohne Mitgliedschaft ein Problem. Die AWO Mittelrhein muss sich auf moderne, Generationen übergreifende Freiwilligenarbeit, verzahnt mit qualifizierten professionellen Leistungen einstellen. Gleichzeitig darf sie aber ihre traditionellen und ureigenen Strukturen nicht aufgeben.

Ein Spiegel der Gesellschaft zu sein, getragen von Menschen, die gemeinsam soziale Gerechtigkeit verwirklichen wollen, orientiert an jenen, die auf diese Angebote und Hilfeleistungen angewiesen sind – dazu bedarf es keiner Mitgliedschaft in der AWO. Auf der anderen Seite stellen die Mitglieder die Basis des Verbandes dar. Sie stützen ihn, gestalten durch ihr aktives Mitwirken sein Ansehen in der Gesellschaft und legitimieren den Verband, als Spitzenverband der Wohlfahrtspflege sozial- und gesellschaftspolitisch zu agieren.

Den unverwechselbaren Charakter als Mitgliederverband gewinnt die AWO Mittelrhein aus dem sozial-politischen Rückgrat der Mitgliederorganisation, worin ihre Grundwerte, ihre Geschichte und ihr sozial-ethisches Fundament verkörpert sind.

Mitgliederwerbung und Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederwerbeaktion »Herz sucht Herz« endete im Jahr 2012. Im Vergleich zu den Mitgliedszahlen aus dem Jahr 2011 ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Vor diesem Hintergrund hatte der Bezirksverband im März 2012 für alle Mitgliedsverbände der AWO Mittelrhein den Workshop »AWO als Mitgliederverband und als Verband für soziales Engagement« initiiert. Vorstandsmitglieder, Geschäftsführungen und Verbandsfachleute thematisierten die Problematik der Mitgliederentwicklung und die daraus folgenden Konsequenzen. Die in den letzten Jahren gemeinsam mit den Mitgliedsverbänden und Ortsvereinen entwickelten Maßnahmen und Angebote zur Gewinnung neuer Mitglieder konnten den Mitgliederbestand nicht dauerhaft sichern.

Zur Unterstützung der AWO Gliederungen vor Ort wurden durch den Arbeitskreis »Mitgliederentwicklung/Mitgliederwerbung« ein neues Faltblatt zu diesem Thema entwickelt und ein dazugehöriges Plakat in Auftrag gegeben. Diese neu erstellten Werbematerialien wurden flächendeckend an alle Mitgliedsverbände und an die Einrichtungen der AWO Mittelrhein gestreut. Der Workshop »Mitgliederwerbung« im Frühling 2015 gab allen Interessierten noch einmal die Möglichkeit Techniken, Grundlagen und Praxisbeispiele aus dem Themenfeld der Mitgliederwerbung zu erarbeiten und kritisch zu hinterfragen. Erfahrungsaustausch und Kompetenzerweiterung sollten dann in den Gliederungen vor Ort in die Praxis umgesetzt werden.

Unterstützung der Ortsvereine

In den letzten Jahren ist festzustellen, dass einige Ortsvereine ihren Aufgaben laut Grundsatzprogramm nicht (mehr) nachkommen (können) und kaum noch in der Lage sind, die für einen Verein notwendigen Strukturen vorzuhalten, da häufig keine »Nachfolger« für einzelne Funktionsträger gefunden werden.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung der Verbandsgliederungen erscheint es dringend notwendig, die Ortsvereine offensiv zu unterstützen.

Beispiele unserer Mitgliederwerbung

Mögliche Formen der konkreten Unterstützung:

- Förderung durch Mitarbeiter*innen des Kreisverbands und/oder Mitglieder der Kreisverbandsvorstände.
- Übernahme von Patenschaften zwischen Ortsvereinen.
- Übernahme der Vorstandsarbeit durch einen benachbarten Ortsverein und Erledigung der hier anfallenden Arbeiten.
- Übernahme von Aufgaben der Ortsvereine durch den Kreisverband.
- Entwicklung weiterer Arbeitsfelder in Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen.

Zur Weiterentwicklung der Ortsvereine ist es ist wichtig, sie individuell zu betrachten und dort Impulse und Hilfen zu geben, wo sie in festgefügten Strukturen und Angeboten zu verharren drohen. Die regionalen Rahmenbedingungen für eine solche Unterstützung sind jedoch sehr unterschiedlich. Auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen in den Kreisverbänden und dem Regionalverband ist äußerst unterschiedlich. In Gliederungen, bei denen ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen ist, kann davon ausgegangen werden, dass es im Wesentlichen dafür folgende Gründe gibt:

- Mitgliedergewinnung ist im Besonderen auf das persönliche Engagement einzelner Werberinnen und Werber angewiesen. Die direkte Ansprache und das aktive Werben um Mitglieder benötigt Menschen, die mit Überzeugung, Empathie und Motivation »Nicht-Mitglieder« von der Bedeutung einer Mitgliedschaft bei der AWO begeistern können.
- Die Attraktivität und Vielfältigkeit der Angebote der jeweiligen Ortsvereine ist für die Bürgerinnen und Bürger wichtig und oft ein entscheidendes Motiv, bei der AWO Mitglied zu werden. Die Bekanntheit und die Akzeptanz eines Ortsvereins oder Mitgliedsverbands in der Region hängen stark von seinen sozialen Aktivitäten ab, und haben damit einen wesentlichen Einfluss auf den Mitgliederzuwachs.

Mitglieder-Entwicklung 2012–2015

Mitgliederzahlen	2012	2013	2014	2015	Differenz 2012 / 2015	in %
Aachen-Land	3.937	3.785	3.607	3.425	–512	–13,00
Aachen-Stadt	1.696	1.654	1.522	1.471	–225	–13,27
Düren	1.534	1.492	1.451	1.422	–112	–7,30
Rhein-Erft & Euskirchen	5.891	5.716	5.411	5.277	–614	–10,42
Heinsberg	1.572	1.564	1.516	1.503	–69	–4,39
Köln	2.510	2.421	2.313	2.231	–279	–11,12
Rhein-Oberberg	2.475	2.469	2.513	2.531	56	2,26
Bonn / Rhein-Sieg	5.313	5.302	5.286	5.322	9	0,17
Bezirk insgesamt	**24.928**	**24.403**	**23.619**	**23.182**	**–1.746**	**–7,00**

Stand: 14. Januar 2015

Quelle: ZMAV

Bürgerschaftliches Engagement

Herausforderungen im Quartier als Chance für das Ehrenamt – auch ohne eine AWO Mitgliedschaft? Wie wirkt sich die Tendenz zu einer neuen Kultur des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements auf die Arbeit und die Struktur unseres Verbandes aus?

Neben den sehr wichtigen traditionellen Formen freiwilligen Engagements werden inzwischen auch andere Motivations- und Handlungsansprüche formuliert: Engagierte Bürgerinnen und Bürger suchen nicht mehr nur die feste, freiwillige Mitarbeit in einer Organisation. Sie möchten frei – am besten spontan über den Umfang und den thematischen Zuschnitt ihres Engagements entscheiden. Damit rückt der Selbstverwirklichungsgedanke in den Vordergrund – weniger das altruistische Motiv. Langfristige Bindungen verlieren an Bedeutung, das zeitlich befristete Engagement gewinnt an Gewicht – damit erhält das Angebot an freiwilliger Arbeit im Quartier besondere Bedeutung.

Potenziale nutzen. Attraktivität gewinnen.

Ortsvereine, die sich mit anderen Akteuren zusammen gezielt Schwerpunkte aus dem sozialen Milieu auswählen, erfahren hier neue Möglichkeiten, ihr Angebot zu erweitern, um somit gegebenenfalls andere und auch »neue« Interessierte an freiwilliger Arbeit zu motivieren.

Diese, für die AWO eher neuen Handlungsmuster, bergen enorme Potenziale für die verbandliche Zukunftssicherung, damit kann die AWO an Attraktivität gewinnen und sich stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Durch die existierende Verankerung der AWO in der Gesellschaft und im Gemeinwesen bieten sich für die sozialen Aufgaben der AWO die besten Zugangsvoraussetzungen. Aktuelle Erfahrungen zeigen, dass es eine Vielzahl von Menschen gibt, die genau auf diese Art und Weise sozial tätig werden wollen.

Drogeriekette ehrt Ehrenamtlerin Bettina Unterberg mit dem »HelferHerzen«

Preis für Marie-Juchacz-Zentrum

Chorweiler. Bettina Unterberg begleitet Menschen, die im Marie-Juchacz-Zentrum in Chroweiler leben und erhielt dafür jetzt den dm-Preis für Engagement. Jeden Tag setzen sich in Deutschland viele Millionen Menschen ehrenamtlich für unsere Gesellschaft ein. Sie wirken meist im Verborgenen. Diese Menschen wertzuschätzen und ein Bewusstsein für ihr Engagement zu schaffen, ist das Ziel der Initiative »HelferHerzen«, heißt es in einer Mitteilung der Drogeriekette dm. »Die Partner Naturschutzbund Deutschland e.V., der Deutsche Kinderschutzbund Bundesverband e.V., die deutsche UNESCO-Kommission e.V. und dm-drogerie-markt möchten zeigen, wie vielfältig Engagement sein kann.« Aus mehr als 9.100 Anmeldungen wählten mehr als 700 Juroren in rund 150 Regionen deutschlandweit mehr als 1.000 Preisträger aus. Diese erhalten jeweils 1.000 Euro. Die Jury für Köln, der unter anderem Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes und Pia Kind von der Geschäftsstelle der Rundschau-Altenhilfe DIE GUTE TAT angehörten, beeindruckte das Engagement von Bettina Unterberg. Sie unterstütze die Senioren im Marie-Juchacz-Zentrum maßgeblich. Ob beim Bingo eine helfende Hand gebraucht werde, ob ein gemeinsames Gucken zur Fußballweltmeisterschaft für die Bewohner im Seniorenzentrum organisiert werden müsse oder wenn ganz kurzfristig mal jemand besondere Zuwendung und Betreuung braucht, wie beim Gang zum Arzt – Bettina Unterberg sei stets zur Stelle. Sie stehe stellvertretend für die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die das Leben in den Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt mit gestalten. Mehr als 2.500 Menschen engagieren sich regelmäßig ehrenamtlich bei der Arbeiterwohlfahrt am Mittelrhein. »Diese Menschen sind eine wichtige Säule unserer Gesellschaft«, betont Beate Ruland, Vorsitzende der AWO Mittelrhein. Die Motive für das Engagement seien vielfältig: Tatkräftig anderen zu helfen oder der Entschluss, die Gesellschaft mitzugestalten, gehören ebenso dazu, wie der Wunsch nach Gemeinschaft und neuen Erfahrungen. (EB)

aus: Kölner Rundschau vom 2.10.2014

Aktive Jugendverbandsarbeit

Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene

In den Jahren 2011–2015 fanden jeweils im Wechsel Bundesjugendwerkskonferenzen und Bundesjugendwerkstreffen statt, an denen auch Jugendwerkler*innen der AWO am Mittelrhein teilgenommen haben. Auch auf NRW-Landesebene beteiligten sich Jugendwerkler*innen aus dem Bezirksjugendwerk Mittelrhein an mehreren Veranstaltungen.

Unter dem Motto: »Kinder sind unsere Zukunft und gemeinsam sind wir stark!« hat sich das Jugendwerk gemeinsam mit der AWO zum Ziel gesetzt, den Jüngsten in unserer Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, sich selbstbestimmt und ohne äußere Zwänge Freiräume zu schaffen und zu gestalten.

› Facebook: Jugendwerk der AWO Mittelrhein

Das Bezirksjugendwerk der AWO Mittelrhein

Seit der Bezirkskonferenz im Jahr 2012 fanden beim Bezirksjugendwerk der AWO Mittelrhein zwei Konferenzen statt: Im Dezember 2013 wurde Anna Katharina Rose zur neuen Vorsitzenden gewählt, nachdem Petra Blenkers nach langer Amtszeit nicht mehr als Vorsitzende kandidierte.

Nachdem Anna Katharina Rose dann im Mai 2015 ihr Amt zur Verfügung stellte, wurde ein neuer, kleiner Vorstand gewählt. Christoph Flecken als Vorsitzender, Bekir Deliktas als stellvertretender Vorsitzender und Xandra Hürtgen als Beisitzerin handeln und arbeiten seitdem mit großer Motivation und Engagement.

Der neugewählte Vorstand legte den Schwerpunkt auf die Arbeit mit Geflüchteten. Unter dem Motto »Interkulturelles Kochen – wage mit uns einen Blick über den Tellerrand« findet seither jede Woche ein Kochen mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen statt.

An einer Bildungsfahrt nach Paris Anfang Oktober 2015 nahmen 24 junge Menschen teil – darunter fünf minderjährige unbegleitete Flüchtlinge.

Auf der Klausurtagung des Bezirksjugendwerkes Mitte Oktober 2015 legte der neue Vorstand seine Arbeitsschwerpunkte für das nächste Jahr fest.

Weiter fand Anfang Dezember 2015 in Zusammenarbeit mit dem Jugendwerk der AWO in der Städteregion Aachen eine Flüchtlingskonferenz statt, auf der das Jugendwerk mit Geflüchteten und politisch Verantwortlichen über die aktuellen Herausforderungen in der Arbeit mit Geflüchteten beraten hat. ▮

> Unterschiedlichkeit ist die Energie der gesellschaftlichen Weiterentwicklung – Inklusion das verbindende Räderwerk.
>
> Andreas Johnsen,
> Geschäftsführer der AWO Bezirksverband Mittelrhein e. V.

Spenden- und Eigenmittelbeschaffung

Die **Haus- und Straßensammlung** hat bei der Arbeiterwohlfahrt eine lange Tradition. Leider haben sich in den letzten Jahren nur noch fünf unserer acht Mitgliedsverbände beteiligt, entsprechend verzeichneten die Gesamteinnahmen 2015 einen Rückgang gegenüber 2012 von über 19 Prozent. Betrachtet man jedoch die Ergebnisse der einzelnen Kreisverbände und des Regionalverbandes, so ist zu erkennen, dass gelungen ist, die Einnahmen teilweise sogar zu erhöhen. Den größten Sammlungserfolg erzielte der KV Rhein-Oberberg, gefolgt vom Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen sowie dem KV Aachen-Land. Auch die KVs Aachen-Stadt und Düren beteiligen sich an der Sammlung.

Der Umsatz der Lotterie **»helfen & gewinnen«** hat im Berichtszeitraum weiter abgenommen. Im Vergleich zu 2011 betrug der Rückgang 2014 im Bezirk Mittelrhein ungefähr 7.500 Euro. Dieser negative Trend war bei allen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege zu beobachten. So verzeichneten die vier Bezirksverbände der AWO in NRW von 2011 bis 2014 insgesamt ein Minus von 35.568 Euro. Auf Grund dieses Umsatzrückgangs und der wirtschaftlichen Defizite, die beim Veranstalter der Lotterie, der Paritätischen Geldberatung eG. aufgelaufen sind, hat die LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen beschlossen, die Lotterie »helfen & gewinnen« im Jahr 2016 einzustellen.

Ergebnisse der Haus- und Straßensammlungen

	2012		2013		2014		2015	
Mitgliedsverbände	**in Euro**	**in %**	**in Euro**	**in %**	**in Euro**	**in %**	**in Euro**	**in %**
Aachen-Land	5.698,26	12,48	4.516,90	11,46	4.492,93	12,11	3.264,01	8,91
Aachen-Stadt	333,51	0,73	224,31	0,57	76,00	0,20	101,10	0,28
Bonn/Rhein-Sieg	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Düren	985,60	2,16	1.139,85	2,89	825,00	2,22	580,00	1,58
Heinsberg	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Köln	1.169,25	2,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Rhein-Erft & Euskirchen	7.785,64	17,06	6.626,50	16,81	4.429,10	11,94	8.725,40	23,82
Rhein-Oberberg	29.670,93	65,01	26.915,57	68,27	27.274,40	73,52	23.962,22	65,41
Gesamt	**45.643,19**	**100,00**	**39.423,13**	**100,00**	**37.097,43**	**100,00**	**36.632,73**	**100,00**

Stand: 12. Oktober 2015

Losverkauf – Umsatzrückgang 2011 bis 2014

	2011	2012	2013	2014	Veränderung in Euro	Veränderung in %
AWO Mittelrhein	22.787,00	15.771,00	17.192,00	15.342,00	**–7.445,00**	**–32,67**
AWO in NRW	92.515,00	68.367,00	71.411,00	56.947,00	**–35.568,00**	**–38,45**

Genau hinschauen. Zielgerichtet helfen.

Die AWO Rheinlandstiftung: wirksam, regional, nachhaltig.

Kinder und Jugendliche brauchen viel Bewegung. Gemeinsam Fußballspielen wäre eine tolle Lösung. Eigentlich kein Problem, der Platz dazu wäre da – doch es fehlen Tore und Bälle. Und es fehlen leider die finanziellen Mittel – selbst für diese doch eher kleineren Anschaffungen.

Bei Kindern und Erwachsenen mit und ohne Migrationshintergrund die Freude am Lesen deutschsprachiger Bücher wecken. Was für eine großartige Idee – doch leider fehlt es an Büchern und an fachkundiger Anleitung. Geflüchtete bei ihren allerersten Worten und Schritten in unserer Region unterstützen, was für eine wichtige Aufgabe. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer stehen bereit – was fehlt sind Tafeln, Schreibzeug und Lernmaterialien.

Der Bedarf ist offensichtlich und der Einsatz eher gering – und trotzdem können wir damit sehr viel bewirken. Deshalb schaut die AWO Rheinlandstiftung ganz genau hin, wo und welche Unterstützung gebraucht wird. Mit Hilfe von Spenden und den Zinserträgen des Stiftungskapitals fördert die AWO Rheinlandstiftung klare Maßnahmen in zielgerichteten Projekten bei uns in der Region.

Den Wandel gestalten

Nachdem der Vorsitzende des Stiftungsrats, Dr. Burger, am 16. Mai 2012 verstorben ist, wurde der Vorsitz für die verbleibende Amtszeit nicht wiederbesetzt. Die Geschäfte wurden vom stellvertretenden Vorsitzenden, Jürgen Probst, wahrgenommen.

In der Stiftungsratssitzung Anfang Mai 2013 wurde der Stiftungsrat neu besetzt. Den Vorsitz des Stiftungsrats hat seither Dr. Volker Hauff, BM a. D. inne. Die weiteren Vertreter des Stiftungsrats sind Jürgen Probst, Artur Grzesiek, Beate Ruland, Franz Irsfeld, Klaus-Werner Dittrich und Achim Reddmann.

Der Stiftungsrat befasst sich neben den Beratungen und Entscheidungen zur Mittelverwendung, der Aufsichtstätigkeit und der Anlagepolitik auch mit der zukünftigen Strategie der AWO Rheinlandstiftung.

Jeder Mensch hat die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Das ist Inklusion! Erst wenn man nicht mehr explizit über Inklusion sprechen muss, dann ist sie uns zur Normalität geworden.

Beate Ruland,
Vorsitzende der AWO Bezirksverband Mittelrhein e. V.

Sich gegenseitig helfen

Förderanträge können formlos an die AWO Rheinlandstiftung gestellt werden – Web-Link siehe unten. Damit die Stiftung auch in Zukunft Projekte in den Kreisverbänden und im Regionalverband der AWO bei uns am Mittelrhein fördern kann, ist sie auf Spenden angewiesen.

Unsere Stiftung sammelt diese Spendengelder, vermehrt sie durch eine vernünftige Anlagestrategie und fördert so Projekte, die vor Ort Menschen helfen. So kommt jeder Cent, der aus Spendenaktionen der Einrichtungen und Initiativen der Kreisverbände an die AWO Rheinlandstiftung geht, irgendwann wieder als Förderung zurück in die Einrichtungen.

- Informationen zur AWO Rheinlandstiftung: www.awo-rheinlandstiftung.de
- Förderanträge unter: www.awo-rheinlandstiftung.de/stiftung-ziele/foerderrichtlinien
- Aktuelle Infos auf unserer facebook-Seite: AWO Rheinlandstiftung.

AWO Rheinland STIFTUNG

Wir helfen vor Ort.

Jede Spende kommt in den Projekten an – zu 100 Prozent!

Im Berichtszeitraum von 2012 bis 2015 konnte die AWO Rheinlandstiftung 48 Projekte mit einer Summe von rund 175.000 Euro unterstützen. In allen Kreisgebieten wurden dabei vor allem AWO Projekte unterstützt, die Hilfe zur Selbsthilfe leisten, die Generationen verbinden oder die nachhaltig Chancen schaffen. Insgesamt 50.000 Euro wurden 2015 zur Förderung von drei Leuchtturm-Projekten für die Stärkung der Menschen im Quartier verwendet:

- Aachen-Land/Merkstein: »Sorgende Gemeinschaft im Quartier«.
- Rhein-Oberberg/Waldbröl: »Theater- und Tanzprojekt für Jugendliche in Eichen«.
- Düren: »Kinder stark machen«.

Die weiteren Mittel verteilen sich auf die Bereiche: Bildung und Förderung, Gemeinschaft und Integration sowie Gesundheit und Ernährung. Bei den Förderprojekten wird viel Wert darauf gelegt, nachhaltige Strukturen und Bindungen zu schaffen, die zum Miteinander anregen. Damit tragfähige Netzwerke entstehen, die langfristig angelegt sind, Menschen auffangen und in denen sie auch Freunde finden können.

3

SOZIALPOLITIK

Die Sozialpolitik und das soziale Leben in unserem Land mit zu gestalten, ist die ureigenste Aufgabe der Arbeiterwohlfahrt. Welche Entwicklungen gibt es in den Bereichen Bildung, in der Altenhilfe, den Freiwilligendiensten und bei der Integration von Menschen, die zu uns kommen und wie wurde der Auftrag zur Stärkung des Präventionsgedankens im Quartier umgesetzt?

Unsere Sozialpolitik: Präventiv, nachhaltig und investiv

Mit der »Godesberger Erklärung« bekannte sich die AWO am Mittelrhein auf ihrer Bezirkskonferenz 2012 zum Vorrang einer präventiv ausgerichteten Sozial- und Gesundheitspolitik. Diese Erklärung fordert nicht nur von der Politik soziale Ungleichheit und Armut zu bekämpfen, sondern ist auch eine Selbstverpflichtung der AWO, eigene Aktivitäten auf ihre präventive Wirkung hin zu überprüfen und weiter zu entwickeln. Dieser Arbeitsauftrag gilt auch für die Zukunft.

Die in der Godesberger Erklärung formulierte Erkenntnis, dass unterlassene Prävention nicht nur den Betroffenen schadet, sondern auch die Budgets der Zukunft belastet, ist den politisch Verantwortlichen sehr wohl bewusst. So hat sich die Landesregierung NRW einer »vorbeugenden Sozialpolitik« als Querschnittaufgabe verpflichtet – mit unterschiedlichen, stärker präventiv ausgerichteten Projekten und Aktivitäten.

Der in diesem Zusammenhang oft benutzte Begriff einer »investiv« orientierten Sozialpolitik legt nahe, dass hier zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen und dass die Nachhaltigkeit von Initiativen und Projekten über deren Erfolg entscheidet.

Dass es sich um eine langfristige Aufgabe handelt, macht auch die fortlaufende Sozialberichterstattung in NRW deutlich: prekäre Lebenslagen und soziale Ausgrenzung verfestigen sich, die gesellschaftliche Polarisierung nimmt zu. Armut konzentriert sich weiter räumlich, mit den bekannten Folgen für Städte und Regionen. Positive Entwicklungen bei Wachstum und Beschäftigung haben bisher nicht ausgereicht, um diesen Trend zu verlangsamen – oder gar zu stoppen.

Vorbeugende Sozialpolitik erfordert…

Auf Bundesebene wurde das längst überfällige Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention verabschiedet. Aber es muss sich erst noch zeigen, ob und wie lebensweltorientierte Ansätze bei den sozial benachteiligten Menschen ankommen und dort Wirkung zeigen. Auch dies ist eine langfristige Aufgabe, deren Bewältigung das Eingeständnis der Politik voraussetzt, dass die wesentlichen Faktoren für ein gesundes Leben außerhalb des Gesundheitssektors liegen: im Bereich der Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Oder wie der Ende 2015 veröffentlichte dritte Bundesgesundheitsbericht erneut feststellt: Gesundheit und ein langes Leben stehen in direktem Zusammenhang mit der sozialen Herkunft und dem Einkommen. Ernüchterndes Fazit: Wer einen niedrigen sozioökonomischen Status hat, ist häufiger krank und stirbt früher.

...eine neue Kultur der Zusammenarbeit

Vorbeugende Sozialpolitik erfordert eine neue Kultur der Zusammenarbeit: zwischen Bund, Ländern und Kommunen, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, der Wohnungswirtschaft, bürgerschaftlichen Initiativen und anderen gesellschaftlichen Akteuren. Die (Wieder-)Entdeckung der Quartiere macht dies deutlich. Von der NRW-Landesinitiative »Starke Quartiere – starke Menschen« bis hin zur Schwerpunktsetzung in Bundesprogrammen wird das Wohnquartier als der Ort angesehen, an dem Inklusion und Beteiligung praktisch gelebt werden können – und dies zu Recht. Dies wird insbesondere dort, wo Menschen wenig Erfahrung mit Beteiligung haben, ein langwieriger Prozess sein. Die Renaissance der Quartiersförderung ist aber in der Regel projektfixiert und damit zeitlich begrenzt. Dass bei der Quartiersentwicklung in Zukunft vielleicht Akteure zusammen arbeiten (müssen), die sich bisher eher als Konkurrenten um schrumpfende Ressourcen, denn als Kooperationspartner wahrgenommen haben, das ist neu – eröffnet aber Chancen. Zum einen ermöglicht ein breites Kooperationsbündnis stärkeren politischen Einfluss, insbesondere auf kommunaler Ebene. Zum anderen können dadurch unterschiedliche Gruppen im Quartier angesprochen und auch erreicht werden, sofern die Konzeption der Quartiersentwicklung beteiligungsorientiert ist.

Präventive Ausrichtung verstärken

Die Selbstverpflichtung der AWO zur stärker präventiven Ausrichtung ihrer Arbeit wird in den Quartiersprojekten der einzelnen Gliederungen deutlich wahrnehmbar. Im Mai 2013 brachte der AWO Bezirksvorstand eine Initiative auf den Weg, um diese Projekte anzuregen und zu fördern. Die Anschubfinanzierung des Bezirksverbandes für zunächst vier Standorte wurde vom Fachbereich Mitglieder- und Spitzenverband inhaltlich begleitet. Hierzu gehörten die Unterstützung bei der Sozialraumanalyse und der Konzepterstellung. Weiter wurde der Informationsaustausch und die Vernetzung mit anderen AWO Standorten in der Region organisiert.

Früher Streetworker – heute Quartiersgänger

Eine Kommune im ländlichen Raum: Das AWO Quartiersprojekt »Mitten in Merkstein« will erreichen, dass Bewohnerinnen und Bewohner auch bei wachsender Hilfebedürftigkeit im Alter ihr gewohntes Wohn- und Lebensumfeld behalten können und in ihrem Viertel die Unterstützung erfahren, die sie benötigen.

Die Erfordernisse sind identifiziert: Nachbarschaftliche und soziale Netze, professionelle Dienstleister und weitere Akteure einer »Sorgenden Gemeinschaft« sollen angesprochen und im Sinne einer inklusiven Gesellschaft vernetzt werden. Dazu bewegt sich die Mitarbeiterin des Quartiersprojektes auch erkennbar im öffentlichen Raum.

Außer einem Quartiersbüro mit Beratungs- und Begegnungsmöglichkeit gibt es daher auch eine »Quartiersgängerin«, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs ist und »draußen« Kontakte und Netzwerke pflegt. Das Projekt wird gefördert vom Deutschen Hilfswerk und von der AWO Rheinlandstiftung.

Chancen nutzen von Anfang an

Die Kita Lollypop in Düren-Nord wendet sich mit zusätzlichen Angeboten der Sprachförderung an Kinder und Eltern aus der nahe gelegenen Notunterkunft für Flüchtlinge. Überzeugt davon, dass der Weg zur Inklusion schon so früh wie möglich eingeschlagen werden muss, bietet die AWO im Rahmen ihres Quartiersprojektes »Kinder stark machen in Düren-Nord« Unterstützung für Kinder und Eltern unterschiedlicher Herkunft. Und zwar noch bevor die Regelangebote des Sozialsystems greifen. Der Weg zu einem inklusiven Quartier ist weit – und manchmal auch sehr holprig. Losgehen sollte man aber so früh wie möglich. Das Projekt wird aus Mitteln der AWO Rheinlandstiftung gefördert.

Auch die AWO Rheinlandstiftung beteiligte sich finanziell in erheblichem Umfang an der Realisierung ausgewählter Einzelmaßnahmen in den Quartiersprojekten, wobei Kinder aus benachteiligten Familien im Fokus standen.

Anschub- oder Projektfinanzierung

Anschubfinanzierungen sind ebenso hilfreich wie kurzlebig. Etwas weiter reichen die Projektfinanzierungen ausgewählter Stiftungen, die auch eine Laufzeit von bis zu fünf Jahren haben können – so beispielsweise der Förderung durch das Deutsche Hilfswerk.

Die Antragsberatungen erfolgen durch das entsprechende Fachreferat des Bezirksverbandes. Im Hinblick auf den wachsenden Stellenwert der Förderung von Quartiersprojekten muss auf eine weitere Öffnung der Förderbedingungen sowohl bei Stiftungen, als auch bei Programmen des Landes, gedrängt werden. Ressortübergreifende Initiativen der Landesregierung NRW sind ein erster Schritt in diese Richtung – zum Beispiel in den Bereichen Stadtentwicklung, Wohnungsbau und Quartiersarbeit.

Kommunen nicht alleine lassen

Es bleibt das Problem der Eigenmittel, die vom Träger aufgebracht werden müssen. Die Kommunen von der Notwendigkeit ihres nicht nur ideellen, sondern auch finanziellen Beitrags zur nachhaltigen Entwicklung von Quartiersarbeit zu überzeugen, bleibt daher eine der vordringlichen Aufgaben.

Vielerorts werden Quartiersinitiativen der AWO sehr begrüßt, eine finanzielle Förderung seitens der Kommune mit Hinweis auf bestehende Haushaltsbeschränkungen aber ausgeschlossen. In solchen Situationen kann künftig durch möglichst breit aufgestellte Bündnisse von Kooperationspartnern gegengesteuert werden. Dies geschieht zum Teil bereits durch intensive Lobbyarbeit sowie die Mitwirkung in Stadträten und Ausschüssen. So können breit angelegte Bündnisse in Quartieren beispielsweise fraktionsübergreifende Zustimmungen in Stadtparlamenten finden und sich damit von tagespolitisch motivierter Parteienkonkurrenz frei machen. Die »Godesberger Erklärung« stellte u. a. fest, dass »die Kommune der Ort ist, an dem präventive Politik umgesetzt wird – oder auch nicht«. Angesichts der kommunalen Kostenlast in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Grundsicherung wird deutlich, dass die finan-

zielle Ausstattung vieler Kommunen unzureichend ist und die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden dürfen. An diesem Punkt wird die Interessenpartnerschaft der freien Wohlfahrtspflege und der Kommunalpolitik besonders deutlich – ebenso die Notwendigkeit einer gemeinsamen sozialpolitischen Positionierung.

Was ist in den letzten Jahren geschehen?

Von den vier Quartiersprojekten, die vom Bezirksverband angeregt und finanziell unterstützt worden sind, konnten die Projekte in Herzogenrath (KV Aachen-Land), Waldbröl (KV Rhein-Oberberg) und Düren ihre Arbeit aufnehmen. Weitere Quartiersprojekte bestehen in den Kreisverbänden Aachen-Stadt und Köln sowie – seit inzwischen sechs Jahren – im AWO Ortsverein Bad Godesberg.

Die jeweils eingegangen Kooperationen umfassen sowohl innerverbandliche Strukturen (AWO Ortsvereine sowie Einrichtungen und Dienste des Kreis- und Bezirksverbandes bzw. deren Unternehmen), als auch andere Akteure im Quartier: Wohlfahrtsverbände, bürgerschaftliche Initiativen, Wohnungsunternehmen und kommunale Einheiten.

Allen gemeinsam ist die Chance, mit bestehenden Strukturen und Ressourcen zu starten, diese durch Vernetzung und Kooperation in die Lage zu versetzen, mehr zu werden »als die Summe ihrer Teile«. Teilhabe und Inklusion praktisch erfahrbar zu machen und für die Themen »Ehrenamt« und »bürgerschaftliches Engagement« neue Zugänge zu finden. Für die AWO am Mittelrhein ergeben sich genau an diesem Punkt enorme Möglichkeiten und Chancen, die mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit sowohl des Mitgliederverbandes, als auch seiner Einrichtungen und Dienste, nicht verpasst werden sollten.

Wohnungsunternehmen im Audit »Generationengerechtes Wohnen im Quartier«

Als Partner von Wohnungsunternehmen eröffnen sich für die AWO völlig neue Möglichkeiten in der Quartiersarbeit. So zum Beispiel im Bonner Wohngebiet »Pennenfeld«, in dem die AWO seit sechs Jahren gemeinsam mit dem Caritas-Verband, dem städtischen Wohnungsunternehmen VEBOWAG und dem Amt für Soziales und Wohnen ein Quartiersprojekt unterhält. Mit dem Audit »Generationengerechtes Wohnen im Quartier«, das die Landesregierung NRW gemeinsam mit ausgewählten Wohnungsunternehmen in den nächsten vier Jahren umsetzen wird, ist die AWO an einem der Pilotprojekte beteiligt, die landesweit an sieben Standorten durchgeführt werden und von denen sicher zukunftweisende Impulse ausgehen. Neben dem Bauministerium und dem MGEPA unterstützen die NRW. BANK und die Bertelsmann-Stiftung dieses Projekt.

Ein Garten der Kulturen

Das AWO Quartiersprojekt in Waldbröl-Eichen hat vom Bundesverband Fördermittel aus dem Programm »Bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge in der AWO« erhalten. Direkt neben dem AWO Familienzentrum »Kindertreff Eichen« entsteht nun auf einem von der Kommune zur Verfügung gestellten Gelände ein »Garten der Kulturen«. Gemeinsam mit dem Freundeskreis ProAsyl, mit Kita-Eltern und Flüchtlingsfamilien wird dieser Garten gestaltet. Damit entsteht ein Ort der interkulturellen Begegnung in gemeinsamer Verantwortung der Nachbarschaft.

Das Besondere: Ein Garten ist von Natur aus nachhaltig, solange es jemanden gibt, der sich darum kümmert. Und ganz sicher ist dieses Projekt ein wichtiger Beitrag sowohl zur Stadtentwicklung als auch zur Inklusion.

Bildung, Betreuung und Erziehung: Die Kindertagesbetreuung im Wandel

Frühkindlicher Bildung und Erziehung wird zunehmend eine hohe Bedeutung zugemessen. Die Trias »Bildung, Betreuung und Erziehung« nimmt dabei eine zentrale Schlüsselrolle im Hinblick auf gleiche Zukunftschancen der Kinder ein.

Sie bildet die Basis individueller Entwicklungsprozesse und kann den Grundstein für eine gelingende Bildungsbiografie legen. Ein qualitativ hochwertiges und verlässliches Betreuungsangebot verbessert nicht nur die Bildungschancen unserer Kinder, es ist darüber hinaus die notwendige Grundlage, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

In einem 2013 produzierten Film »Kinder, die groß rauskommen« stellen die Kindertageseinrichtungen der AWO am Mittelrhein ihr Bildungs- und Betreuungsangebot vor.

› Der Film im Netz unter: www.awo-mittelrhein.de/angebote/kinder-jugendliche-und-familien

Kindertagesbetreuung in der AWO am Mittelrhein – ein Überblick

Im Kindergartenjahr 2015 / 16 besuchen etwa 10.300 Kinder im Alter von 0 Jahren bis zum Eintritt in die Schule regelmäßig eine von 173 Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der AWO am Mittelrhein. Darüber hinaus nutzen die Träger von 22 Einrichtungen die Möglichkeit der korporativen Mitgliedschaft in den jeweiligen AWO Gliederungen.

Ihr gemeinsames Ziel ist es, Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen und sie bei ihrer Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit bestmöglich zu begleiten.

Ausbau U3

Mit dem quantitativen Ausbau des regionalen Betreuungsangebots haben die Mitgliedsorganisationen der AWO am Mittelrhein und die Träger der Kindertageseinrichtungen dieses Arbeitsfeld bewusst in den Fokus genommen. Gemeinsam haben sie damit einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung eines bedarfsorientierten Betreuungsangebots geleistet.

Die Zahl der Kinder unter drei Jahren in Kita-Einrichtungen der AWO am Mittelrhein ist zum 1. August 2013 gegenüber dem Vorjahr um 533 auf 2.349 Kinder gestiegen. In den Folgejahren fällt der Anstieg etwas geringer aus. Insgesamt stehen im Kindergartenjahr 2015 / 2016 etwa 2.600 Plätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung. Damit liegt der Anteil der unter 3-Jährigen in den Einrichtungen der AWO am Mittelrhein inzwischen bei etwa 25 Prozent.

Außerdem ist die Nachfrage nach Ganztagesplätzen mit einer wöchentlichen Betreuungszeit von 45 Stunden im Berichtszeitraum deutlich gestiegen. Im Kindergartenjahr 2015 / 16 besuchen 63 Prozent der Kinder ganztags ihre Kindertageseinrichtung. Damit steigen auch der Bedarf an pädagogischem Personal und die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften. Dem Fachkräftemangel zu begegnen ist eine der zentralen Herausforderungen – und wird es auch in Zukunft sein.

Reform des Kinderbildungsgesetzes

Mehr als ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Kinderbildungsgesetzes sind die mit der Novellierung angestoßenen Veränderungen im Alltag der AWO Kindertageseinrichtungen weitestgehend realisiert. Durch dieses Gesetz hat sich die Kindertagesbetreuung weiter differenziert.

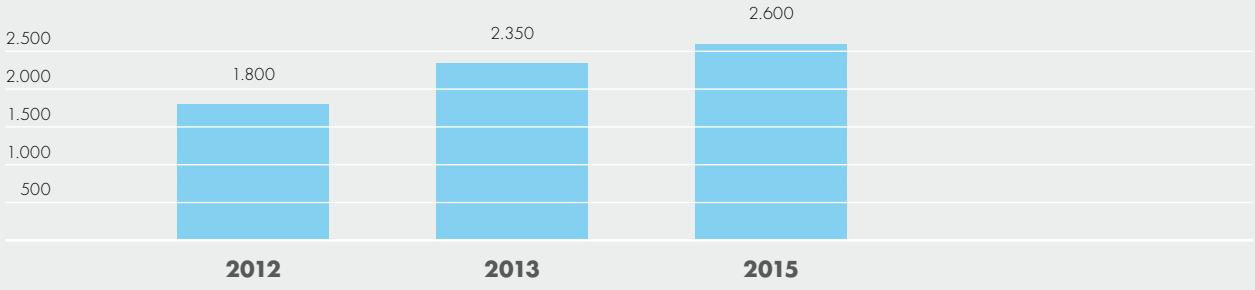
Mit der **plusKITA** wurde ergänzend zu den bereits bestehenden Familienzentren ein sozialraumorientiertes Angebot geschaffen. Im Laufe des Kindergartenjahres 2014/15 gingen 34 AWO Kindertageseinrichtungen mit einem Plus an den Start.

Vor dem Hintergrund sozial belasteter Ausgangslagen sind die zusätzlich geförderten Kitas angehalten, präventiv ausgerichtete Angebote zu schaffen und ihre Bildungs- und Erziehungsarbeit an der Lebenswelt der Kinder und deren Familien auszurichten.

Zeitgleich mit dem Gesetz hat das Land NRW Empfehlungen zur Neuausrichtung der Sprachbildung und Sprachförderung herausgegeben. Ein in den Alltag integriertes Konzept der Sprachbildung ist an die Stelle additiver Programme und spezifischer Angebote getreten.

Dies bedeutet konkret: Sprachbildung und Sprachförderung gehören nun zum »Alltagsgeschäft« der pädagogischen Fachkräfte in den Kitas.

Ausbau U3



Berechnung: Sabine Floßdorf

Spracherwerb – der Schlüssel zu Bildung

Mit Blick auf die Bedeutung des Spracherwerbs als Schlüssel zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe werden Kindertageseinrichtungen, die einen hohen Anteil an Kindern aus sozial belasteten Familien oder aus Familien mit Migrationshintergrund betreuen, durch die Finanzierung von zusätzlichen Fachkräften gefördert.

Maßnahmen zur Qualifizierung der Teams, aber auch ein trägereigenes Unterstützungssystem von insgesamt sieben zertifizierten Multiplikatorinnen und festangestellten Mitarbeiterinnen in den jeweiligen AWO Mitgliedsorganisationen, stellt die qualitative Weiterentwicklung der sprachlichen Bildungsarbeit in den Einrichtungen der AWO am Mittelrhein sicher.

Um die sprachliche Bildungsarbeit in ihren Einrichtungen zu stärken, werden 13 AWO Sprach-Kitas, die von einem überdurchschnittlichen hohen Anteil von Kindern mit besonderem Bedarf an sprachlicher Bildung und Förderung besucht werden, sich im Rahmen eines trägereigenen Verbundprojekts an dem Bundesprogramm Sprach-Kita beteiligen.

In der aktuellen Debatte um die Bedeutung von Bildungsprozessen in der frühen Kindheit spielen wissenschaftliche Erkenntnisse zur Entwicklung des Kindes und die sich verändernden Lebenssituationen von Kindern und ihren Familien ebenso eine Rolle wie wirtschaftliche Aspekte.

Der von den Trägern der Freien Wohlfahrtpflege geforderten Anhebung der Kindpauschalen und deren Anpassung an die tarifliche Entwicklung wurde im Rahmen der 2. Kibiz-Revision nicht nachgekommen. Die Weiterentwicklung und die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Tageseinrichtungen für Kinder setzt aber unverzichtbar eine auskömmliche finanzielle Basis für die Menschen voraus, die dort arbeiten.

Neuausrichtung der Finanzierung

Nach mehr als 30 Jahren zieht sich der Landschaftsverband Rheinland (LVR) aus der Finanzierung der therapeutischen Leistungen in den integrativen Kindertageseinrichtungen zurück. An Stelle der institutionellen Förderung der integrativen Gruppen durch den LVR und der in den Einrichtungen festangestellten Therapeuten tritt nun die neue Fördersystematik in Form der LVR-Pauschale.

Danach erfolgt die therapeutische Versorgung der Kinder zukünftig auf Grundlage einer Heilmittelverordnung entweder außerhalb der Kindertageseinrichtung in externen Praxen oder auf der Basis einer Kooperationsvereinbarung mit einer externen Praxis innerhalb der Kindertageseinrichtung. Für den Ausbau der pädagogischen Arbeit gewährt der Landschaftsverband ab dem Kindergartenjahr 2014/15 den Einrichtungen eine Pauschale in Höhe von jährlich 5.000 Euro pro Kind mit einer Behinderung.

> Inklusion ist, wenn Unterschiede normal sind und Andersartigkeit nicht irritiert.
>
> Ann-Christin Wehmeyer, Öffentlichkeitsarbeit,
> Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH

Die AWO holt die Rute raus.

Kundgebung von Erzieherinnen und Erziehern, Eltern und Kindern zu den Plänen des Landschaftsverbands Rheinland, die Förderung Integrativer Gruppen zu streichen.

Am 6. Dezember 2013, also ausgerechnet am Nikolaustag, wollte der Landschaftsverband Rheinland (LVR) Kürzungen bei den integrativen Kindertagesstätten beschließen. Was lag da für die AWO näher, als die Rute rauszuholen und den Mitgliedern des Landschaftsauschusses die Folgen dieser Pläne vor Augen zu führen. Kinder, Eltern und Erzieherinnen kamen zur Landschaftsversammlung Rheinland, um dem Vorsitzenden, Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, selbst gebastelte Ruten und Unterschriftenlisten zu überreichen. Sie befürchteten, dass die Betreuungsqualität in den bislang sehr erfolgreichen integrativen Gruppen auf der Strecke bleibt.

Bewährtes Erfolgsmodell bedroht

Eltern und Erzieherinnen waren verärgert, weil der Kürzungsbeschluss ein seit 30 Jahren bewährtes integratives Erfolgsmodell bedrohte. »Vor dem Hintergrund des hohen Stellenwertes, den die Landesregierung dem Thema ›Inklusion‹ beimisst, kann ich nicht nachvollziehen, warum die bisherige beispielhafte frühkindliche integrative Förderung von behinderten und nicht-behinderten Kindern in der bewährten Form aufs Spiel gesetzt werden soll«, sagte Andreas Johnsen, Geschäftsführer der AWO Mittelrhein.

»Von der gemeinsamen, in den Tagesablauf eingepassten Arbeit von Therapeuten und Pädagogen in der Gruppe mit behinderten und nicht behinderten Kindern profitieren alle gleichermaßen. Wird keine entsprechende Vereinbarung mit den Kassen getroffen, gibt es therapeutische Behandlung nur noch auf Rezept, und die behinderten Kinder erfahren die Therapie dann wieder als Ausgrenzung und Sonderbehandlung.«

Die AWO forderte die Beibehaltung und Finanzierung der bewährten integrativen therapeutischen Maßnahmen und Planungssicherheit für die Träger und die Beschäftigten der Kindertagesstätten.

Erfolgreiche Protestaktion

Angesichts der Befürchtungen, dass der Wechsel im Finanzierungssystem nicht ohne Auswirkungen auf die Qualität der ganzheitlichen Förderung bleibt, richteten sich die AWO Bezirksverbände Niederrhein und Mittelrhein in einer gemeinsamen Protestaktion gegen die Einführung des neuen Förderverfahrens. Die Aktion »Die AWO holt die Rute raus« am 6. Dezember 2013, also am Nikolaustag, hatte Erfolg – siehe auch Kasten auf Seite 47. Bis zum 31. Juni 2016 haben die Träger der bestehenden integrativen Kindertageseinrichtungen nun Zeit, Konzepte zu entwickeln, um die therapeutische Versorgung der Kinder sicher zu stellen.

Die Umsetzung dieses Verfahrens wird fortlaufend evaluiert. Zu diesem Zweck wurde eine Monitoringgruppe unter Einbeziehung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, den kommunalen Spitzenverbänden des Landes Nordrhein-Westfalen und politisch Verantwortlichen gebildet.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die inklusive Betreuungslandschaft in den nächsten Jahren verändert wird – und ob das Ziel erreicht werden kann, allen Kindern eine inklusive Bildung und den Besuch einer wohnortnahen Kindertageseinrichtung zu ermöglichen.

40 Jahre Kinderlachen.

Fußgetrappel, aufmerksames Staunen und Lernen, Kichern, Weinen, Mama-vermissen und Nicht-heimgehen-sondern-weiterspielen-wollen – seit 40 Jahren begleitet die AWO KiTa Hürth Kinder und deren Eltern vom Kleinkindalter bis in die Grundschule.

Im Juli 1974 wurde der dreigruppige AWO Kindergarten in dem damals neu errichteten Wohngebiet Hürth-Hermülheim eröffnet. Bereits beim Einzug wurden alle notwendigen Sondergenehmigungen beantragt, um möglichst vielen Kindern einen Tagesstättenplatz bieten zu können. 1988 kam zusätzlich noch eine Hortgruppe mit 20 Plätzen dazu. Nach mehreren, meist gesetzesbedingten Veränderungen, mit der Einbindung von großen altersgemischten Gruppen und auch kleinen altersgemischten, alterserweiterten Gruppen sowie Tagesstättengruppen mit erhöhtem Betreuungsbedarf, bietet die KiTa heute 73 Kindern von vier Monaten bis zum Schuleintritt pädagogische Betreuung – in der ganz bestimmt viel Kinderlachen Platz hat.

Frühkindliche Bildung

Bei der Festveranstaltung mit Walther Boecker, dem Bürgermeister der Stadt Hürth, Gabriele Mainzer, der Leiterin des Jugendamts, dem Elternbeirat, dem Förderverein, Eltern und Kindern aus der KiTa und vielen weiteren Gästen stellte die Vorsitzende der AWO Mittelrhein, Beate Ruland, fest: »Die AWO KiTa Hürth hat es mit ihren Kindern aus vielen verschiedenen Nationen in ganz besonderer Weise verstanden, eine tolerante, pluralistische, bunte Gemeinschaft zu erleben und zu erlernen. Die KiTa Hürth ist schon seit 40 Jahren stolz auf ihre Internationalität.«

Mittlerweile nimmt die zertifizierte Sprach-KiTa die Söhne und Töchter der inzwischen erwachsenen Kinder auf, die ihre Kindergartenzeit selbst im AWO Kindergarten in Hürth verbracht haben. Die AWO Vorsitzende kommentiert die mit den Worten: »Ich finde eine größere Bestätigung Ihrer Arbeit und ein größeres Lob kann es kaum geben.«

Träger, Fachberatungen und Fachbereichsleitungen in ihrem Auftrag zu Bildung, Betreuung und Erziehung zu unterstützen, ist das zentrale Anliegen des Referats »Kinder und Jugend« beim AWO Bezirksverband Mittelrhein e. V. Zumal auch in den nächsten Jahren die Bewältigung neuer Aufgaben und Anforderungen auf alle am frühkindlichen Bildungssystem Beteiligten zukommt. Man denke nur an die Betreuung und Unterstützung von geflüchteten Kindern und deren Familien. Oder an die kontinuierliche Weiterentwicklung eines inklusiven Bildungsangebots.

Die Offene Ganztagsschule in NRW

Die Offene Ganztagsschule bietet ein vielfältiges Bildungs- und Betreuungsangebot im Schatten von Jugendhilfe und Schule. Die in Nordrhein-Westfalen vorherrschende Angebotsform ist die teilgebundene Ganztagsschule, d. h. nicht alle Schülerinnen und Schüler einer Schule nehmen verpflichtend am Ganztag teil, wohl aber die, die sich zum Ganztag angemeldet haben.

Aus verschiedenen Perspektiven und je nachdem, ob familienpolitische, bildungspolitische, sozialpolitische oder jugendpolitische Absichten verfolgt werden, werden entweder eine verlässliche Betreuung, eine »bessere« Bildung oder die Kompensation sozialer Ungleichheiten als Schwerpunktaufgaben und Ziele der Ganztagsschule angesetzt.

Im Bereich der AWO am Mittelrhein nutzten 9.320 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2014/15 das Angebot der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich. Hinzu kommen ganztagsorientierte Angebote wie Schule von acht bis eins, Dreizehn plus und Angebote der pädagogischen Übermittagbetreuung in der Sekundarstufe. An 45 Schulen besuchen Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf den gemeinsamen Unterricht und das Angebot des Offenen Ganztags.

Träger des Bildungs- und Betreuungsangebots sind meist Vereine, die als korporative Mitglieder einer AWO Gliederung im Bereich der AWO am Mittelrhein gehören. Um die pädagogische Qualität der Offenen Ganztagsschule zu stärken und ein bedarfsgerechtes Angebote vorzuhalten, müssen sowohl die strukturellen Rahmenbedingungen als auch die Festlegung von Standards in den Fokus gestellt werden. So dominiert, neben fachlichen Positionen und der Forderung nach einer gesetzlichen Verankerung der Offen Ganztagschulen, die Frage nach einer auskömmlichen Finanzierung die aktuelle Debatte zur Situation des Offenen Ganztags in NRW.

Finanzierung des Offenen Ganztags

Im November 2014 hat das Land Nordrhein-Westfalen eine Erhöhung der Landesförderung um 30 Euro auf dann 730 Euro pro Kind und Schuljahr beschlossen. Darüber hinaus ist ab 2016 eine dynamische, jährliche Anhebung der Pauschalen um 1,5 Prozent vorgesehen.

Gemäß dem Bildungsbericht »Ganztagsschule NRW 2014« (Bildungsberichterstattung Ganztagsschule NRW – Empirische Dauerbeobachtung, BiGa NRW) haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen für die Träger von Offenen Ganztagsschulen in NRW in den letzten Jahren jedoch nicht bedeutsam verändert. Vielmehr ist zu erwarten, dass die finanzielle Situation sich in Zukunft, allein aufgrund der tariflichen Entwicklung und steigender Personalkosten, eher noch weiter verschärfen wird.

Das Personal im Offenen Ganztag

Mehr als 1.200 Beschäftigte, Leitungskräfte, pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte sind in den Offenen Ganztagsschulen im Bereich der AWO am Mittelrhein tätig.

Der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse ist mit 50 Prozent relativ hoch, ebenso die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeitstellen mit einer niedrigen Wochenstundenzahl. Die im Offenen Ganztag angebotenen Beschäftigungsverhältnisse sind von ihrer rechtlichen und finanziellen Gestaltung oftmals nicht attraktiv – mit der Folge einer hohen Personalfluktuation.

Erforderlich sind verlässliche Mindeststandards für die Qualifikation des Personals ebenso wie gesetzliche Regelungen zur Personalausstattung. Insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels besteht darüber hinaus Handlungsbedarf im Hinblick auf stabile Beschäftigungsbedingungen und die Gestaltung sicherer Arbeitsplätze. Entwicklungsbedarf wird auch im Hinblick auf den Umgang mit dem Thema »Inklusion« und dem Angebot für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gesehen.

Ganzheitlicher Ansatz für die Migrations- und Integrationsarbeit

Die geschäftsführenden Vorstände des AWO Kreisverbandes Köln e. V. und des AWO Bezirksverbandes Mittelrhein e. V. haben beschlossen, das Aufgabenfeld Migration/Integration zu Beginn des Wirtschaftsjahres am 1. Januar 2014 vom Kreisverband Köln an den Bezirksverband Mittelrhein zu übertragen.

Dies bedeutet, dass zu der landesgeförderten Integrationsagentur der AWO Mittelrhein die bundesgeförderten Programme des Fachdienstes mit seinem Schwerpunkt auf Einzelfallberatung und -hilfe hinzukommen. Damit umfasst das Spektrum des Angebots der AWO Bezirksverband Mittelrhein:

- Integrationsagentur
- sozialräumliche Arbeit und die Förderung Ehrenbürgerschaftlichen Engagements
- Antidiskriminierungsarbeit, Chancenwerkstatt für Vielfalt und Teilhabe
- Institut zur Interkulturellen Öffnung – IzIkÖ
- Jugendmigrationsdienste – JMD
- Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer – MBE
- Interkulturelle Zentren

Die Bündelung dieser ganz unterschiedlichen Ansätze der Integrationsarbeit unter einem Dach bietet Chancen für neue Strukturen, mit denen die AWO in Köln den zunehmenden Herausforderungen der Migrationsgesellschaft begegnen möchte.

Dazu werden die bestehenden Angebote im neuen Team weiterentwickelt und inhaltlich vernetzt, mit dem Ziel einer strukturellen und systematischen Gestaltung von Chancengerechtigkeit für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen.

Integration/Inklusion wirkungsvoll gestalten

Der Fachdienst für Migration und Integration setzt sich für die Anerkennung der Rechte der zugewanderten Menschen in der Gesellschaft ein. Die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft ist daher für die AWO eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, die sich aus den AWO-Leitsätzen ergeben.

Der Fachdienst für Migration und Integration initiiert Integrationsprozesse, steuert und begleitet deren Verlauf für betroffene Bürger und Einrichtungen und dokumentiert die Ergebnisse.

- Er fördert die gleichberechtigte Teilhabe der Zugewanderten am gesellschaftlichen Leben.
- Er leistet einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft.
- Er fördert den Dialog zwischen den Kulturen.
- Er hilft bei der interkulturellen Öffnung von Diensten und Einrichtungen.
- Er stärkt die individuelle und soziale Handlungsfähigkeit.
- Er bekämpft Diskriminierungen und Rassismus und setzt sich z. B. dafür ein, dass die menschenrechtlichen Standards bei der Aufnahme von Flüchtlingen strikt einzuhalten sind.

> Inklusion ist die Normalität von Vielfalt. Die Einzigartigkeit des Einzelnen hat Platz in der menschlichen Gemeinschaft.

Tanja Osterhoff, Qualitätsmanagement,
Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH

Engagement in Zahlen

1.884 Teilnehmende wurden 2015 zu Themen der Antidiskriminierung über 48 Veranstaltungen erreicht.

430 Personen nutzen wöchentlich die Angebote in den beiden Interkulturellen Zentren.

26 Einrichtung erhielten in 2014 Seminare zu Interkulturellen Orientierung bzw. Interkulturellen Öffnung.

672 intensive Beratungsfälle in 2015 in der Migrationsberatung für Erwachsene.

198 intensive Beratungsfälle in 2015 beim Jugendmigrationsdienst.

60 bürgerschaftlich Engagierte arbeiten in den Zentren.

2.100 Abonnenten werden jeweils über das AWO Bildungsmagazin erreicht, das vielmal im Jahr veröffentlicht wird.

- Ausführliche Informationen unter: www.integration-chancen.de/48/bildungsmagazin

Ausgewählte Beispiele

Integrationslotsinnen und Integrationslotsen

Ein Großteil der Bevölkerung Kölns mit Migrationshintergrund lebt schon seit langem in der Stadt. Einige nehmen Beratungsdienste, öffentliche Einrichtungen oder kulturelle Angebote kaum in Anspruch und bleiben bei Stadtteilaktivitäten außen vor. Manchmal liegt es daran, dass Angebote nicht bekannt sind, manchmal jedoch auch daran, dass Zugangsbarrieren allein schwer überwunden werden können.

Integrationslotsinnen und Integrationslotsen möchten wie ein Kompass Orientierung geben und insbesondere für Mitbürgerinnen und Mitbürger mit unzureichenden Sprachkenntnissen eine Brücke in die Gesellschaft schlagen. Integrationslotsinnen und Integrationslotsen sind ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft. Die meisten verfügen selbst über einen Migrationshintergrund und alle sprechen neben der deutschen Sprache zum Beispiel Türkisch, Arabisch, Russisch, Polnisch, Kurdisch, Englisch, Französisch, Portugiesisch oder Spanisch.

Das Integrationslotsenprojekt wird von fünf Integrationsagenturen, Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e. V., Caritasverband für die Stadt Köln, Vingster Treff (DPWV), Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e. V. und LV Synagogengemeinde Köln durchgeführt. Seit der Gründung 2009 sind 104 Integrationslotsinnen und Integrationslotsen ausgebildet worden. Bis heute haben sie 5.498 Einsätze geleistet. Zurzeit sind 54 Integrationslotsinnen und Integrationslotsen aktiv.

› Ausführliche Informationen unter: www.integration-aktiv.de

Fortbildungsreihe für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit

Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit sind bei ihrem alltäglichen Engagement mit zahlreichen Situationen und Fragen konfrontiert.

Mit dem Kooperationspartner AWO Kreisverband Bonn / Rhein-Sieg e. V. hat das IzIkÖ vom 29. 10.–26. 11. 2015 eine Fortbildungsreihe für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit durchgeführt. Die Teilnehmerzahl betrug pro Veranstaltung zwischen 30 und 60 und beinhaltete folgende Themenschwerpunkte:

- Grenzen und Möglichkeiten ehrenamtlicher Tätigkeit in der Flüchtlingsarbeit.
- Einblicke in asyl- und aufenthaltsrechtliche Fragen.
- Hintergrundwissen zum Islam – Sunniten und Schiiten: historische Entwicklung und gegenwärtige Bedeutung.
- Fluchtgründe aus Syrien.
- Fluchtgründe aus Irak.

› Ausführliche Informationen unter: www.izikoe.de

Schulplätze für alle.

Die Kölner Initiative »Schulplätze für alle« wurde 2013 auf Anregung der »Chancenwerkstatt für Vielfalt und Teilhabe« – Antidiskriminierungsarbeit in der IA – mit einem verbandsübergreifenden Aufruf gestartet.

Im Focus damals: Die Kinder der neuen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in Köln manchmal Monate auf einen Schulplatz warteten – und dies trotz bestehender Schulpflicht. Durch intensive Lobby-, Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit konnten strukturelle Verbesserungen bei der Einschulung für die Kinder und ihre Familien erreicht werden.

Im Focus heute: Geflüchtete Kinder und Jugendliche. Für einen Teil dieser Kinder gilt noch nicht die Schulpflicht, wohl aber ein Schulrecht nach der Landesverfassung, dem Grundgesetz, den Europäischen Richtlinien und nicht zuletzt auch nach der in Deutschland ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention. Trotzdem warten allein in Köln mehr als hundert Kinder (Stand Januar 2016) seit über drei Monaten auf einen Schulplatz, nicht wenige schon mehr als ein ganzes Jahr.

Die Initiative setzt sich dafür ein, dass alle Kinder nach spätestens drei Monaten die Schule besuchen können – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. »Schulplätze für alle« recherchiert, veröffentlicht Berichte und organisiert Informationsveranstaltungen für Willkommensinitiativen, für Lehrerinnen und Lehrer, für Beratungsstellen und für geflüchtete Eltern. Sie sucht das Gespräch für Lösungen im Einzelfall und im strukturellen Kontext mit Verwaltung, Schule, Zivilgesellschaft und Politik. In »Schulplätze für alle« kooperieren nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Verbände, sondern mit ihnen gemeinsam auch viele bürgerschaftlich engagierte Kölnerinnen und Kölner.

› Ausführliche Informationen unter: www.integration-chancen.de

Migrationsberatung und Jugendmigrationsdienst

Die pädagogischen Fachkräfte der Migrationsberatung und der Jugendmigrationsdienst tragen dazu bei, den Integrationsprozess für Betroffenen gezielt zu initiieren, zu steuern und zu begleiten. Die Befähigung zum selbständigen Handeln in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens wird über eine

› bedarfsorientierte Einzelfallbegleitung mit den Kernelementen der Sondierungsgespräche, der Erstellung einer individuellen Sozial- und Kompetenzanalyse, dem Erstellen eines Förderplans und der Sicherstellung der Umsetzung und dem Abschluss der Integrationsvereinbarung,
› der Durchführung der sozialpädagogischen Begleitung vor, während und nach dem Integrationskurs und
› der aktiven Mitarbeit in kommunalen Netzwerken sichergestellt.

Integration wirkungsvoll gestalten

Angebote des Fachdienstes Migration und Integration

Förderung / Bund
› Migrationsberatung
› Jugendmigrationsdienste
› Projekte

Förderung / Land
› Integrationsagenturen
› Integrationsmaßnahmen

Förderung / Kommune
› Projekte
› Integrationsmaßnahmen

› Individuelle Eingliederungsplanung und bedarfsgerechte Förderung

› Förderung integrationsrelevanter Strukturen und Angebote

› Strukturierte Verzahnung der unterschiedlichsten Förderangebote (Netzwerke)

› Umsetzung von Prozessen zur interkulturellen Orientierung / Öffnung

› Motivierung / Aktivierung von Ehrenamtlichen / Multiplikatoren

› Aktivitäten zur Antidiskriminierungsarbeit

Handlungsfelder sozialer Arbeit

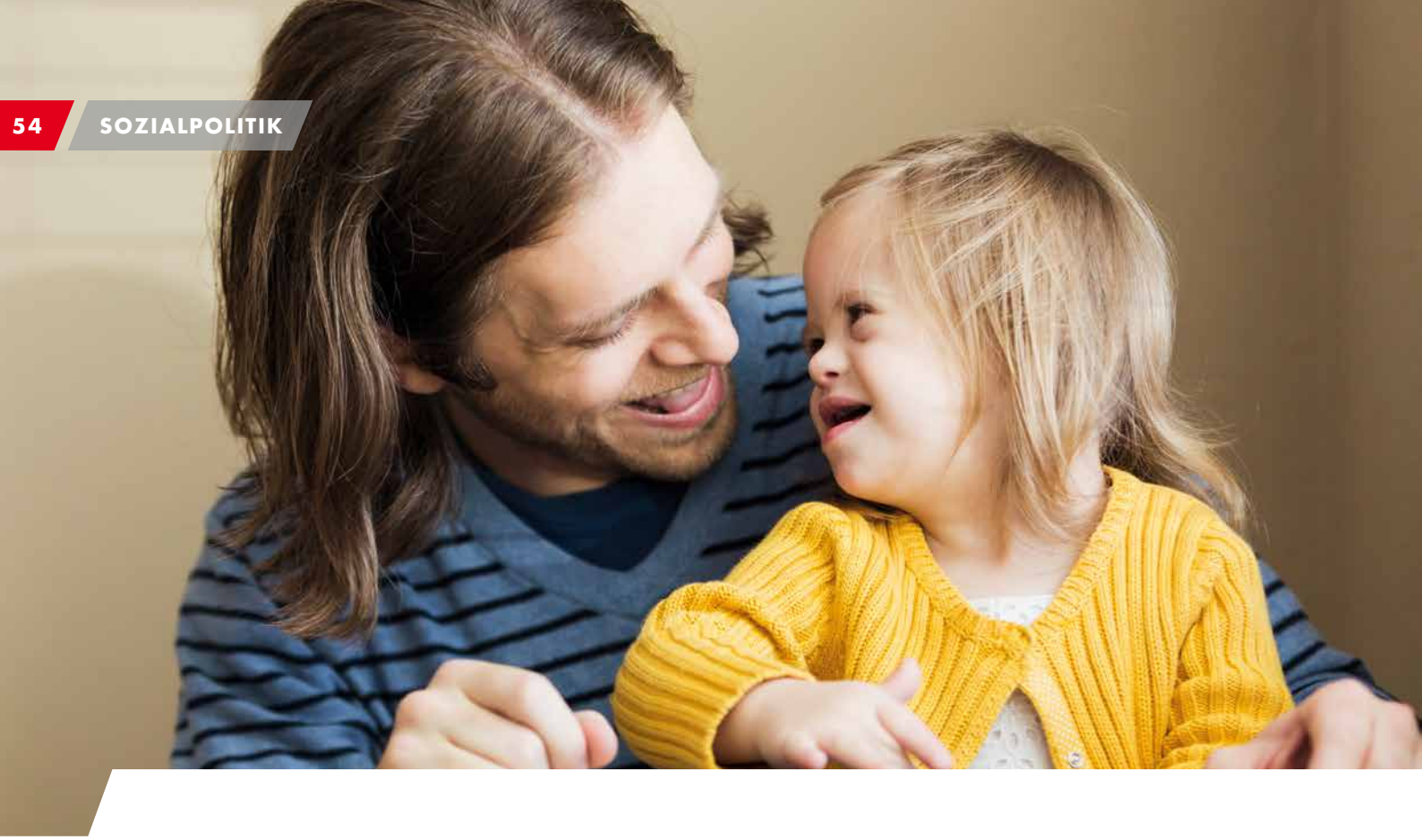
› Dienste und Einrichtungen der Jugendhilfe

› Kindertagesstätten

› Familienbildung

› Erziehungsberatungsstellen

› Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe



Reform der Eingliederungshilfe

Seit dem Jahr 2009 wird die Eingliederungshilfe reformiert. Alle Beteiligten waren sich einig, dass Leistungen für Menschen mit Behinderung aus der Sozialhilfe herausgelöst werden, der Bund sich stärker an den Leistungen beteiligen und die Leistungsgewährung personenzentriert und unabhängig von der Wohnform erfolgen sollte.

Bereits für 2011 wurde ein erster Arbeitsentwurf angekündigt, aus dem jedoch nichts wurde. In 2013 war dann von einem Bundesleistungsgesetz die Rede, das auch die Vorschläge der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder (finanzielle Beteiligung des Bundes, eigenes Leistungsgesetz, bundeseinheitliches Bedarfsfeststellungs- und Gesamtplanverfahren, Einführung eines Bundesteilhabegeldes) aufgreifen sollte – bis es wieder sang- und klanglos in der Versenkung verschwand.

Grund für diese gescheiterten Ansätze war die Schwierigkeit, die Kosten der Eingliederungshilfe neu zu strukturieren und zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu und sinnvoll zu verteilen.

Sind wir noch auf dem Weg zur Inklusion oder regieren Sparzwänge?

Die Leistungen sollen einerseits bedarfsgerecht und personenzentriert erfolgen, auf der anderen Seite aber aus Kostengründen begrenzt werden.

In 2014 wurde dann die Idee eines Bundesleistungsgesetzes durch ein Bundesteilhabegesetz ersetzt, dass ursprünglich zum 1. Januar 2015 in Kraft treten sollte. Allerdings liegt bislang liegt immer noch kein Referentenentwurf vor, aber das Gesetz soll laut Aussage des BMAS auf jeden Fall noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

Es ist davon auszugehen, dass aus dem Vorhaben einer grundlegenden Reform der Eingliederungshilfe zur Stärkung der Belange von Menschen mit Behinderung nur ein kleines »Reförmchen« werden wird in Form einer Anpassung des SGB XI, des Gesetzes zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen.

Fest steht allerdings, dass die so genannte »Große Lösung«, nämlich die Verortung von Kindern mit kognitiven Beeinträchtigungen im SGB VIII, dem Sozialgesetz zur Kinder- und Jugendhilfe, erst später erfolgen soll.

»Soll gelungene Inklusion nicht überwiegend auf Projektinseln begrenzt bleiben, bedarf es ausreichender Mittel insbesondere für die Teilhabe an Bildung, die wesentlich für eine erfolgreiche Inklusionsstrategie ist. Dies wird meines Erachtens ohne eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung nachhaltig nicht realisierbar sein.

Stephan Mochmann,
Referent für Arbeit, Europa, Stiftungsförderung und BFD / FSJ, AWO Bezirksverband Mittelrhein e. V.

Insgesamt ist das Ergebnis dieser jahrelangen Reformvorhaben, die aus fachlicher Sicht dringend notwendig sind, mehr als enttäuschend. Es reicht jedoch nicht aus, nur die Eingliederungshilfeleistungen zu reformieren: Alle Sozialgesetzbücher sollten dahingehend reformiert werden, dass die Leistungen besser aufeinander abgestimmt sind und miteinander verzahnt werden können.

Das SGB IX, Sozialgesetzbuch zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, besteht seit 2001 und enthält viele positive Regelungen, z. B. die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines trägerübergreifenden persönlichen Budgets oder des Zusammenwirkens mehrerer Sozialleistungsträger. Diese Regelungen sind jedoch nicht umsetzbar, weil andere Sozialleistungsgesetze konträre Regelungen dazu vorsehen.

Die Reform der Eingliederungshilfe im Sinne der Stärkung der Menschen mit Behinderung ist dringend notwendig, muss aber auch umsetzbar sein und darf sich nicht nur auf das SGB IX beziehen.

Im Vordergrund muss die Inklusion stehen. Die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung an allen »Regelangeboten« muss verbessert werden. Deshalb ist eine Überprüfung der anderen Sozialgesetze wie z. B. der Kranken- und Pflegeversicherung und des Kinder- und Jugendhilfegesetzes hinsichtlich ihrer Kompatibilität dringend erforderlich.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: mangelhaft!

Deutschland wurde am 26. und 27. März 2015 vor dem UN-Fachausschuss der Vereinten Nationen zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) geprüft. Die veröffentlichten Empfehlungen stellen Deutschland kein gutes Zeugnis aus. So wurde z. B. auf fehlende Programme für Frauen und Mädchen mit Behinderungen, insbesondere mit Fokus auf Frauen mit Migrationshintergrund sowie Frauen mit Fluchterfahrung und Behinderungen hingewiesen und auch das deutsche Bildungssystem wurde als unzulänglich bewertet.

Aus Sicht der Monitoring-Stelle des Deutschen Instituts für Menschenrechte ist Deutschland als Vertragsstaat bislang weit hinter seinen Möglichkeiten geblieben. Der von dem Institut erstellte Parallelbericht beinhaltet Empfehlungen, wie Bund und Länder die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weiter vorantreiben sollten. Ob und was die Bundesregierung davon aufgreift, wird sich in der Veröffentlichung des überarbeiteten nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskommission zeigen.

Steter Tropfen höhlt den Stein: Beginn einer Landespsychiatrieberichterstattung

Seit vielen Jahren wurde sie gefordert und wird nun endlich in die Wege geleitet: Eine Psychiatrieplanung in NRW mit Bestandsaufnahme der bestehenden Angebote, der Aufdeckung weißer Flecken in der Landschaft und Empfehlungen zur Optimierung der Versorgung psychisch kranker Menschen in NRW.

Dies ist deshalb von großer Bedeutung, weil psychisch kranke Menschen in der Öffentlichkeit nur sehr wenig Beachtung finden. Ihre Belange werden weder im Aktionsplan der Bundesregierung, noch in dem der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention berücksichtigt.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Forderung nach Barrierefreiheit: In erster Linie werden damit Stufen, Schwellen oder sonstige Hindernisse für körperlich beeinträchtigte Menschen verbunden. Direkt danach folgen Barrieren für sinnesbehinderte Menschen in Form von fehlenden optischen Hinweisen oder akustischen Signalen. Barrieren für Menschen mit kognitiven Einschränkungen versucht man mit Piktogrammen oder der Verwendung von leichter Sprache zu umgehen.

Barrieren für psychisch kranke Menschen, wie z. B. volle Wartezimmer in Arztpraxen, sind bislang nur wenig bekannt. Der Beginn der Landespsychiatrieplanung in NRW ist also ein wichtiger Schritt zur Bedarfsermittlung. Fatal wäre, wenn sich die Weiterentwicklung der Angebote nur auf Leistungen aus dem psychiatrischen Bereich beschränken würde: Im Zuge eines inklusiven Verständnisses müssen sich alle Angebote für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und ältere Menschen auch für psychisch kranke Menschen öffnen.

Leichte Sprache

Informationen in Leichter Sprache auf der Website der AWO Mittelrhein.

Die AWO Mittelrhein wendet sich mit den Texten in Leichter Sprache an Menschen, die Probleme mit komplexem Satzbau haben und Fremdwörter nicht verstehen. Leichte Sprache bietet Menschen mit geringen Lesefähigkeiten die Möglichkeit, sich zu informieren und sich eine Meinung zu bilden – unabhängig und selbstbestimmt. Damit unterstützt Leichte Sprache die gesellschaftliche Teilhabe dieser Menschen. Alle Texte werden vom AWO Büro für Leichte Sprache übersetzt und von Menschen mit Lernschwierigkeiten geprüft.

› Konkrete Information zu Leichter Sprache bei der AWO Mittelrhein unter: www.awo-mittelrhein.de/leichte-sprache/die-awo-mittelrhein

› Allgemeine Informationen zu Leichter Sprache unter: www.leichtesprache.awo.org / oder www.leichtesprache.org

Altenhilfe – neue gesetzliche Regelungen

Lange musste sich die Bundesregierung dem Vorwurf aussetzen, dass das Begutachtungsverfahren zur Einstufung pflegebedürftiger Menschen in der Pflegeversicherung nur somatisch ausgerichtet ist und die Besonderheiten von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz nicht berücksichtigt. Von 2005 bis 2008 entwickelte eine Arbeitsgruppe Kriterien für einen neuen, umfassend ausgerichteten Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein daraus resultierendes neues Begutachtungsassessment – NBA.

Novellierungen der Pflegeversicherung oder: Die Umsetzung des neues Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf Umwegen!

In 2012 knüpfte der Expertenbeirat zur Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs an diese Ergebnisse an und verabschiedete in 2013 Empfehlungen zur Umsetzung. Dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz aus 2008 folgte in 2013 das Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG). Dieses Gesetz setzte jedoch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und das neue Begutachtungsverfahren nicht um, sondern sah Leistungsverbesserungen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz vor.

Zum Bespiel wurden die Regelungen zur zusätzlichen Betreuung dementiell erkrankter Menschen in vollstationären Einrichtungen auf Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege ausgeweitet und der Stellenschlüssel verbessert.

Vor- und Nachteile neuer Regelungen

Nicht alle Änderungen waren auch von Vorteil: So klang die Gewährung von Leistungsansprüchen ambulanter Pflegesachleistungen und Leistungen der Tagespflege zusammen auf insgesamt 150 Prozent zunächst positiv, aber in der Praxis waren diese Ansprüche nur schwer umzusetzen.

Eine prozentuale Aufteilung in ambulante und teilstationäre Leistungen erwies sich als nicht sinnvoll. Genauso wenig sinnvoll war die Vorgabe des Vorhaltens zweier paralleler Vergütungssysteme in der ambulanten Pflege und der Übergangsregelung zur häuslichen Betreuung. Hier konnten auf Landesebene keine Vereinbarungen mit den Kostenträgern geschlossen werden.

Zum 1. Januar 2015 trat das Pflegestärkungsgesetz I (PSG I) in Kraft. Auch dieses Gesetz setzt den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff nicht um, installiert aber einige Regelungen quasi im Vorgriff. Die bisherigen Leistungsverbesserungen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz werden ausgeweitet auf alle Leistungsempfänger ab Pflegestufe I.

Sehr positiv zu vermerken ist, dass nun neben dem Anspruch auf häusliche Pflege der Anspruch auf Tagespflegeleistungen gleichrangig und in vollem Umfang besteht. Dazu wurde die Regelung bezüglich zweier paralleler Abrechnungssysteme in der ambulanten Pflege zum Glück wieder aufgehoben.

Weitere Stärkung der ambulanten Pflege

Seit dem 1. Januar 2016 löst der erste Teil des Pflegestärkungsgesetz II (PSG II) das PSG I ab. Es werden Vorbereitungen zur Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs getroffen, die mit dem zweiten Teil des PSG II zum 1. Januar 2017 erfolgt. Die bisherige Tendenz der Stärkung der ambulanten und teilstationären Pflege gegenüber den Leistungen im vollstationären Bereich setzt sich auch hier weiterhin fort.

Pflegebedürftige Menschen sollen so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Dazu werden auch Anreize geschaffen wie z. B. der Anspruch auf unterstützende Beratung. Die niedrigschwelligen Betreuungs- und Entlastungsleistungen sollen weiter ausgebaut und die »pflegerische Betreuung« gleichrangig neben Pflege und hauswirtschaftlichen Leistungen fungieren.

Dies wird zur Folge haben, dass sich die Personalstruktur und Angebotspalette ambulanter Pflegedienste verändern wird und muss. Neben Pflegefachkräften müssen Mitarbeitende für den Bereich Betreuung eingesetzt werden, um diese Angebote auch durchführen zu können.

Schluss mit politischen Fensterreden

Die Mitarbeitenden der AWO Mittelrhein und der AWO Gesellschaft für Altenhilfe mbH, der Betriebsrat und auch die AWO Geschäftsführungen haben sich im Januar 2016 mit einer gemeinsamen Unterschriftenaktion an die Landespolitik in NRW sowie an das MGEPA als zuständiges Ministerium gewandt. Ihre konkrete Forderung: In NRW müssen für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten eines einheitlichen Personalbemessungsverfahrens neue angemessene Personalrichtwerte vereinbart werden.

Für die Sicherstellung guter Pflege muss mehr Personal eingesetzt werden, dafür muss genug Geld für alle Beschäftigtengruppen in der Altenpflege zur Verfügung stehen!

Die Unterzeichnenden der Aktion forderten die Bundesregierung auf, zügig nach Inkrafttreten des Pflege-Stärkungsgesetzes II mit der Entwicklung eines einheitlichen Personalfeststellungsverfahrens zu beginnen und dabei eine ausreichende Anzahl von Praktikern zu beteiligen.

Vergessen werden darf jedoch nicht, dass

- die Pflegeversicherung weiterhin nur eine Teilkaskoversicherung ist,
- familiäre pflegerische und unterstützende Hilfen aus vielfältigen Gründen immer weniger werden und
- bei Schwerstpflegebedürftigkeit eine ambulante Versorgung nicht mehr ausreicht.

Von Pflegestufen in Pflegegrade

Themenschwerpunkt für die stationäre Pflege werden 2016 die Vorbereitung der Überführung der pflegebedürftigen Menschen von Pflegestufen in die neuen Pflegegrade und die damit verbundene notwendige Anpassung der Personalorientierungswerte sein. Momentan ist schwer zu beurteilen, ob und wie sich das neue Begutachtungsverfahren zur Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ab dem 1. Januar 2017 auf die künftige Bewohnerstruktur vollstationärer Pflegeeinrichtungen auswirken wird. Darüber hinaus sieht der Gesetzgeber die Ermittlung eines einrichtungseinheitlichen Eigenanteils mit dem Ziel vor, höhere Kosten für Bewohner und Angehörige bei einer Höherstufung zu vermeiden. Auch hier sind die Auswirkungen noch unklar und nicht absehbar. Insgesamt werden wir mit unseren ambulanten Pflegediensten und den teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen noch spannende Jahre erleben!

Neues GEPA NRW: Verbraucherschutz oder Bürokratie-Monster?

In 2012 begann die Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes NRW (WTG NRW). Das bisherige WTG galt für alle vollstationären Einrichtungen der Pflege und Behindertenhilfe. Bei größeren Wohngemeinschaften gab es oft Streitigkeiten mit den WTG-Behörden (ehemals Heimaufsichten), ob sie unter das WTG fielen und damit auch dessen Anforderungen erfüllen mussten oder, wie ambulante Angebote, ganz davon befreit waren. Auch andere Regelungen waren »unterschiedlich auslegbar« und führten zu ca. 30 klarstellenden Erlassen des Ministeriums.

Deutlich wurde, dass es in den einzelnen Kreisen und Kommunen keine einheitliche Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften gab, sondern diese, wie z. B. bei der Befreiung von Vorschriften und Anerkennung als ambulantes Angebot, dem Ermessen der jeweiligen WTG-Behörde unterlag.

Das neue WTG mit der neuen WTG-DVO, im Oktober 2014 in Kraft getreten, weist nun grundlegende Änderungen auf. Alle Wohn- und Betreuungsdienste sowie -einrichtungen werden in fünf sogenannte Angebotstypen unterteilt. Künftig werden also auch alle ambulanten Pflege- und Betreuungsangebote und Angebote der Tagespflege mit erfasst.

Diese Angebotstypen unterliegen unterschiedlichen Anforderungen und Kriterien zur Überprüfung durch die WTG-Behörde. Insgesamt ist das Gesetz schwer verständlich, da es für jeden Angebotstyp allgemeine und je nach Angebotstyp verschiedene Vorschriften beinhaltet – dies nicht nur im Gesetz selbst, sondern auch in der dazu gehörigen Verordnung.

Scheitern neue Wohnformen an einer Überregulierung?

Inzwischen liegt ein neuer Rahmenprüfkatalog für Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot und für Tagespflegeeinrichtungen vor. Der Prüfkatalog für anbieterverantwortete Wohngemeinschaften befindet sich noch in der Entwicklung. Zu befürchten ist, dass der Ausbau neuer Wohnformen, der von der Landesregierung sehr erwünscht ist, durch eine Überreglementierung nicht gefördert, sondern sogar eher verhindert wird.

Bei »Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot«, die auch weiterhin für Menschen mit hohem Bedarf an Pflege und Betreuung zur Verfügung stehen müssen, besteht erst recht die Gefahr der Überregulierung durch das neue Gesetz und durch die neuen Prüfvorschriften. Denn schwerstpflege- oder betreuungsbedürftige Menschen haben den Anspruch auf ein Umfeld, das wohnlich gestaltet ist und in dem sie sich wohlfühlen, unabhängig von Hygiene- und Brandschutzbestimmungen.

Parallel dazu wurde auch das bisherige Landespflegegesetz NRW verändert. Hintergrund war zum einen ein BSG-Urteil, das sich bei den Investitionskosten für stationäre Pflegeeinrichtungen gegen die bisherige Praxis der pauschalierten Förderung aussprach. Zum anderen wollte die neue Landesregierung das Landespflegegesetz mit seinen insgesamt fünf Verordnungen verschlanken. Übrig geblieben sind beim neuen Alten- und Pflegegesetz NRW wirklich nur das Gesetz und eine dazu gehörige Durchführungsverordnung. Der Textumfang ist jedoch größer und nicht kleiner geworden.

Änderung der Investitionskostenförderung

Ein wesentlicher Bestandteil des Gesetzes ist die Vorgabe der Erreichung einer 80-prozentigen Einzelzimmerquote für Bewohnerzimmer bis zum 31. Juli 2018. Dazu kommt ein grundsätzlich verändertes System der Investitionskostenförderung, das sich an konkreten Ist-Ausgaben orientiert.

Dies bedeutet für die Träger erstens einen erhöhten Verwaltungsaufwand, zweitens trägt die neue Förderpraxis auch zu einer erheblichen Unsicherheit bezüglich der auskömmlichen Finanzierung der Investitionskosten bei, da das System auf Grundlagen aus der Vergangenheit aufbaut und Rückstellungen für »schlechtere Zeiten« nicht mehr möglich sind.

Zu befürchten ist nicht nur ein erhöhter Verwaltungsaufwand, sondern auch eine deutliche Absenkung der Investivbeträge. Betroffen sind unsere vollstationären Pflegeeinrichtungen und auch unsere Einrichtungen der Tagespflege.

Mehr Auszubildende in der Altenpflege durch Wiedereinführung der Altenpflegeumlage

Zum 2. Halbjahr 2012 wurde in NRW ein neues Umlageverfahren für die Altenpflegeausbildung eingeführt. Alle Dienste und Einrichtungen der Altenpflege zahlen ein, unabhängig davon, ob sie selbst ausbilden oder nicht. Die Ausbildungskosten werden erstattet und es besteht die Möglichkeit der Refinanzierung des Umlagebetrags im Pflegesatz bzw. durch einen Punktwertzuschlag. Das System hat sich in der Durchführung bewährt und zu einem stetigen Anstieg an Ausbildungsplätzen, insbesondere in der ambulanten Pflege geführt.

Die Zahl der vom Land geförderten Schulplätze stieg von 10.016 in 2011 auf 16.600 in 2014 – Stand jeweils im Dezember (Quelle: Präsentation des MGEPA im Rahmen der Fachtagung »Pflegeausbildung NRW 2015« am 13. Mai 2015 in Dortmund). Die bisherige Leistung der Landesregierung zur Förderung der Fachseminare für Altenpflege

Hilfe! Mehr Zeit für Pflege.

Kampagne »Ambulante Pflege braucht mehr Zeit für Menschen und eine angemessene Vergütung!«

Um auf die Situation in der häuslichen Krankenpflege aufmerksam zu machen, hat die Freie Wohlfahrtspflege NRW 2013 die Initiative »Hilfe! Mehr Zeit für Pflege!« ins Leben gerufen.

Die AWO am Mittelrhein beteiligte sich in zahlreichen Aktionen.

› Mehr zur Kampagne unter: www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/initiativen/hilfe-mehr-zeit-fuer-pflege/einstieg

HILFE! MEHR ZEIT FÜR PFLEGE!
AMBULANTE PFLEGE BRAUCHT
› MEHR ZEIT FÜR MENSCHEN UND
› EINE ANGEMESSENE VERGÜTUNG!

Initiative für gute Pflege: »Wir für Sie«

Anlässlich des Internationalen Tags der Pflege am 12. Mai 2015 starteten die Wohlfahrtsverbände in NRW unter dem Motto »Wir für Sie« eine landesweite »Initiative für eine gute Pflege heute und in Zukunft«. Eine Pflege, die sich neben der Versorgungssicherheit der pflegebedürftigen Menschen auch der Menschenwürde und hohen Qualitätsstandards verpflichtet fühlt, benötigt verlässliche sozialpolitische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Obwohl sich die Altenpflege in der Vergangenheit massiv zur ambulanten Versorgung hin entwickelt hat, ist die Quote der stationären Versorgung in den letzten Jahren bei rund 30 Prozent konstant geblieben. Der Umfang der ambulanten Pflege beträgt 20 Prozent, rund 50 Prozent der Pflege leisten Angehörige im häuslichen Umfeld.

Das Potential der Pflege durch Angehörige wird in den nächsten Jahrzehnten sinken. Damit die fachliche pflegerische Versorgung qualitativ und quantitativ ausgebaut werden kann, müssen die sogenannten Quartiere gestärkt werden. Für eine nachhaltige und »demographiefeste« Entwicklung der Quartiere wird ein gemeinsames Bündnis mit finanzieller Beteiligung des Landes und der Kommunen gefordert. Dafür ist die eine ausreichende Finanzierung der ambulanten und stationären Pflege notwendig.

In Nordrhein-Westfalen ist die Freie Wohlfahrtspflege ein sehr wichtiger Leistungsträger in der Pflege: Engagiert und professionell unterstützen und betreuen täglich 124.000 Pflegekräfte sowie zahlreiche Ehrenamtliche der Wohlfahrtsverbände Pflegebedürftige und deren Angehörige in 829 ambulanten Pflegediensten, 379 Tagespflegeeinrichtungen und in 1.399 Alten- und Pflegeheimen.

WIR FÜR SIE
INTERNATIONALER TAG DER PFLEGE

Schwerpunktthema »Sterbebegleitung«

Die Initiative »Wir für Sie« wird auch in 2016 fortgesetzt. Die Freie Wohlfahrtspflege und die AWO legen dann ihren Schwerpunkt auf das Thema »Sterbebegleitung«. Unter dem Motto: »Wir begleiten Sie – würdevoll bis zuletzt!« weist die Initiative auf die verlässlichen Angebote von Betreuungs- und Unterstützungsleistungen und palliativer Hilfen der ambulanten und stationären Pflegeangebote hin. Um auch in Zukunft fern von Hektik und mit der gebotenen Aufmerksamkeit auf die Menschen in der letzten Lebensphase und auf ihre Angehörigen und Freunde eingehen zu können, brauchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Diensten und Einrichtungen ausreichend Zeit.

Zeit ist jedoch knapp bemessen weil fehlendes Geld keine angemessene Personalausstattung zulässt. Deshalb fordert die Freie Wohlfahrtspflege in NRW die Kassen auf, ausreichend und speziell qualifiziertes Personal zu bezahlen und richtet an die Landesregierung den dringenden Appell, dieses Anliegen politisch zu unterstützen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, längst überfällige gesetzliche Regelungen für genügend Personal zu treffen.

› Mehr Informationen zur Initiative »Wir für Sie« und den Aktionen vor Ort unter: www.wir-fuer-sie-in-nrw.de

wurde durch das Inkrafttreten der Altenpflegeschulkostenverordnung NRW zum 27. Februar 2015 in einen gesetzlichen Anspruch umgewandelt. Positiv hervorzuheben ist, dass kein Schulgeld erhoben wird. Allerdings wurde die bereits seit Jahren eingefrorene und oft als nicht mehr auskömmlich kritisierte Betriebskostenpauschale von 280 Euro pro Platz und Jahr nun gesetzlich festgeschrieben.

Zukunft der Altenpflege: Gefährdung durch geplante Generalisierung?

Seit 2012 plant die Bundesregierung die Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung, die die Ausbildungen der Alten-, Gesundheits- und Kranken- bzw. Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zusammenführt. Das Bund-Länder-Eckpunktepapier aus 2012 beinhaltete so viele Problemanzeigen für die Ausbildung zur Pflege alter Menschen, dass die AWO sofort Gespräche mit den zuständigen Bundesministerien mit dem Ziel führte, die Besonderheiten der Altenpflegeausbildung zu verdeutlichen. Seit kurzem liegt der Kabinettsentwurf zum neuen Pflegeberufegesetz vor. Geplant sind sowohl eine berufliche Ausbildung mit mittlerem Schulabschluss als auch eine Hochschulausbildung. Letztere befasst sich schwerpunktmäßig mit pflegefachlichen Themen. Gerade bei der universitären Ausbildung stellt sich die Frage nach den Einsatzmöglichkeiten der Hochschulabsolventen, zumal bereits pflegewissenschaftliche und pflegepädagogische Ausbildungszweige in den Hochschulen existieren.

Viele wesentliche Aspekte, wie z. B. die Inhalte der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung sind zurzeit noch unklar. Eine Folge könnte sein, dass es für frisch ausgebildete junge Menschen wesentlich attraktiver und lukrativer erscheint, in Krankenhäusern zu arbeiten als in Diensten und Einrichtungen der Altenpflege. Wichtig ist, dass sich die Altenpflege als Ausbildungs- und Einstellungsträger selbstbewusst präsentiert und nicht zum Verlierer des neuen Systems wird!

Was bringt die Zukunft: Mehr oder weniger Bürokratie?

Die vielfältigen gesetzlichen Regelungen in der Altenpflege führten in der Vergangenheit nach und nach zu einem immer höher werdenden Dokumentationsaufwand in den Diensten und Einrichtungen. Alle Belange der zu betreuenden Menschen müssen bis aufs Kleinste erfasst, dokumentiert, anhand von Checklisten bewertet und evaluiert werden, um den jeweiligen Prüfinstanzen Genüge zu leisten. Dies soll in Zukunft ein Ende haben: Auf Bundesebene wurde in 2014 ein Projekt zur Entbürokratisierung der Pflegedokumentation durchgeführt.

Kernstück des neuen Strukturmodells ist die so genannte strukturierte Informationssammlung – SIS. Dabei wird auf die Fachlichkeit der Pflegefachkraft abgehoben und die schriftlichen Darstellung des Pflegeprozesses begrenzt.

In 2015 startete das Implementierungsprojekt des neuen Strukturmodells in den Bundesländern. Zurzeit werden Multiplikatoren und Bildungsträger in den einzelnen Verbänden geschult, die dann das erworbene Wissen wiederum an die Träger von Diensten und Einrichtungen weiter vermitteln sollen. Auch die Medizinischen Dienste der Krankenversicherungen werden mit einbezogen, da das Pflegestärkungsgesetz II vorsieht, die Ergebnisse mit in die neuen Qualitätsprüfungsrichtlinien einfließen zu lassen.

Die Umsetzung dieses Projektes bedeutet eine Chance für unsere Pflegedienste und -einrichtungen, wenn es gelingt, von starren, vorgegebenen Anforderungen bezüglich der Dokumentation des Pflegeprozesses weg zu kommen, bis hin zur individuellen kompetenten Einschätzung der Situation und Maßnahmeplanung der Pflegefachkräfte. Sie sind es, die letztendlich das fachliche Know-how dazu mitbringen! Und diese müssen sich (wieder) darauf besinnen, dass sie es sind, die das entsprechende Know-how dazu haben!

Freiwilligendienste – wichtige Säulen in unserem Sozialsystem.

FSJ – Freiwilliges Soziales Jahr und BFD – Bundesfreiwilligendienst

Im Rahmen der Freiwilligendiensten FSJ und BFD arbeiten Menschen unterschiedlichen Alters in gemeinwohlorientierten Einrichtungen. Im FSJ können sich 16–27-jährige engagieren, im BFD gibt es dagegen keine Altersbeschränkung. Beide Freiwilligendienste stellen eine wichtige Säule in unserem sozialen System dar – und sie leisten damit auch einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag.

Ab 1. September 2014 hat der AWO Bezirksverband Mittelrhein die Aufgaben eines regionalen Trägers vom AWO Bezirksverband Niederrhein im Freiwilligendienst übernommen. Mit dieser Übernahme sollte eine noch höhere Qualität sowie eine engere Anbindung der Einsatzstellen mit den für die Freiwilligendienste zuständigen Pädagogen sicher gestellt werden. Der Jahrgang 2014 / 15 startete mit insgesamt 164 Plätzen für das FSJ und den BFD.

Die aktuell rund 84 Einsatzstellen sind den Einrichtungen des Bezirksverbandes, seiner Tochtergesellschaften, seiner Mitgliedsverbände und den Korporativen Mitgliedern der AWO im Bezirk Mittelrhein zugeordnet.

Inklusion heißt Zugehörigkeit – meint also das Gegenteil von Ausgrenzung. Wenn jeder Mensch – jeden Alters, jeden Geschlechts, aus jeder Kultur, mit oder ohne Behinderung – überall dabei sein kann, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in der Freizeit, dann ist das gelungene Inklusion.

Isolde Weber,
Leiterin Verbandskommunikation, AWO Bezirksverband Mittelrhein e. V.

Ausweitung der Einsatzstellen

Den Hauptteil der Einsatzfelder stellen die Einrichtungen der Altenhilfe mit den Arbeitsbereichen Pflege, Hauswirtschaft, Haustechnik, Sozialer Dienst und Tagesbetreuung dar.

Den anderen Bereich bilden die pädagogischen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, die sich in Kita, Offene Ganztagsschule, Jugendarbeit und Gewaltprävention aufschlüsseln lassen. In 2014/15 und mit Beginn des Jahrganges 2015/16 konnte erfreulicherweise eine Ausweitung der Einsatzstellen und entsprechend eine größere Vielfalt an Einsatzmöglichkeiten für die Freiwilligen geschaffen werden. Perspektivisch wird eine weitere Erhöhung der Einsatzstellenvielfalt und der Freiwilligenzahlen anvisiert.

Die Pädagogen in der Bezirksgeschäftsstelle sind sowohl Ansprechpartner für die Freiwilligen als auch für die Einsatzstellen. Neben der Begleitung und Betreuung der Freiwilligen und der Einsatzstellen ist das pädagogische Team auch für die Organisation und die Durchführung der Bildungsseminare verantwortlich.

AWO VERBINDET GENERATIONEN UND KULTUREN

Die Kreativität der Freiwilligen zeigte sich beispielhaft bei einem Zwischenseminar Anfang Januar 2015 zur Halbzeit des laufenden FSJ-Jahrgangs. Den Freiwilligen wurde dort der Sinn und Zweck einer Bezirkskonferenz kurz erläutert, dann sollten in Kleingruppen Vorschläge für ein Konferenzmotto entwickelt werden. Das aktuelle Motto der Bezirkskonferenz »AWO verbindet Generationen und Kulturen« ist das Ergebnis dieses Seminars.

Dieses Motto, für das sich der Vorstand dann auch entschieden hat, wurde also von jungen Menschen formuliert, die erst seit kurzer Zeit in der AWO tätig sind und die noch einen »frischen Blick« auf den Verband haben.

Bildungsarbeit großgeschrieben

Die auf den Bildungsseminaren und den einzelnen Bildungstagen behandelten Themen dienen zum einen der Reflektion der Arbeit in den Einrichtungen, zum anderen werden fachliche Themen, wie Inklusion und Demenz angeboten, die sich eng an den Interessen der Freiwilligen orientierten.

Abgesehen von diesen vorgegebenen Seminarthemen haben die Freiwilligen im Rahmen einer Projektwoche, die ein weiterer Bestandteil der Seminararbeit ist, die Möglichkeit das Thema ihres Projektes selbst zu bestimmen. Die Projektwoche hat das Ziel, den Freiwilligen Zeit und Raum zu geben, eigene Ideen und Projekte zu verwirklichen und so neue Impulse in die Einrichtungen zu tragen. So konnten bei der Projektwoche des Jahrganges 2014/15 viele kreative Ergebnisse präsentiert werden – von der Biographiearbeit bis hin zu Theaterprojekten.

Freiwilligendienst als Chancengeber

Es gibt viele gute Gründe einen Freiwilligendienst zu leisten – z. B. Überbrückung von Wartezeiten, Berufsorientierung und vieles mehr, denn ein solcher Freiwilligendienst bietet den sich engagierenden Menschen ein verantwortungsvolles Erfahrungsfeld im sozialen Bereich.

Durch die wechselseitigen Interaktionen verbindet der Freiwilligendienst in jeder Hinsicht nicht nur Menschen, sondern auch Generationen. Somit kann der Freiwilligendienst nicht nur als Chancengeber für die Menschen in den Einrichtungen und die Freiwilligen angesehen werden, sondern gleichermaßen als Chancengeber für die Einrichtungen, insbesondere auch unter dem Aspekt der Fachkräftegewinnung.

Fazit: Der Freiwilligendienst ist ein Gewinn für uns alle!

50 Jahre Freiwilliges Soziales Jahr bei AWO Mittelrhein

Auf die Frage »Kennen Sie die AWO?« erhält man oft die Antwort »Ja, klar, da hab ich doch mein Freiwilliges Soziales Jahr gemacht!« Die ersten FSJ-ler der AWO am Mittelrhein sind heute im Renteneintrittsalter. Für viele war das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) prägend für ihre weitere berufliche Entwicklung.

1964, also vor nun mehr 50 Jahren, hat der Bezirksausschuss der AWO Mittelrhein beschlossen, sich am Freiwilligen Sozialen Jahr zu beteiligen – eine zukunftsweisende Entscheidung. Heute ergreifen rund 10 Prozent eines jeden Altersjahrgangs Verantwortung für andere und engagieren sich im FSJ. 95 von den 148 in den Freiwilligendiensten der AWO am Mittelrhein Beschäftigten haben sich 2014 für eine Tätigkeit in den Gesellschaften des AWO Bezirksverbands entschieden.

Um Freiwillige zu fördern und verantwortungsvoll in soziale Arbeit einzubinden, bedarf es großer Geduld und Kompetenz. Ihre fachliche Anleitung und Begleitung ist in Zeiten hoher Arbeitsverdichtung eine Herausforderung, der sich die AWO Mittelrhein gerne stellt. Mit ihrer Aktion »Werde Engel oder Alltagsritter!« wirbt die AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen um Menschen, die Interesse an sozialen Berufen haben, sich ein Jahr lang zu orientieren und wertvolle Erfahrungen zu sammeln.

Hohe Anerkennung des Freiwilligendienstes

»Für die Arbeiterwohlfahrt war seit jeher klar, dass das Freiwillige Soziale Jahr weder ein Arbeits- noch ein Ausbildungsverhältnis ist« erklärt die Vorsitzende, Beate Ruland, »wir erkennen den eigenen Wert des Engagements junger Leute an. Denn nicht nur die Freiwilligen profitieren von ihren Erfahrungen. Die Türen für Engagement zu öffnen, heißt auch neue Sichtweisen und Blickwinkel auf die eigene Arbeit zu erhalten. Deshalb werden wir auch künftig sicherstellen, dass das FSJ ein attraktives Bildungs- und Orientierungsangebot bleibt.«

Wer sich nach dem Freiwilligendienst für einen Sozialen Beruf entscheidet, dem kann die AWO vielfältige Ausbildungsmöglichkeiten anbieten – heute genauso wie vor 50 Jahren.

› www.awo-mittelrhein.de/mitarbeiten/fsjbfd/

Stiftungs- und Lotterieförderung: Unverzichtbar, aber kein Selbstläufer

Der Berichtszeitraum war durch umfängliche Richtlinienänderungen bei der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW, der Aktion Mensch, dem Deutschen Hilfswerk und der Glücksspirale gekennzeichnet. Diese waren sowohl inhaltlicher, administrativer wie auch finanzieller Natur. Dabei hat die Projektförderung gegenüber der Investitionsförderung an Relevanz gewonnen. Genannt seien etwa die Förderung von Quartiersentwicklungs- und Inklusionsprojekten.

Damit verbunden war zum Teil eine deutliche Anhebung der Qualitätsanforderungen an die zu fördernden Projekte. In Verbindung mit dem ohnehin nicht unerheblichen administrativen Aufwand für eine Antragstellung und der Problematik der Eigenmittelaufbringung insbesondere bei sozialen Projekten führte dies dazu, dass der Grad der Mittelausschöpfung zuvorderst bei Aktion Mensch und bei der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW zurück gegangen ist. Ein weiterer, in diesem Zusammenhang zu nennender, Faktor ist die teilweise lange Antragsbearbeitungszeit der Lotterien und Stiftungen, welche die Planung des Antragstellers erschwert.

Begrenzte Mittel – begrenzte Anträge

Parallel dazu sahen sich die Antragsteller im AWO Bezirk Mittelrhein mit einer über den AWO Bundesverband gesteuerten AWO-internen Fördermittelkontingentierung bei der Glücksspirale und zeitweise beim Deutschen Hilfswerk konfrontiert, welche den zurückgehenden Einspielergebnissen beider Lotterien geschuldet war. Diese Kontingentierungen bewirkten de facto eine Begrenzung der Zahl möglicher Anträge sowie auch des Umfanges der Förderhöhe. Mit der seit 2013 regelmäßigen Herausgabe des Newsletters »Stiftungen« im AWO-Mittelrhein-Portal, mit welchem auf Neuerungen bei den Stiftungen und Lotterien hingewiesen wird, ergänzt um Beispiele geförderter Projekte, wurde dieser obengenannten Entwicklung Rechnung getragen. Hinzu kamen die Thematisierung der Fördermöglichkeiten in den Bezirksverbandsgremien, auf Einrichtungsleitungs- und Kreisgeschäftsführungsebene sowie natürlich die Fachberatung durch den Bezirksverband.

Interessante Projekte gefördert

Daher konnten trotz nicht einfacher Rahmenbedingungen die Anzahl der Förderanträge im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum – wenn auch mit geringerem Gesamtmittelvolumen – gesteigert und interessante Projektanträge zur Bewilligung gebracht werden. Dazu gehören die beiden Quartiersentwicklungsprojekte der Kreisverbände Aachen-Stadt und Aachen Land, die dem seitens Wissenschaft und Politik als erfolgversprechend eingeschätztem Quartiersansatz bei sozialen Projekten Rechnung tragen.

Aber auch kleinere Projekte der Kreisverbände und der AWO Betriebsgesellschaft für Altenhilfe mbH seien hier genannt. Beispielsweise inklusive Zirkusprojekte, die Errichtung einer Boule-Bahn in einer Altenhilfeeinrichtung, das Angebot des begleiteten Tandemradfahrens für Seniorinnen und Senioren oder die auch in den lokalen Medien beachtete Anschaffung von Alpakas (siehe Bild links) und Zwergkaninchen als Therapie-Tiere in einem AWO Seniorenzentrum.

Liste der Stiftungsanträge 2012 – 2015

nach Gliederung

Gliederung	Zahl	beantragt (Euro)	Zahl	bewilligt (Euro)
Aachen-Land	4	218.620,00	4	189.920,00
Aachen-Stadt	4	190.344,00	2	92.500,00
Düren	1	2.800,00	1	2.800,00
Rhein-Erft/Euskirchen	3	169.730,00	3	164.530,00
Heinsberg	5	194.196,00	3	168.534,00
Köln	6	453.343,00	2	33.000,00
Rhein-Oberberg	1	2.724,00	1	2.724,00
Bonn/Rhein-Sieg	26	838.308,00	18	106.879,00
BV Mittelrhein	4	40.988,00	3	28.893,00
Korporative*	14	335.845,00	10	103.216,00
Gesamt	**68**	**2.446.898,00**	**47**	**892.996,00**

nach Stiftung

Stiftung	Zahl	beantragt (Euro)	Zahl	bewilligt (Euro)
Stiftung Wohlfahrtspflege	11	854.900,00	5	253.300,00
Aktion Mensch	24	608.002,00	21	240.236,00
Glücksspirale	16	174.498,00	15	161.683,00
Deutsches Hilfswerk	5	569.985,00	2	218.713,00
KDA	6	29.764,00	3	16.340,00
Kämpgen-Stiftung	4	74.349,00	1	2.724,00
Sonstige	2	135.400,00	0	0
Gesamt	**68**	**2.446.898,00**	**47**	**892.996,00**

* darunter von der AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbH und
Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH: 11 Anträge mit einem Volumen von 204.249,-- Euro.

Die Kategorie »Abgelehnt« entfällt, da alle offensichtlich nicht bewilligungsfähige Anträge in der Vorbereitungsphase zurückgezogen wurden:
10 Anträge mit einem Volumen von 949.044,– Euro. Noch nicht beschieden bzw. ohne Rückmeldung: 11 Anträge mit einem Volumen von 604.858,-- Euro.

4

UNTERNEHMENSPOLITIK

Miteinander sind wir stark. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen daher im Fokus der Unternehmenspolitik. Wir stellen hohe Anforderungen an die Qualität unserer Arbeit. Was tut die AWO Mittelrhein zur Förderung, Motivation und Gewinnung kompetenten Personals und wie wird Inklusion verständlich und erlebbar?

Fachkräfte gewinnen, qualifizieren und binden.

Perspektiven einer zukunftsfähigen Personalentwicklung

»Fachkräfte gewinnen, qualifizieren und binden« war der Titel einer Fortbildung im Rahmen des Projektes »Das Gold in den Köpfen«. Die AWO Mittelrhein mit ihren Tochtergesellschaften und Einrichtungen beteiligte sich an diesem Projekt, welches die beiden AWO Bezirksverbände Mittelrhein und Niederrhein von 2010 bis 2013 gemeinsam durchgeführt haben. Das Projekt wurde mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.

Die Leitungsebene in allen sozialen Arbeitsfeldern sieht sich immer stärker mit der Frage konfrontiert, wie und wo sie künftige Fachkräfte rekrutieren soll.

Personalgewinnung, aber auch Personalbindung und -qualifizierung stehen dabei offensiv im Fokus. Um junge Menschen – mit und ohne Migrationshintergrund – werben ganz unterschiedliche Arbeitgeber.

Ein Projektziel war, die Leitungsebenen aller Einrichtungen für eine interkulturell aufgestellte Personalentwicklung zu sensibilisieren und ihnen Instrumente zur Mitarbeitergewinnung für die sozialen Berufe an die Hand zu geben.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kann und wird es keine einfachen Lösungen geben. Das gesamte Projekt zielte daher auf realistische und in die Praxis umsetzbare Konzepte ab. Konzepte, die eine interkulturell aufgestellte Personalentwicklung als Grundlage haben und entsprechende Kompetenzen der Leitungen fördern.

> Inklusion ist für mich wie ein guter Sozialarbeiter, erst wenn er überflüssig ist, ist das Ziel erreicht und das Thema in der Gesellschaft inkludiert.

Kai Langer, Pädagogische Begleitung
BFD und FSJ, AWO Bezirksverband Mittelrhein e. V.

Wie lassen sich nun die interkulturellen Kompetenzen beschreiben, die einer gelingenden und den AWO-Werten verpflichteten Personalentwicklung zugrunde liegen und die eine herausragende Rolle in den Qualifizierungsmaßnahmen des Projektes gespielt haben:

- Die Zusammenarbeit findet auf gleicher Augenhöhe statt.
- Respekt gegenüber dem anderen ist eine zentrale Eigenschaft.
- Interkulturelle Kompetenz beinhaltet eine Willkommens- und Anerkennungskultur – im Gegensatz zu einer Ausgrenzungskultur.
- Vielfalt wird als eine Bereicherung wahrgenommen.
- Selbstreflektion – bezogen auf Werte, Vorurteile und Diskriminierung – ist ein integraler Bestandteil.
- Erfolgreich sind letztlich die, die mit Menschen aus unterschiedlichen Kulturen ernsthaft zusammenarbeiten und zusammenleben.

Im Projekt sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu interkulturellen Botschafterinnen und Botschaftern für ihren Beruf und für ihr Berufsfeld qualifiziert worden. Sie können und sollen nun authentische und kompetente Vorbilder für junge Menschen sein, die in der Berufsfindung stehen und sich für soziale Arbeitsfelder begeistern. Ausbildungstag, Zusammenarbeit mit Schulen und Gründung von »Lernpartnerschaften«, die Kooperation mit Fachhochschulen und Hochschulen sind Facetten des Ansatzes, die Vielfalt zu stärken und jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund Wege für ihre berufliche Zukunft zu öffnen.

Erfolgreicher Projektabschluss

Auf der Abschlussveranstaltung des Projektes von »Das Gold in den Köpfen« am 22. Mai 2013 in Oberhausen führte Beate Ruland aus: »Fachkräfte gewinnen, binden und qualifizieren wird nicht funktionieren ohne eine interkulturell ausgerichtete Personalpolitik und Personalentwicklung.«

Das ist der entscheidende Punkt am Projekt »Das Gold in den Köpfen«. Wir haben einen Perspektivwechsel für die Personalwirtschaft und Personalentwicklung vorgelebt, initiiert und vorangetrieben. Das Thema muss Raum bekommen bei Einstellungsverfahren, bei der Einarbeitung und in Veranstaltungen für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in der Personalförderung, im Beurteilungswesen, bei der Definition von Kompetenzen für alle Arbeitsfelder und in der Qualifizierung der Leitungskräfte.«

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken

Mit einem Bündel von Maßnahmen und Projekten unterstützte die AWO Mittelrhein im Berichtszeitraum die Ziele, fachlich gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und zu stärken:

»Ausbildung stärken«: Beispielsweise durch systematische Erfassung der Praxisanleiter*innen und der Auszubildenden im Gesamtunternehmen sowie der Schulung, Qualifizierung und Unterstützung von Praxisanleitungen. Es wurden Ausbildungstage durchgeführt, die Auszubildende aus allen Einrichtungen zusammenbrachten und an das Unternehmen AWO Mittelrhein heranführten. Vorstand und Geschäftsführung beteiligten sich an diesen Tagen und setzten damit ein Zeichen für die Bedeutung der Ausbildung.

Audit »berufundfamilie«: Das Zertifikat für das Audit »berufundfamilie« wurde 2013 erfolgreich verlängert.

Gesundheit fördern: Herausragend soll in diesem Bereich das »Burnout-Präventionsjahr« 2013 genannt werden, welches die AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen (GesA) in jeder ihrer Einrichtungen durchführte. In der Führungsebene wurden ca. 80 Leitungen erfasst, an den offenen Veranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligten sich ca. 290 Personen. Diese Ansätze sind 2015 konsequent über ein »Jahr des Gesundheitsmanagements« und den neu durchgeführten »AWO Cup« ausgebaut worden.

Mitarbeiter befragen: Die AWO Mittelrhein hat sich 2015 entschieden, eine Mitarbeiterbefragung für den gesamten Konzern durchzuführen. Mit dem Arbeitgeberwettbewerb »Great Place to Work« konnte ein renommierter Partner gewonnen werden. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten von Februar bis März 2016 die Möglichkeit, ihre Bewertung der Führungs- und Mitarbeiterkultur abzugeben. Damit stellt sich die AWO Mittelrhein dem Dialog mit ihren Beschäftigten und wird die Ergebnisse der Befragung zur Weiterentwicklung ihrer Arbeitgebermarke und ihrer Attraktivität nutzen.

Unsere Auszubildenden sind uns wichtig

Die AWO Mittelrhein und ihre Einrichtungen bilden regelmäßig aus – vorwiegend zur Altenpflegerin bzw. zum Altenpfleger, aber auch in den Berufen Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen und in der Hauswirtschaft. Rund ein Fünftel der Auszubildenden haben Migrationshintergrund.

Sie erlernen Ihre zukünftigen Berufe in Einrichtungen in Köln, Hürth, Herzogenrath, Gummersbach, Troisdorf, Weilerswist, Düren, Bergisch Gladbach, Waldbröl, Aachen

Wir sind ganz Ohr …

Für mich ist Inklusion das Selbstverständlichste der Welt.

Anita Stieler, Geschäftsführerin
Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH

oder Niederzier. Beschäftigt sind die Auszubildenden sowohl unmittelbar bei der AWO Mittelrhein als auch in den Einrichtungen der Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen. 2015 waren es 119 Auszubildende zwischen 18 und 57 Jahren, davon 32 Männer. Damit tragen der Bezirksverband und seine Tochtergesellschaften in hohem Maße zur qualitativen und quantitativen Sicherung der pflegerischen Versorgung bei. Beate Ruland, die Vorsitzende der AWO Mittelrhein, betont: »Wir sind sehr stolz auf unsere motivierten Auszubildenden und Fachkräfte. Wir suchen und fördern auch zukünftig selbstbewusste und verantwortungsvolle Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die bereit sind, sich für andere Menschen einzusetzen.«

Sich gegenseitig helfen, gemeinsam Lösungen suchen. Teamgeist zeigen die Auszubildenden nicht nur an ihrer Ausbildungsstelle, sondern auch beim Auszubildendentag, den der Bezirksverband in zweijährigem Rhythmus veranstaltet. So konnten sie z. B. 2015 an der Kletterwand im Hochseilgarten ihren Mut und ihre Teamfähigkeit erproben und in einem Workshop zur interkulturellen Öffnung ihre Kompetenzen zur gesellschaftlicher Vielfalt, Migration, Integration und interkulturellem Zusammenleben sensibilisieren und ihr Hintergrundwissen dazu erweitern.

Veranstaltungen wie der Auszubildendentag, der AWO CUP oder der Funkensprüher-Wettbewerb, bieten dem AWO Berufsnachwuchs Gelegenheit, sich auszutauschen und mehr über den eigenen Arbeitgeber AWO zu erfahren. Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch bietet auch die Facebook-Seite AWO GesA Ausbildung.

Wer bei der AWO gelernt hat, bleibt gerne auch länger. Viele Berufsanfänger arbeiten nach der Ausbildung als Fachkräfte bei der AWO Mittelrhein und ihrer Tochter, der AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen, weiter. Einige kommen nach ein paar Wanderjahren wieder zur AWO zurück. »Darauf sind wir besonders stolz«, sagt Beate Ruland, »das zeigt doch, dass wir auch als Arbeitgeber das Herz nicht nur im Logo tragen.«

Auf Erfolgskurs: Soziales Lernen trifft Ausbildung

Mitte September 2013 haben die Henry-Ford-Realschule und das AWO Marie-Juchacz-Zentrum eine Lernpartnerschaft unterzeichnet. Diese Partnerschaft findet unter dem Dach der Initiative KURS (Kooperation Unternehmen der Region und Schulen) statt – einer Gemeinschaftsinitiative der Bezirksregierung Köln, der Industrie- und Handelskammern zu Köln, Aachen, Bonn/Rhein-Sieg sowie der Handwerkskammer zu Köln, mit dem Ziel, die Wirtschaft in die Schulen zu bringen und die Schulen in die Wirtschaft.

Das AWO Marie-Juchacz-Zentrum und die Henry-Ford-Realschule wollen in der Kooperation die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler zur Übernahme sozialer Verantwortung fördern. Den interessierten Jugendlichen soll auch ein Einblick in die vielseitigen beruflichen Möglichkeiten in der Altenpflege gezeigt werden.

Den Alltag bunter machen

»Funkensprüher« – der Kreativwettbewerb der AWO GesA

Schon zweimal – in den Jahren 2014 und 2015 – wurden im Kölner Marie-Juchacz-Zentrum der AWO die »Funkensprüher« des Jahres gekürt. Das sind AWO Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit besonders innovativen Gedanken für den Pflegealltag hervorgetan haben.

Initiiert wurde diese innovative Kampagne von der AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbH (GesA) mit dem Ziel, den Alltag bunter, lebenswerter und ereignisreicher zu gestalten.

Mariele Millowitsch bei der Preisverleihung

Ob Pflegefachkraft, Hausmeister, Köchin oder Reinigungskraft – Frauen und Männer aus allen Arbeitsbereichen konnten von Mai bis Oktober ihre Vorschläge einreichen.

Die Ideen und Vorschläge sollten von Nutzen für die Bewohnerinnen und Bewohner und/oder für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein. Als Beurteilungskriterien galten Wirtschaftlichkeit, Umsetzbarkeit sowie Nachhaltigkeit.

»Wir haben zwar schon vorher geahnt, dass in Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der AWO viele tolle Ideen schlummern«, so GesA-Geschäftsführerin Barbara Sowinski-Dizayee, »aber das Ergebnis des Wettbewerbs hat unsere Erwartungen doch bei Weitem übertroffen«. Viele der eingereichten Ideen sind bereits umgesetzt. Auf Grund des enormen Erfolges wird der Wettbewerb auch in Zukunft in zweijährigem Rhythmus fortgesetzt.

› www.awo-gesa-funkensprueher.de

Inklusion ist Leitbild,
Prozess und Forderung zugleich.

Leitbild, weil wir als AWO seit unserer Gründung durch die Werte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit geprägt sind. Diese Grundwerte sind in hohem Maße inklusiv.

Prozess, weil wir als AWO Inklusion als dynamisches Geschehen verstehen, das langfristig und dauerhaft die Mehrheiten ebenso fordert wie die Minderheiten.

Forderung, weil wir uns als AWO in einen breiten gesellschaftlichen Dialog darüber begeben, ob sich unsere etablierten Strukturen und Systeme eignen, um den Bedürfnissen von Menschen gerecht zu werden, die bisher aus vielfältigen Gründen nicht wahrgenommen wurden und denen Teilhabe verweigert wurde.

Seit 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland geltendes Recht. Die von ihr ausgehenden Impulse nach voller, wirksamer und gleichberechtigter Teilhabe stärkt die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Doch das Inklusionsprinzip der UN-BRK und der in der Dortmunder Erklärung der AWO festgehaltenen Position ist noch umfassender.

Um dieses umfassende Inklusionsprinzip uns und unseren Mitarbeiter*innen verständlich und erlebbar zu machen, wurde die Weiterbildungsreihe »InduBi – Inklusion durch Bildung« konzeptioniert und exemplarisch von 2012–2014 für AWO-Mitarbeiter*innen in NRW durchgeführt. Die Erfahrungen und das Curriculum aus dieser Weiterbildungsreihe für Leitungs- und Fachkräfte der sozialen, multiprofessionellen Arbeit fließen seit 2015 in ein nachhaltiges Weiterbildungsangebot der AWO Bundesakademie ein.

indubi
Inklusion durch Bildung

Ein weiteres Erfahrungsprodukt aus der Fortbildung »InduBi« ist das Arbeitsbuch »Auf dem Weg zur Inklusion«. Es ist gemacht für Praktiker*innen der sozialen Arbeit – nicht nur bei der AWO. Zu beziehen ist es beim AWO Bundesverband. Das Buch berichtet von Erfahrungen und zeigt Methoden auf, die persönliche Haltungen zu reflektieren. Es weist aber auch auf Barrieren für Inklusion hin und fordert Strukturen, die inklusives Arbeiten ermöglichen.

Jede Geschäftsstelle, jedes Weiterbildungswerk der AWO kann sich mit dem Arbeitsbuch an das Thema heranwagen und es perspektivisch in seine Fortbildungsprogramme aufnehmen, um die Ergebnisse von »InduBi« nachhaltig zu verankern und weiter zu entwickeln. Damit haben wir uns auf den Weg gemacht, inklusive Prozesse in unseren Verbandsstrukturen anzustoßen und zu begleiten. Wenn wir Inklusion ernst nehmen, dann stehen wir erst am Anfang. Der Begriff Inklusion steht gegenwärtig wie kein anderer für Reformprozesse, die uns und unsere Gesellschaft herausfordern.

Das Tempo mit dem sich der Begriff Inklusion in den letzten Jahren international durchgesetzt hat, provoziert die Frage, inwieweit ein gemeinsames Verständnis über das Wesen und die Chancen von Inklusion zu realisieren ist.

Ist Inklusion Wunschdenken und pädagogische Utopie? Oder nehmen praktische Reformprozesse nun Schritt für Schritt Gestalt an?

Inklusion lebt von Menschen, die eine Vision haben. Inklusion lebt von uns und unseren Werten. Zum Grundverständnis demokratischer Gesellschaften gehört es, den gleichberechtigten Zugang der in ihnen lebenden Menschen zu allen Lebensbereichen zu ermöglichen.

Inklusion ermöglicht eine neue Sichtweise – weg von der Verengung des Blicks auf die Hindernisse des Einzelnen und ihrer Bewältigung hin zu der Frage, was die Gesellschaft und ihre Institutionen brauchen, um ihrem inklusiven Auftrag im Bildungs- und Sozialwesen zu entsprechen ohne auszugrenzen. Wenn es darum geht, Veränderungen in Gang zu setzen und der Gesellschaft neue Impulse zu geben, können wir nicht darauf warten, welche Rahmenbedingungen uns die Politik vorgibt. Wir hören aber auch nicht auf, Rahmenbedingungen einzufordern, die wir benötigen, um Inklusion umzusetzen.

Wenn es uns gelingt, die in jedem von uns und unseren Mitmenschen innewohnende, individuelle Vielfalt zu erkennen, wertzuschätzen und zu nutzen, werden wir erfahrener und kompetenter. Wir werden von den Ideen, die wir entwickelt und von den Prozessen, die wir in Gang gesetzt haben, profitieren. Wir sehen Inklusion als einen Prozess dauerhafter Veränderung, der uns auch in Zukunft begleiten und unsere Lebens- und Sichtweisen, aber auch unsere Arbeit beeinflussen wird.

Bis Mitte 2014 haben mehr als 110 Leitungs- und 180 Fachkräfte die Fortbildung »InduBi« absolviert. Insgesamt haben sich seit der ersten Zertifikatsübergabe im November 2013 weitere 16 Leitungskräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Altenhilfe der AWO Mittelrhein und Niederrhein zum/zur »Prozessbegleiter*in Inklusion« weitergebildet. Zudem haben 42 Fachkräfte aus Kitas und der Altenhilfe der AWO Mittelrhein und Niederrhein die Fortbildung »Inklusion in meinem Arbeitsfeld« erfolgreich abgeschlossen. Damit übernimmt die AWO in NRW eine Vorreiterfunktion und wird mit den zahlreich ausgebildeten Expert*innen im Rahmen des ESF-Projektes »InduBi« einen großen Schritt zur inklusiven Öffnung unseres Verbandes und seiner Einrichtungen in NRW leisten.

»Inklusion bedeutet für mich Normalität, denn Inklusion ist selbstverständlich!«

Barbara Sowinski-Dizayee,
Geschäftsführerin der AWO Gesellschaft
für Altenhilfeeinrichtungen mbH

Entwicklung der Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2012 – 2015

Überblick

	Bezirksverband	GesA mbH	GesA Aachen mbH	Sommerberg	Gesamt
2012	475	1.555	0	462	**2.496**
2013	468	1.585	0	434	**2.495**
2014	499	1.529	195	431	**2.658**
2015	516	1.493	200	426	**2.638**

Vollzeit (V) – Teilzeit (T)

	Bezirksverband		GesA mbH		GesA Aachen mbH		Sommerberg		Gesamt	
	V	T	V	T	V	T	V	T	V	T
2012	159	316	458	1.097	0	0	82	380	**699**	**1.797**
2013	157	311	504	1.081	0	0	93	341	**754**	**1.741**
2014	176	323	485	1.044	69	126	99	332	**829**	**1.829**
2015	177	339	435	1.058	71	129	114	312	**797**	**1.841**

Frauen (F) – Männer (M)

	Bezirksverband		GesA mbH		GesA Aachen mbH		Sommerberg		Gesamt	
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
2012	401	74	1.316	239	0	0	318	144	**2.036**	**460**
2013	397	71	1.350	235	0	0	303	131	**2.056**	**439**
2014	419	80	1.288	241	150	45	306	125	**2.166**	**492**
2015	435	81	1.259	234	152	48	303	123	**2.150**	**488**

Bezirksverband = Bezirksgeschäftsstelle + Marie-Juchacz-Zentrum | GesA = AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbH
GesA Aachen = AWO gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen Aachen mbH | Sommerberg = Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH

Der einheitliche Sozialtarif als Chance[1]

von Wolfgang Stadler, Vorsitzender des Vorstandes des AWO Bundesverbandes und Marius Mühlhausen, Referat für Grundsatzfragen, AWO Bundesverband

Die sozialen Berufe werden für das zukünftige Funktionieren unserer Gesellschaft eine Schlüsselrolle spielen. Denn es ist keine fortschrittliche Gesellschaft mehr denkbar, ohne dass bereits in den Kindertagesstätten weiterhin durch qualifiziertes Personal beispielsweise die Sprachentwicklung von Kindern gefördert, soziale Kompetenzen erlernt und damit letztlich der Grundstein zur Teilhabe an der Gesellschaft gelegt wird.

Genauso können geflüchtete Menschen nur Teil der Gesellschaft werden, wenn sie von Anfang an auf starke soziale Dienstleister und motivierte Beschäftigte in den sozialen Berufen treffen. Diese Beispiele zeigen, dass die sozialen Berufe in ganz unterschiedlichen Bereichen einen gewaltigen Einfluss auf die Zukunft der Gesellschaft haben.

Wozu ein einheitlicher Sozialtarif

Das Konzept eines einheitlichen Sozialtarifs wird unter den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege seit einigen Jahren diskutiert. Ziel ist es, auf die unübersichtliche Lage der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehung der Sozialwirtschaft adäquat zu reagieren. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es gerade in der Sozialwirtschaft aufgrund der unterschiedlichen Verhandlungsarenen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitergebern eine kaum zu überblickende Anzahl von Tarifverträgen und arbeitsrechtlichen Regelungen gibt. Im Ergebnis finden sich über 1400 Tarifabschlüsse und arbeitsrechtliche Regelungen. Zu erklären ist das vor dem Hintergrund dezentral ausgehandelter Verträge. Lange wurde geglaubt, man könne vor Ort am besten im Markt bestehen.

Die Arbeiterwohlfahrt ist überzeugt, dass ein einheitlicher Sozialtarif in einzelnen Feldern der Sozialen Arbeit den ruinösen Preiswettbewerb beenden kann. Zu bedenken ist, dass ein Tarifvertrag nicht nur die Bezahlung der Beschäftigten auf sichere Füße stellt, sondern unter anderem auch die Arbeitszeit, Jahressonderzahlungen, Urlaub, Zuschläge oder Zulagen, betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten regelt. Das würde die Arbeitsfelder aufwerten und wäre die richtige Antwort vor dem Hintergrund des virulenten Fachkräftemangels. Hintergrund der Überlegungen ist, dass innerhalb einer Branche Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden können.

Die Hoffnung beruht darauf, dass es gelingt, mit einem einheitlichen Sozialtarif zumindest eine Untergrenze in einigen Arbeitsfeldern zu ziehen. So könnte der Wettbewerb unter den sozialen Dienstleistern auf der Ebene der Qualität der Leistungen stattfinden und würde nicht zulasten der Beschäftigten geführt. Es ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das nach § 5 des Tarifvertragsgesetz (TVG) einen Tarifvertrag als allgemeinverbindlich erklären kann.

Wie umgehen mit dem Zweiten und Dritten Weg?

In der Altenpflege sind die konfessionellen Wohlfahrtsverbände mit ihren Einrichtungen und Diensten ein sehr großer Anbieter. Sie wenden ihr kircheneigenes Arbeitsrecht an, indem tarifliche Arbeitsbedingungen in eigens dafür eingerichteten Kommissionen ausgehandelt werden. Diesen sogenannten Dritten Weg möchten und werden die kirchlichen Verbände nicht aufgeben. Gleichermaßen klar ist, dass die weltlichen Verbände den Zweiten Weg und weitestgehend Tarifrecht anwenden.

Die oben geschilderte Allgemeinverbindlichkeit basiert auf den Prinzipien des Tarifvertragsgesetzes (TVG). Wenn man als eine Option davon ausgeht, dass die Allgemeinverbindlichkeit nur über das Tarifvertragsgesetz verwirklicht werden kann, müssen die Partner in der Freien Wohlfahrtspflege – gemeinsam mit ver.di – angemessene Wege finden, einen Kompromiss zwischen Zweitem und Drittem Weg herstellen.

1 Der Text beruht auf einer Veröffentlichung im Band »Moral und Geschäft«, Nomos Verlag 2016

Wolfgang Stadler,
Vorsitzender des Vorstandes des AWO Bundesverbandes

Zur Refinanzierung in Zeiten knapper Kassen

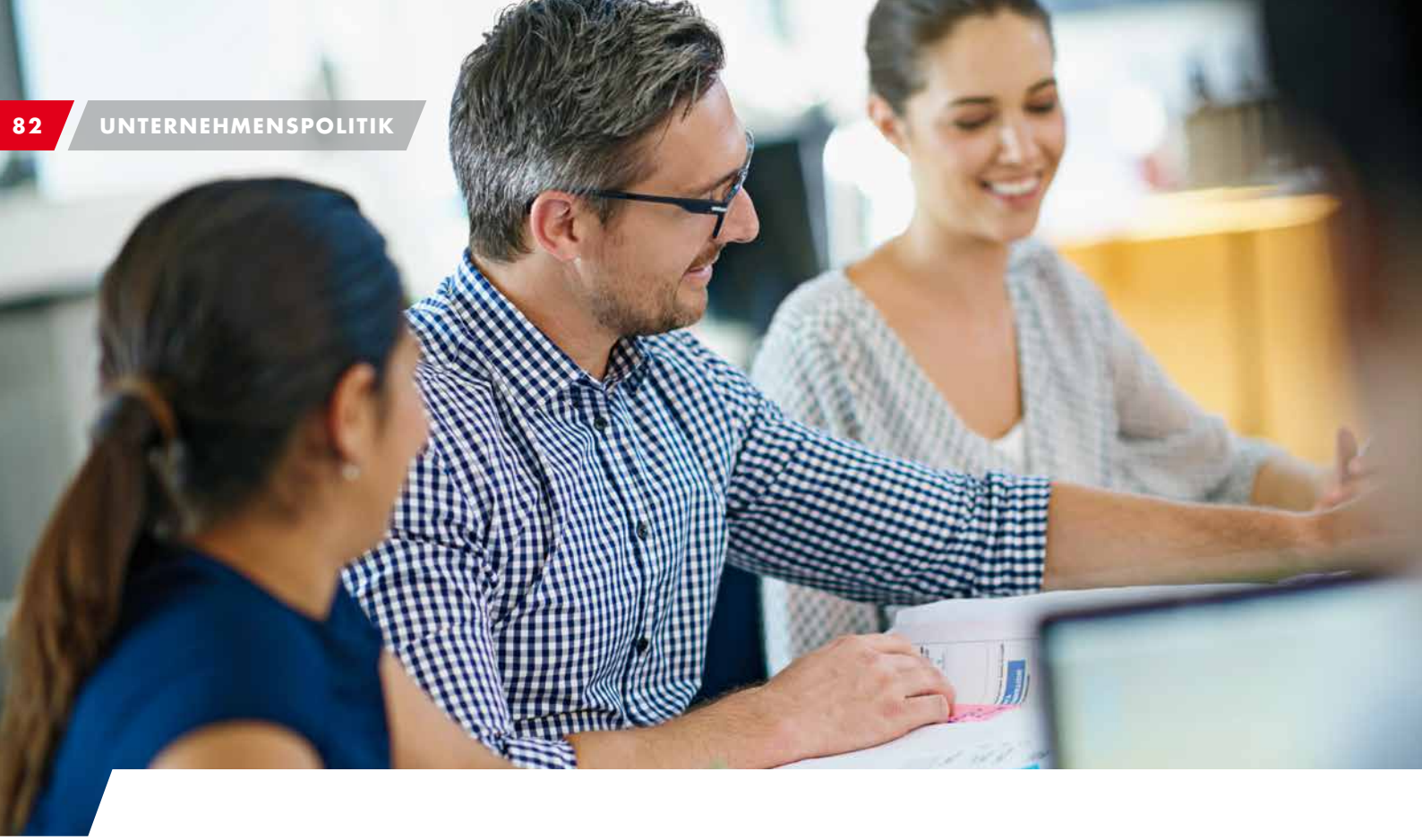
Die mitunter größte Herausforderung ist die Refinanzierung. Sie könnte sich als massive Hürde entpuppen. Aufgrund eines veränderten allgemeinverbindlichen Entgeltes im Bereich der Pflege müsste der Bereich finanziell besser aufgestellt werden und zwar auf unterschiedlichen Ebenen. Zwar betonen Regierung, Politik und Medien in seltener Einigkeit lautstark den Wert sozialer Berufe, aber es muss noch der Beweis angetreten werden, inwiefern diesen Tönen auch Taten folgen. Höhere allgemeinverbindliche Entgelte würden laut derzeitigem Stand nicht von der Pflegeversicherung übernommen werden, da diese gedeckelt sind.

Folglich ist die Gefahr von steigenden Pflegesätzen und damit auch steigender Eigenanteile der Pflegebedürftigen groß. Nicht zuletzt wären als letztes Glied in der Kette die Sozialhilfeträger der Kommunen betroffen, die Kosten im Zweifel übernehmen müssen. Folgerichtig muss es hier insgesamt zu umfassenden Reformen der Finanzierungswege kommen. Es braucht also auch eine Umkehr des derzeitigen Trends vom finanziellen Rückzug des Staates auf den unterschiedlichen Ebenen. Das bezieht sich sowohl auf das Verhältnis zu den Sozialversicherungsträgern als auch gegenüber den kommunalen Gebietskörperschaften.

Fazit

Trotz aller Herausforderungen ist es nun erforderlich, einen pragmatischen Blick nach vorne zu richten. Alle Beteiligten müssen im Interesse der Beschäftigten der sozialen Berufe dafür sorgen, dass der Wettbewerb nach 20 Jahren eine soziale Unterfütterung erhält. Nicht zuletzt muss hier auch der Druck über öffentlichkeitswirksame Kampagnen erhöht werden. Sicher ist, dass nur eine ausreichend finanzierte Sozialwirtschaft und tariflich abgesicherte Beschäftigte die Herausforderungen in den Feldern der sozialen Berufe bestmöglich im Sinne der Kundinnen und Kunden meistern können.

Gelingt es der Freien Wohlfahrtspflege hier Erfolge zu erzielen, so stärkt sie sich als moralische Instanz ihre Deutungshoheit. Dafür ist jetzt ein solidarisches Miteinander vonnöten. Die Kraft, gemeinsam sozial zu handeln, hat der französische Soziologe Émile Durkheim als moralische Kraft bezeichnet. Er verstand darunter ein »Handeln im Hinblick auf Ziele, die nicht seine Ziele sind, zu Konzessionen, zu Kompromissen, zur Berücksichtigung höherer Interessen als seiner eigenen« (Durkheim 1992, 284). Die Freie Wohlfahrtspflege wäre gut beraten, für verbindliche, einheitliche Sozialtarife gemeinsam zu streiten, auch entgegen der bisherigen Denk- und Handlungslogik.



Lebendiges Qualitätsmanagement – QM

Wir stellen hohe Ansprüche an die Qualität unserer Arbeit und lassen uns daran messen. Die Geschäftsstellen und die Einrichtungen der AWO Mittelrhein und ihrer Tochtergesellschaften sind nach dem AWO Tandem-Modell zertifiziert.

Das Prüfverfahren, entsprechend den standardisierten Qualitätsanforderungen der Norm DIN EN ISO 9001:2008 sowie zusätzlich den AWO Qualitätskriterien, bescheinigt seitdem in jährlich durchgeführten Audits eine systematische und kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Arbeit.
Im Oktober 2013 konnte erstmals Der Sommerberg in die Verbundzertifizierung aufgenommen werden und im Wiederholungsaudit des gesamten Bezirksverbandes erfolgreich seine Zertifizierung erreichen. Damit wurde eines der Konzern-Ziele fristgemäß und mit großer Tragweite für den gesamten Konzern umgesetzt.

Aktuell steht die Integration der AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen Aachen mbH ins Qualitätsmanagement an. Die Gesellschaft ist Betriebsträger der 2014 vom AWO Kreisverband Aachen Stadt übernommenen Seniorenzentren Morillenhang und Kennedypark

Kontinuierliche Verbesserung

Das Qualitätsmanagementsystem des Konzerns ist sehr stabil, wird ständig weiterentwickelt und bewährt sich in der Praxis, was durch die Rückmeldungen aus internen und externen Prüfungen und die Rückmeldung der Kunden belegt wird. Der Planungsprozess des Bezirksverbands und seiner Gesellschaften enthält die regelmäßige Formulierung von Zielen und deren Ableitung in die Arbeitsbereiche. An diesen Zielen wird intensiv weiter gearbeitet. Der kontinuierliche Verbesserungsprozess findet im gesamten Konzern statt.

Die Konzern-Geschäftsführerkonferenz hat sieben handlungsorientierte und messbare Qualitätsziele für den Zeitraum von 2015 bis 2016 erarbeitet und am 27. April 2015 verabschiedet:

1. Wir entwickeln Strategien zur Bindung, Gewinnung und Weiterqualifikation von Fachkräften.
2. Wir entwickeln ein Nachwuchskonzept für alle Arbeitsfelder.
3. Wir entwickeln ein konzernweites Berichtswesen, um zeitnah den Konzern »AWO Mittelrhein« steuern zu können.
4. Wir sichern und entwickeln die wirtschaftlichen Grundlagen des Eigentümers (Bezirksverbandes) und der Betreiber (GesA und Der Sommerberg) weiter.
5. Wir stärken unser gemeinsames und übergreifendes Verbandsverständnis in der Region AWO am Mittelrhein durch unterschiedliche AWO Akteure.
6. Wir setzen erfolgreich die neuen/veränderten Anforderungen der DIN-ISO 9001:2015 und die überarbeiteten AWO Normen um.
7. Wir erweitern den Geltungsbereich des QM um die beiden Aachener Einrichtungen SZ Morillenhang und SZ Kennedypark.

Ziel ist es, das QM-System systematisch weiter zu entwickeln und an die Anforderungen der neuen DIN-ISO-Norm 9001:2015 und der AWO Qualitätskriterien anzupassen. Darin wird für 2016 bis 2017 ein Schwerpunkt liegen. Der Aufbau eines (konzernweiten) Risikomanagements, die Weiterentwicklung der Controllinginstrumente sowie der Ausbau eines kontinuierlichen Berichtswesens sind zentrale Instrumente, die Steuerungsfunktion der Leitungsebenen zu sichern und auszubauen.

Entbürokratisierung der Pflegedokumentation

Die AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen (GesA) will die Pflegedokumentation entbürokratisieren und so den Aufwand der Pflegedokumentation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflege und Betreuung auf das Notwendigste reduzieren. Dabei bleiben alle relevante pflegerischen und betreuerischen Abläufe über das QM zu steuern. Sowohl die fachlichen Anforderungen als auch die gesetzlichen Vorgaben werden berücksichtigt.

Das entbürokratisierte Dokumentationssystem wurde im Jahr 2014 bundesweit in über 60 Einrichtungen erprobt und positiv bewertet. Der Dokumentationsaufwand konnte um ca. 25 % reduziert werden. Mit der Entwicklung des Strukturmodells und der damit verbundenen strukturierten Informationssammlung kann es gelingen, grundlegend zur entbürokratisierten Pflege beizutragen. Krankenkassen, Pflegekassen, Heimaufsichten und der MDK sind sich darüber einig, dass das Strukturmodell alles abdeckt, was im Sinne einer effizienten, individuellen, aussagekräftigen und rechtssicheren Pflegedokumentation erforderlich ist. Ein juristischer Expertenkreis hat die Rechtssicherheit bestätigt.

Die bisherigen Erfahrungen der Mitarbeitenden zeigen, dass mittels des entbürokratisierten Dokumentationssystems, Dokumentation wieder als sinnvolles und übersichtliches Instrument gesehen wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wieder mehr Zeit für die individuelle Betreuung und Pflege der Bewohnerinnen und Bewohner.

Das Marie-Juchacz Zentrum in Köln Chorweiler wird sich 2015 als erste Einrichtung am Projekt der »Entbürokratisierten Pflege« beteiligen.

› www.awo-gesa.de/unser-anspruch

5

GEBÄUDEMANAGEMENT

Mit Wohn- und Lebensraum neue Perspektiven schaffen. Ein gutes Klima entwickelt sich vor allem auch durch gelungene, den neuen Lebenssituationen angepasste Architektur. Welche Projekte wurden umgesetzt? Welche Bauten nachhaltig optimiert? Und welche unserer Kunden erfüllen die Neubauten mit Leben?

Praxisorientiert planen. Bedarfsgerecht bauen. Ökologisch nachhaltig betreiben.

Konzepte für neue Wohnformen entwickeln wir auf Grundlage unserer täglichen Arbeit und unserer praktischen Erfahrungen in unseren Einrichtungen. Wir haben den Anspruch, den unterschiedlichen Anforderungen, aber auch den unterschiedlichen Lebensentwürfen gerecht zu werden und die Menschen dabei bedarfsgerecht zu unterstützen. Unter dieser Prämisse wurden im Berichtszeitraum folgende Neubauprojekte durch den Bezirksverband verwirklicht.

Perspektiven für Mädchen

Ein neues Haus für das intensivpädagogische Angebot wurde 2012 in Rösrath für die Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH eröffnet. Rund um die Uhr werden dort 12 Mädchen und junge Frauen zwischen 12 und 18 Jahren, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zu Hause leben können von pädagogischen Fachkräften betreut. Sie finden in dem neuen Angebot ein Zuhause, in dem sie zur Ruhe kommen können und das ihnen den Schutz bietet, den sie benötigen. Gemeinsam mit den Mädchen werden Perspektiven erarbeitet. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die enge Zusammenarbeit mit den Familien der jungen Menschen, in einem sicheren Rahmen und in individuell auf alle Beteiligten zugeschnittenen Maßnahmen.

Das neu erbaute Haus bietet den jungen Bewohnerinnen auf 750 Quadratmetern vier separierbare Wohneinheiten mit Einzelzimmern, Bädern, Wohnräumen und Küchen, Wohn- und Nutzfläche, Lern- und Wirtschaftsräume sowie einen großen Mehrzweckraum für Bewegung, Freizeit und Beschäftigung. Das Haus befindet sich auf dem Gelände des Sommerbergs in Rösrath. Die Baukosten des im Passivhausstandard fertiggestellten Gebäudes beliefen sich auf 1,9 Mio. Euro.

› www.awo-der-sommerberg.de

Inklusion ist die Möglichkeit, trotz individuellen Abweichungen von der Norm, miteinander auf Augenhöhe zu arbeiten. Gelungene Inklusion ist, wenn eine Abweichung von der Norm im Alltag keine Rolle mehr spielt und sie keine wesentlichen Unterschiede hervor ruft.

Maria Lier, Erzieherin im Anerkennungsjahr,
im Mädchenintensivangebot der der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH

Perspektiven für Jungen

Nach rund einjähriger Bauzeit wurde 2012 in Reifferscheid ein neues Gebäude für eine Intensivgruppe für Jungen der Kinder-, Jugend-, Familien- und Eingliederungshilfeeinrichtung Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH eröffnet.

Bereits im Jahr 2003 startete Der Sommerberg sein Intensivangebot für Jungen in Hellenthal-Reifferscheid in einem Gebäude, das ursprünglich als Erholungsheim für die Mitarbeitenden eines Tapetenwerkes errichtet worden war. Im Laufe der Zeit entsprach es jedoch nicht mehr den aktuellen Standards und musste durch ein neues Haus ersetzt werden. In dem Neubau haben acht Jungen zwischen zehn und 14 Jahren ein neues Zuhause gefunden. Betreut werden die Kinder und Jugendlichen rund um die Uhr von pädagogischen Fachkräften.

Das neue Haus der Wohngruppe befindet sich – wie bereits das Vorgängerhaus – in Alleinlage auf einem waldreichen Gelände in der Gemeinde Hellenthal. Die ruhige, etwas abgeschiedene Lage ermöglicht es Kindern wie Fachkräften, in reizarmer Umgebung gemeinsam Perspektiven für die Zukunft zu erarbeiten.

In dem Gebäude mit 560 Quadratmetern Nutzfläche können aufgrund der barrierefreien Bauweise auch vier Jungen betreut werden, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Alle Kinder und Jugendlichen haben in dem Neubau ein Einzelzimmer. Neben Sanitär- und Gemeinschaftsräumen gibt es zwei Lernräume zur internen Beschulung der Kinder. Die Baukosten des Niedrigenergiehauses beliefen sich auf 1,2 Mio. Euro.

› www.awo-der-sommerberg.de

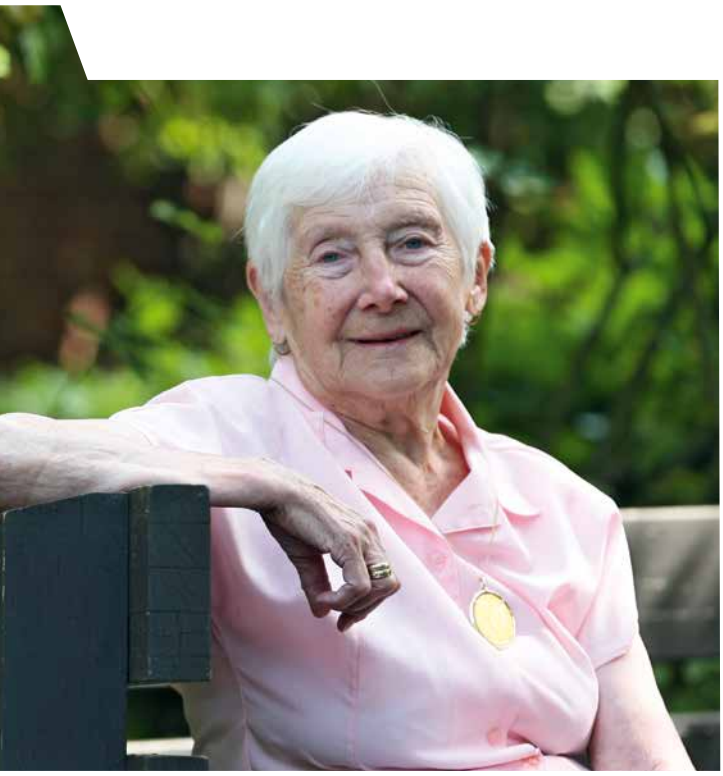
Intensivpädagogisches Angebot für Mödchen in Rösrath

Intensivgruppe für Jungen in Reifferscheid

28 barrierefreie Wohnungen in Troisdorf

In der weitläufigen Parkanlage des Seniorenzentrums in Troisdorf und lärmgeschützt hinter einem begrünten Wall an der Alfred-Delp-Straße wurden im Sommer 2012 nach nur einem Jahr Bauzeit zwei neue Gebäude mit jeweils 14 öffentlich geförderten, barrierefreien Seniorenwohnungen fertiggestellt.

Der helle, moderne Neubau, der für 2,7 Mio. Euro errichtet wurde, ersetzt einen älteren Wohnkomplex aus dem Jahr 1974. In jedem Gebäude stehen nun 12 Zweiraumwohnungen für eine Person mit 47 m² Wohnfläche und zwei Zweiraumwohnungen für jeweils zwei Personen mit einer Größe von 67 m² zur Verfügung. Alle Wohnungen sind mit Balkon oder Terrasse ausgestattet. Die viergeschossigen Häuser verfügen unter anderem über automatische Eingangstüren, die auf Knopfdruck ohne Kraftaufwand geöffnet werden können. Die einzelnen Etagen werden über geräumige Treppenhäuser und Aufzüge erschlossen. Auch beschwerliche Wege in den Keller gehören der Vergangenheit an, da jede Wohnung über direkt zugeordnete Abstellräume verfügt. Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder und ein neuer Parkplatz sind barrierefrei zu erreichen. Selbstverständlich können die Angebote des Alfred-Delp-Altenzentrum, wie Mittagstisch oder Veranstaltungen, ebenfalls genutzt werden.



Fertigstellung und Eröffnung Haus Aggerblick in Troisdorf

In Jahr 2014 stand im AWO Alfred-Delp-Altenzentrum die Einweihung und der Aufbau der neuen Einrichtung für demenziell erkrankte Menschen mit herausforderndem Verhalten im Mittelpunkt. Bei der Konzeption und der Planung dieser Demenzwohngruppen lag der Schwerpunkt auf der Gestaltung einer bedürfnisgerechten Umgebung, so wird in den Wohnbereichen insbesondere das Bedürfnis nach Bewegung und nach Selbstbestimmung in einem sicheren Umfeld erfüllt. In zwei Geschossen entstanden 36 Pflegeplätze – ausschließlich Einzelzimmer mit barrierefreien Bädern und mit modernster Technik ausgestattet.

Die Wohngruppen bestehen pro Etage aus je 18 barrierefreien Einzelzimmern. Durch die Anordnung der Räumlichkeiten sind »Endloswege« entstanden, die den Bewohnerinnen und Bewohnern ausreichend Bewegungsfläche bieten. Die in den Aufenthaltsräumen integrierten Küchen, mit angrenzendem Wohnzimmer, bieten die Möglichkeit an der Zubereitung der Mahlzeiten teilzuhaben und bieten auch Raum für gemeinschaftliches Erleben.

Im Erdgeschoss befindet sich eine geschützte Wohngruppe für Menschen mit richterlichem Unterbringungsbeschluss. Dieser Bereich verfügt über einen barrierefreien Zugang zu einem ebenfalls geschützten Sinnesgarten. Unterschiedlich blühende Sträucher und Beete, jahreszeitlich gefärbte Pflanzen und Hölzer, Kräuterbeete und Beerensträucher regen zum Sehen, Riechen, Tasten und Schmecken an. Gemütlich gestaltete Sitzmöglichkeiten laden zu Ruhe und Entspannung ein.

Sowohl die Wohnbereiche als auch der Garten sind als Erlebnisräume gestaltet und bieten Orientierung, Anregungen zur Selbstbeschäftigung und Ruhezonen. Freundliche Farben, angenehmes Licht und eine wohnliche Atmosphäre vermitteln Vertrautheit und Geborgenheit.

Das Gebäude wurde im kfw 70-Standard errichtet und ist nicht unterkellert. Die Herstellungskosten betrugen inklusive Ausstattung rund 3 Mio. Euro. Das Haus Aggerblick wurde am 1. Februar 2014 in Betrieb genommen.

Seniorenzentrum Süssendell bei Stolberg

Diese moderne stationäre Altenpflegeeinrichtung mit Dorfcharakter bietet einen anregenden Lebensraum für 80 Bewohnerinnen und Bewohner. Die Gebäude sind ebenerdig gebaut und auf einen zentralen Mittelpunkt hin ausgerichtet. In diesem Zentrum befinden sich die Verwaltungs-, Hauswirtschafts- sowie Freizeitbereiche. Das gesamte Areal umfasst eine Grundfläche von ca. 10.000 m². Jedes der fünf Wohnhäuser ist mit einem großzügigen Gemeinschaftsraum mit Küche, wo auch gemeinsam gekocht werden kann und einem offenen und gemütlichen Wohnzimmer ausgestattet.

Die 5 Wohnhäuser verfügen über jeweils 16 Einzelzimmer mit barrierefreien Duschbädern. Die Konzeption der Einrichtung orientiert sich an den Bedürfnissen demenziell erkrankter Menschen. Süssendell ist jedoch keine Spezialeinrichtung; das Angebot präsentiert sich offen für alle pflegebedürftigen alten Menschen. Freie Entfaltung und Bewegungsmöglichkeiten auch im Außenbereich stehen im Vordergrund. Die älteren Menschen werden an den Stellen unterstützt, an denen Hilfebedarf besteht. Den stützenden Rahmen bildet die Teilnahme – ob aktiv oder wahrnehmend – an den für den Alltag erforderlichen Tätigkeiten. Das Seniorenzentrum wird im März 2016 eröffnet. Die Bau- und Ausstattungskosten werden sich auf rund 8 Mio. Euro belaufen.

Seit 30 Jahren gut betreut und mitten im Leben

Die AWO Seniorenwohnanlage in Waldbröl feiert 30jähriges Bestehen.

Als ich mich heute auf den Weg hierher gemacht habe, dachte ich mir, heute ist wieder ein schöner Tag, heute geht es nach Waldbröl zum Feiern« so begrüßte die Bezirksvorsitzende der AWO Mittelrhein, Beate Ruland, am 29. August 2014 die Gäste in der AWO Seniorenwohnanlage in der Schladerner Straße in Waldbröl.

Damit drückte sie in klaren Worten das aus, was die Einrichtung des AWO Bezirksverbands Mittelrhein so besonders macht: eine lebendige Gemeinschaft, die in Waldbröl bestens vernetzt und verwurzelt ist. Betreut wird die Seniorenwohnanlage von Beginn an vom AWO Ortsverein. Eine große Palette an Angeboten, wie Reisen, Sprachkurse, Gymnastik, eine Malgruppe, Spielnachmittage im Saal und jeden letzten Donnerstag im Monat nette Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen, Vorträge zu gesundheitlichen und sozialen Themen und sogar eine Computer AG, sorgen für ein abwechslungsreiches Miteinander.

Seit 1984 lieben und schätzen die Bewohnerinnen und Bewohner die Seniorenwohnanlage als ihr Zuhause. Das ist hauptsächlich der Verdienst des Vorsitzenden des Ortsvereins, Wilfried Pfeiffer. Er stellte damals den Antrag an die Stadt Waldbröl, in der Schladerner Straße eine Seniorenwohnanlage zu errichten – und er betreut die Anlage bis heute.

Die AWO in Waldbröl ist bestens vernetzt – zwischen den einzelnen AWO Gliederungen und innerhalb der verschiedenen Angebote, von der KiTa, über die Betreuung von Jugendlichen, jungen Familien bis hin zur stationären Pflege und zur Quartiersarbeit.

Dabei ist die Wohnanlage in der Schladerner Straße der zentrale Ort, von dem aus die AWO Waldbröl ihre Aktivitäten plant und koordiniert.

»Die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer haben mit ihrem Einsatz dazu beigetragen, die AWO in Waldbröl zu einem Markenzeichen für soziale Arbeit zu machen und die Seniorenwohnanlage zu einem Ort des Ankommens und des Zuhause-Seins werden zu lassen,« schloss die Bezirksvorsitzende, Beate Ruland, ihre Rede »Euch danke ich für eure beispielhafte und vorbildliche Arbeit in den drei Jahrzehnten der AWO Seniorenwohnanlage Waldbröl.«

Maßnahmen zur Energieeinsparung

Wir handeln in sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und internationaler Verantwortung und setzen uns nachhaltig für einen sorgsamen Umgang mit vorhandenen Ressourcen ein – das ist einer der Leitsätze der Arbeiterwohlfahrt.

Die AWO Mittelrhein stellt sich dieser Verantwortung zum Beispiel bei der Auswahl des Stromanbieters. Seit 2013 nutzt die AWO Mittelrhein und die AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mit ihren Seniorenzentren Ökostrom, der zu 100 % aus erneuerbaren Quellen in Deutschland kommt – so werden allein bei diesen Einrichtungen jährlich rund 11.300 Tonnen zurechenbare CO_2-Emissionen vermieden.

Doch die AWO Mittelrhein tut mehr: Seit 2009 produziert sie auf den Dächern von zwei Seniorenzentren – Marie-Juchacz-Zentrum in Chorweiler und Seniorenzentrum in Niederzier – mittels Photovoltaikanlagen eigenen Strom und erzeugt so eigene Energie in der Größenordnung von ca. 60.000 KWh pro Jahr.

Nachhaltigkeit und Energieeffizienz

In die AWO Senioreneinrichtungen am Rosenhügel in Weilerswist, Alfred-Delp-Seniorenzentrum in Troisdorf sowie in die Häuser der Jugend- und Eingliederungshilfe Der Sommerberg GmbH in Rösrath wurden gasbetriebene Blockheizkraftwerke eingebaut. Sie erzeugen mit Hilfe der Kraft-Wärmekopplung sowohl Wärme als auch Strom. Beides wird für den Eigenbedarf genutzt – der überschüssige Strom kann in das Versorgernetz eingespeist werden.

»Inklusion bedeutet, dass jeder ein Teil der Gesellschaft ist in der er oder sie lebt, und als solcher anerkannt wird.

Alan Lambeth-Williams,
Pädagogische Fachkraft, Flexible Dienste Köln, Hilfe zur Erziehung an Förderschulen,
Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH

Nachhaltigkeit und Energieeffizienz zeigen sich bei der AWO Mittelrhein besonders in ihren baulichen Standards. Für die Jugendhilfeeinrichtung Am Sommerberg in Rösrath wurde 2012 der Neubau für die Mädchenintensivgruppe im Passivhausstandard fertiggestellt. Das Gebäude wird mit Erdwärme beheizt.

Bei einem Passivhaus darf der Heizwärmebedarf in einem Jahr nicht über 15 kWh/m² liegen und der Jahres-Primärenergiebedarf bei maximal 40 kWh/m². Solche Häuser werden »passiv« genannt, weil der überwiegende Teil des Wärmebedarfs aus »passiven« Quellen wie Sonneneinstrahlung, Abwärme von Personen und technischen Geräten gedeckt wird. Das Ergebnis ist eine positive Raumwahrnehmung, gekoppelt mit einem enorm niedrigen Energieverbrauch.

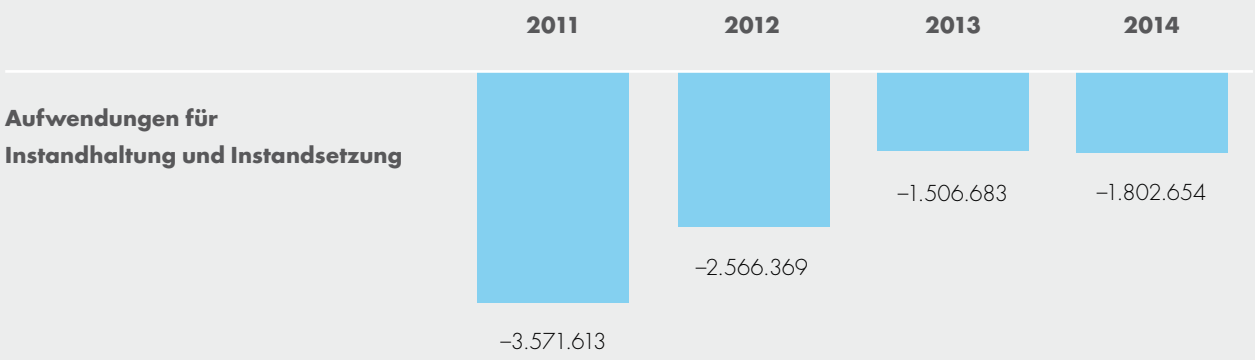
› www.awo-mittelrhein.de/aktuelles/detail/article/unser-beitrag-zum-klimaschutz

Potentiale auch in Zukunft nutzen

Auch beim Neubau des Hauses in Hellenthal-Reifferscheid wurde die Beheizung und Warmwasserbereitung mittels Erdwärme umgesetzt. Bei der Bauausführung lag der sogenannte KfW 70-Standard zugrunde. Das Gebäude hat, unter anderem auch aufgrund besonderer Dämmmaßnahmen, einen Jahres-Primärenergiebedarf von nur 70 Prozent in Bezug auf einen vergleichbaren Neubau.

Die AWO Mittelrhein zieht sich beim Thema »Energie« aber nicht auf Bestehendes zurück, sondern lässt sich auch für die Zukunft in den Bereichen Energieeffizienz, Energiemanagement und Nachhaltigkeit fachlich kompetent beraten. Nur als ein Beispiel sei die Durchführung eines Energieaudits im Sommer 2015 erwähnt. Ziel diese Audits war es, durch die Analyse des Energieverbrauchs der Einrichtungen und verschiedener Begehungen mit externen Energieauditoren des TÜVs weitere Verbesserungspotentiale und Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen.

Instandhaltungsaufwendungen 2011–2014 (ohne Tochtergesellschaften)



6

ANHANG

Adressen

Mitgliedsverbände der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e. V.

Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Aachen-Land e. V.
Friedrich-Ebert-Straße 46–48 | 52249 Eschweiler
Tel. 02403 / 8789-0 | Fax 02403 / 8789-87
awo@awo-aachen-land.de | www.awo-aachen-land.de
Vorsitzender: Hans-Peter Göbbels
Geschäftsführer: Michael Mommer

Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Aachen-Stadt e. V.
Gartenstraße 25 | 52064 Aachen
Tel. 0241 / 89916-0 | Fax 0241 / 85639
info@awo-aachen.de | www.awo-aachen.com
Vorsitzender: Karl Schultheis MdL
Geschäftsführerin: Gabriele Niemann-Cremer

Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg e. V.
Schumannstraße 4 | 53721 Siegburg
Tel. 02241 / 96924-0 | Fax 02241 / 96924-44
kontakt@awo-bnsu.de | www.awo-bonn-rhein-sieg.de
Vorsitzender: Heinz-Willi Schäfer
Geschäftsführer: Franz-Josef Windisch

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Düren e. V.
Marie-Juchacz-Straße 21 | 52349 Düren
Tel. 02421 / 94849-0 | Fax 02421 / 94849-4
info@awo-dn.de | www.awo-dn.de
Vorsitzender: Karl Schwarz
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied:
Leonore Küpper-Beckers

Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Heinsberg e. V.
Siemensstraße 7 | 52525 Heinsberg
Tel. 02452 / 182-700 | Fax 02452 / 182-44700
info@awo-hs.de | www.awo-hs.de
Vorsitzender: Bernd Reibel
Geschäftsführer: Andreas Wagner

Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Köln e. V.
Rubensstraße 7–13 | 50676 Köln
Tel. 0221 / 20407-39 | Fax 0221 / 20407-63
geschaeftsstelle@awo-koeln.de | www.awo-koeln.de
Vorsitzende: Ingrid Hack MdL
Geschäftsführerin: Ulrike Volland-Dörmann

Arbeiterwohlfahrt
Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen e. V.
Zeissstraße 1 | 50126 Bergheim
Tel. 02271 / 603-0 | Fax 02271 / 603-45
info@awo-bm-eu.de | www.awo-bm-eu.de
Vorsitzende: Helga Kühn-Mengel MdB
Geschäftsführer: Andreas Houska

Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Rhein-Oberberg e. V.
Hüttenstraße 27 | 51766 Engelskirchen
Tel. 02263 / 9624-0 | Fax 02263 / 9624-199
info@awo-rhein-oberberg.de | www.awo-rhein-oberberg.de
Vorsitzende: Beate Ruland
Geschäftsführerin: Martina Gilles

Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e. V.

Fachdienste für Migration und Integration, Jugendmigrationsdienst, Migrationsberatung und interkulturelle Zentren
Venloer Wall 15 | 50672 Köln
Tel. 02 21 / 29 94 28-72 | Fax 02 21 / 29 94 28-99
michael.sewenig@integrationsagentur-awo.de
www.integrationsagentur-awo.de

Marie-Juchacz-Zentrum Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e. V.
Rhonestraße 5 | 50765 Köln
Tel. 02 21 / 70 23-1 | Fax 02 21 / 70 23-735
marie-juchacz-az@ awo-mittelrhein.de
www.awo-marie-juchacz-az.de

Kindertagesstätte Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e. V.
Leitmeritzer Weg 2 | 50354 Hürth
Tel. 0 22 33 / 7 78 02 | Fax 0 22 33 / 70 70 39
awo.kita.huerth@awo-mittelrhein.de

AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbH

Rhonestraße 2a | 50765 Köln | Tel. 02 21 / 5 79 98-191 | Fax 02 21 / 5 79 98-163
awo-gesa@awo-mittelrhein.de | www.awo-gesa.de

Einrichtungen der AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbH

Seniorenzentrum Saaler Mühle
Saaler Straße 92–96 | 51429 Bergisch Gladbach
Tel. 0 22 04 / 95 59-0 | Fax 0 22 04 / 95 59-107
sz-saaler-muehle@ awo-mittelrhein.de
www.awo-sz-saaler-muehle.de

Hermann-Koch-Seniorenzentrum
Im Weyerfeld 1 | 52349 Düren
Tel. 0 24 21 / 5 93-0 | Fax 0 24 21 / 5 93-2 18
dueren-weyerfeld@ awo-mittelrhein.de
www.awo-dueren-weyerfeld.de

Seniorenzentrum Düren-Gürzenich
Am Dürener Weg 8 | 52355 Düren
Tel. 0 24 21 / 9 63-0 | Fax 0 24 21 / 9 63-4 32
dueren-guerzenich@awo-mittelrhein.de
www.awo-dueren-guerzenich.de

Seniorenzentrum Dieringhausen
Marie-Juchacz-Straße 9 | 51645 Gummersbach
Tel. 0 22 61 / 7 40-1 | Fax 0 22 61 / 7 40-4 32
sz-dieringhausen@awo-mittelrhein.de
www.awo-sz-dieringhausen.de

Walter-Heckmann AWO Senioren- und Sozialzentrum | Herzogenrath Haus Merkstein
Marie-Juchacz-Straße 4 | 52134 Herzogenrath
Tel. 0 24 06 / 86-0 | Fax: 0 24 06 / 86-213
sz-herzogenrath@awo-mittelrhein.de
www.awo-sz-herzogenrath.de

Walter-Heckmann AWO Senioren- und Sozialzentrum | Herzogenrath Haus Ritzerfeld
Römerstraße 211 | 52134 Herzogenrath
Tel. 0 24 06 / 86-211 | Fax 0 24 06 / 86-213
sz-herzogenrath@awo-mittelrhein.de
www.awo-sz-herzogenrath.de

Rudi-Tonn-Altenzentrum
Bonnstraße 67 | 50354 Hürth
Tel. 0 22 33 / 79 92-0 | Fax 0 22 33 / 79 92-92
rudi-tonn-altenzentrum@awo-mittelrhein.de
www.awo-rudi-tonn-altenzentrum.de

Seniorenzentrum Niederzier
Mittelstraße 22 | 52382 Niederzier
Tel. 0 24 28 / 9 05 89-0 | Fax 0 24 28 / 9 05 89-99
sz-niederzier@awo-mittelrhein.de
www.awo-sz-niederzier.de

Alfred-Delp-Altenzentrum
Alfred-Delp-Straße 13 | 53840 Troisdorf
Tel. 0 22 41 / 802-0 | Fax 0 22 41 / 802-112
alfred-delp-az@awo-mittelrhein.de
www.awo-alfred-delp-az.de

Alfred-Delp-Altenzentrum Haus Aggerblick
Alfred-Delp-Str. 15d | 53840 Troisdorf
Tel. 0 22 41 / 802-0 | Fax 0 22 41 / 802-112
alfred-delp-az@awo-mittelrhein.de
www.awo-alfred-delp-az.de

Seniorenzentrum Am Königsbornpark
Kaiserstraße 91 | 51545 Waldbröl
Tel. 0 22 91 / 8 09 00-0 | Fax 0 22 91 / 8 09 00-444
seniorenzentrum-waldbroel@awo-mittelrhein.de
www.awo-sz-waldbroel.de

Altenzentrum Weilerswist
Rosenhügel 21 | 53919 Weilerswist
Tel. 0 22 54 / 36-0 | Fax 0 22 54 / 36-225
az-weilerswist@awo-mittelrhein.de
www.awo-az-weilerswist.de

AWO Seniorenzentrum Süssendell
Süssendell 1 | 52224 Stolberg
Tel. 0 24 02 / 7 09 49-0 | Fax 0 24 02 / 7 09 49-999
sz-suessendell@awo-mittelrhein.de
www.awo-sz-suessendell.de

AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen Aachen mbH

Rhonestraße 2a | 50765 Köln | Tel. 02 41 / 7 05 70-0 | Fax 02 41 / 7 05 70
awo-gesa@awo-mittelrhein.de | www-awo-gesa.de

Einrichtungen der AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen Aachen mbH

Seniorenzentrum Kennedypark
Elsassstraße 78–80 | 52068 Aachen
Tel. 02 41 / 9 49 39-0 | Fax 02 41 / 94 93 95-28
sz-kennedypark@awo-mittelrhein.de
www.awo-sz-kennedypark.de

Seniorenzentrum Morillenhang
Morillenhang 23–25 | 52064 Aachen
Tel. 02 41 / 7 05 70-0 | Fax 02 41 / 7 05 70-624
sz-morillenhang@awo-mittelrhein.de
www.awo-sz-morillenhang.de

Der Sommerberg
AWO Betriebsgesellschaft mbH
Eine Einrichtung der Kinder-, Jugend-, Familien- und Eingliederungshilfe

Am Sommerberg 86 | 51503 Rösrath
Tel. 0 22 05 / 801-0
Fax 0 22 05 / 801-116
info@awo-der-sommerberg.de
www.awo-der-sommerberg.de

AWO
Rheinlandstiftung

Rhonestraße 2a | 50765 Köln
Tel. 02 21 / 5 79 98-118 | Fax 02 21 / 5 79 98-59
info@awo-rheinlandstiftung.de
www.awo-rheinlandstiftung.de
facebook: AWO Rheinlandstiftung

DSE Dienstleistungen für soziale Einrichtungen GmbH

Claudius-Dornier-Str. 5b
50829 Köln
Tel. 0221 / 99 30 90-01 | Fax 0221 / 99 30 90-10
info@dse-koeln.de | www.dse-koeln.de

Bezirksjugendwerk der AWO Mittelrhein
Rhonestraße 2a | 50765 Köln
Tel. 02 21 / 5 79 98-185 | Fax 02 21 / 5 79 98-160
jugendwerk@awo-mittelrhein.de
www.jugendwerk-mittelrhein.de

Eltern- und SeniorenService
AWO Mittelrhein GmbH

Rhonestr. 2a
50765 Köln
Tel. 02 21 / 5 79 98-300
info@eltern-und-seniorenservice.de
www.eltern-und-seniorenservice.de

Impressum

Herausgeber
Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Mittelrhein e. V.
Rhonestraße 2a | 50765 Köln
Tel. 0221 / 579 98-0
Fax 0221 / 579 98-59
info@awo-mittelrhein.de
www.awo-mittelrhein.de

Verantwortlich
Andreas Johnsen, Geschäftsführer

Redaktion
Isolde Weber
Nina-Valerie Krug (Mitarbeit)

Gestaltung
kippconcept gmbh, Bonn

Druck
Medienhaus Plump, Rheinbreitbach

Stand: 2 / 2016

Beiträge
Verena Ajdin, Michael Angenfort, Ute Aussieker, Birgit Brinkmann, Susanne Drews, Patrick Eilers, Sabine Floßdorf, Alexandra Goldmund, Sabine von Homeyer, Andreas Johnsen, Hans-Joachim Krain, Team Freiwilligendienst, Stephan Mochmann, Rudolf-Uwe Redlinger, Dieter Remig, Christian Ringel, Beate Ruland, Michael Sewenig, Wolfgang Stadler, Isolde Weber

Abbildungen
AWO Bezirksjugendwerk: (34);
AWO Bundesverband: (15, 77 / 2, 81);
AWO GesA mbH / Commwork: (5 / 3, 67, 76, 78, 84, 87, 88, 90 / 1);
AWO Mittelrhein: (10, 11, 12, 14, 18, 19 / 1, 20, 22, 23, 31 / 2, 31 / 3, 37, 41, 43, 47 / 2, 48, 52, 59, 66, 68, 73, 74 / 2, 75, 82 / 2);
dreamstime: Georgii Dolgykh (34 / 2), Elena Schweitzer (42 / 2), Franz Pfluegl (56);
fotolia: philidor (5 / 4), grafikplusfoto (19 / 2), macgyverhh (21), Stian Iversen (26), matimix (36), Maria Sbytova (40), Irina Fischer (44 / 2), Oksana Kuzmina (65 / 1), mma23 (65 / 2), Barabas Attila (67), denys_kuvaiev (77), fotogestoeber (90 / 2), Gina Sanders (91), fotomek (95);
Freie Wohlfahrtspflege NRW: (61 / 2, 62);
Great Place to work: (74 / 1);
istockphoto: vgajic (1), franckreporter (4 / 1, 8), kingvald (42 / 1), Christopher Futcher (46, 51, 57 / 2), slobo (47 / 1), Steve Debenport (50 / 1), Steve Goodwin (50 / 2), monkeybusinessimages (55 / 2), philidor (57 / 1), Pamela Moore (63), KatarzynaBialasiewicz (64 / 1), fcafotodigital (64 / 2), Susan Chiang (54), RapidEye (55 / 1), PeopleImages (5 / 1, 70), Abel Mitja Varela (72), PeopleImages (82), RiniSlok (5 / 3, 92);
photocase: markusspiske (44 / 1), ffwd! (58);
Sassendorf & Pischke GbR: (86);
Selina Pfrüner: (24);
shutterstock: Rawpixel.com (4 / 2, 28, 30), Robert Kneschke (61);
Staatskanzlei des Landes NRW: (6);
thinkstock: George Doyle (4 / 3, 38)

Bezirksverband
Mittelrhein e.V.

Der beste Weg,
die Zukunft vorauszusagen,
ist, sie zu gestalten.

Willy Brandt